



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

Die Nutzung politischer Beteiligungschancen im Internet:
eine quantitative Online-Befragung von Jugendlichen

Verfasserin

Kathrin Liener (Bakk.phil.)

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im März 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuerin: Prof. Dr. Elizabeth Prommer

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre hiermit ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den benützten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Wien, im März 2011

Kathrin Liener

Danksagung

An erster Stelle bedanke ich mich bei meinen Eltern, die mir mein Studium finanziell ermöglicht haben.

Ebenso gilt mein Dank Frau Prof. Dr. Elizabeth Prommer für die Betreuung meiner Magisterarbeit und für die gelassene Freiheit in der Gestaltung der Arbeit.

Besonderer Dank gilt meinem Partner Markus, der mir immer wieder Mut zugesprochen hat und mir zur Seite gestanden ist.

Danken möchte ich auch den Teilnehmern meiner Befragung.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 1
2. Politische Partizipation	S. 2
3. Basisdemokratie	S. 6
3.1. Soziale Bewegungen	S. 7
3.2. Neue Soziale Bewegungen	S. 9
4. Demokratietheorie	S. 10
4.1. Partizipatorische Demokratietheorie	S. 12
4.2. Deliberative Demokratietheorie	S. 14
5. Demokratische Aufgaben der Massenmedien	S. 17
5.1. Artikulation des Volkswillens	S. 17
5.2. Kritik und Kontrolle	S. 18
5.3. Information	S. 19
5.4. Politische Erziehung	S. 20
6. Mediendemokratie	S. 20
6.1. Elektronische Demokratie vs. Digitale Demokratie	S. 21
6.2. Teledemocracy	S. 22
6.3. Cyberdemocracy	S. 25
6.4. Electronic Democratization	S. 27
7. Das Internet	S. 29
8. Virtuelle Gesellschaft	S. 32
9. Jugendliche und Internet	S. 33
10. Chancen des Internets für die Demokratie	S. 35
10.1. Information über das politische Geschehen	S. 37
10.2. Kontakt zu politischen Akteuren	S. 39
10.3. Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen	S. 43
11. Grenzen/Gefahren des Internets für die Demokratie	S. 47
11.1. Wissensklufthypothese	S. 48
11.2. Informationsflut	S. 51
11.3. Wirklichkeitskonstruktion der Massenmedien	S. 55

12. Forschungsfragen	S. 58
12.1. Hypothesen	S. 58
12.2. Operationalisierung	S. 58
13. Forschungsmethode	S. 60
13.1. Fragebogendesign	S. 61
13.2. Durchführung	S. 62
14. Ergebnisse der Befragung	S. 63
14.1. Auswertung der Ergebnisse	S. 63
14.1.1. Soziodemografie	S. 63
14.1.2. Internetnutzung	S. 64
14.1.3. Interesse für Politik	S. 64
14.1.4. Information	S. 64
14.1.5. Vertrauen in Politik	S. 65
14.1.6. Mitgliedschaften	S. 66
14.1.7. Teilnahme an Abstimmungen	S. 66
14.1.8. Aktive Beteiligung	S. 67
14.1.9. Konsultation	S. 68
14.1.10. Potenzial des Internets	S. 68
14.1.11. Nachteile des Internets	S. 70
14.2. Überprüfung der Hypothesen	S. 71
14.3. Beantwortung der Forschungsfragen	S. 100
15. Ausblick und Methodenkritik	S. 103
 Abstract (deutsch/englisch)	 S. 104
Literaturverzeichnis	S. 106
Abbildungsverzeichnis	S. 112
Tabellenverzeichnis	S. 113
Anhang	S. 114

1. Einleitung

„Der gesamte politische Prozess, von der primären Information über die Modalitäten der Meinungs- und Willensbildung bis zur kollektiven Entscheidung, ist von den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien affiziert.“ (Leggewie 2000: 208)

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Einfluss des neuen Kommunikationsmediums Internet auf die politischen Beteiligungschancen der Bürger. Neben den theoretischen Konzepten wie Teledemocracy, Cyberdemocracy und Electronic Democratization, werden weiters auch die Vorteile und Nachteile des Mediums Internet hinsichtlich des demokratischen Beteiligungsprozesses beleuchtet. Schließlich wird in einer eigens durchgeführten Befragung von Jugendlichen die politische Partizipation via Internet erhoben.

Zu Beginn bietet die Arbeit einen Überblick über verschiedene Ansätze rund um den Begriff der „Politischen Partizipation“.

Das folgende Kapitel widmet sich dem Thema Basisdemokratie und Sozialen Bewegungen.

Im vierten Kapitel werden die Ansätze der Partizipatorischen und Deliberativen Demokratietheorie erörtert.

Darauf folgt eine Beschreibung der demokratischen Aufgaben der Massenmedien: Artikulation des Volkswillens, Kritik und Kontrolle, Information und politische Erziehung.

Neben den mediendemokratischen Ansätzen Teledemocracy, Cyberdemocracy und Electronic Democratization soll im sechsten Kapitel ebenso der Unterschied zwischen Elektronischer und Digitaler Demokratie verdeutlicht werden.

Nach der Mediendemokratie folgt eine Beschreibung des Internets sowie dessen Funktionen.

Anschließend soll ein Überblick über die Begriffe „virtuelle Gesellschaft“, „virtuelle Welten“ und „virtuelle Gemeinschaft“ gegeben werden.

Das darauffolgende Kapitel beschäftigt sich explizit mit Jugendlichen und deren Gebrauch des Internets wie auch die Gefahrenquellen für die Net-Generation.

Den Abschluss des theoretischen Teils der Arbeit bildet eine Auflistung der Chancen bzw. der Grenzen/Gefahren des Internets für die Demokratie. Auf die positiven Aspekte Information über das politische Geschehen, Kontakt zu politischen Akteuren und Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen wird näher eingegangen. Bei den negativen Aspekten wird besonders auf die Wissenslücke, Informationsflut und Wirklichkeitskonstruktion der Massenmedien geachtet.

Im anschließenden empirischen Teil wird nach der Auflistung der Forschungsfragen und Hypothesen sowie deren Operationalisierung die Forschungsmethode dargestellt. Die Ergebnisse der Befragung werden schließlich in Form von Häufigkeitsaufzählungen, der Überprüfung der Hypothesen und Beantwortung der Forschungsfragen dargestellt. Abgeschlossen wird die Arbeit mit einem Ausblick und einer Methodenkritik.

2. Politische Partizipation

„Unter politischer Partizipation versteht man die freiwilligen Handlungen der Bürger, mit dem Ziel, politische Sach- und Personalentscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen oder unmittelbar an derartigen Entscheidungen mitzuwirken.“ (Jarren/Sarcinelli/Saxer 1998: 698)

Es wird meist zwischen konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen unterschieden. Unter konventioneller Partizipation werden legale und legitime Handlungen verstanden, vor allem Wahlen und die Beteiligung an Wahlkämpfen. Sonstige institutionell unverfasste Handlungen wie z.B. das Sammeln von Unterschriften, die Teilnahme an Demonstrationen, Boykotten und Hausbesetzungen werden zu den unkonventionellen Partizipationsformen gezählt. (Jarren/Sarcinelli/Saxer 1998: 698)

Asher definiert politische Partizipation folgendermaßen:

„(...) bezeichnet politische Partizipation jede Art von Versuchen der Einflussnahme oder Beteiligung an dem durch die staatlichen Institutionen und den Bestand der öffentlichen Aufgaben ausgewiesenen politisch/administrativen Bereich und umfasst insbesondere auch die Mitwirkung der Bürger an der

Erfüllung öffentlicher Aufgaben.“ (Buse/Nelles 1975: 41 zitiert nach Asher 1970)

Hagen nennt zwei Dimensionen für handlungsorientierte politische Partizipation: Wahlen sowie politische Aktivität wie z.B. Partei- und Bürgerinitiativenarbeit, Teilnahme an Demonstrationen oder die Übernahme kleiner politischer Ämter, meistens auf kommunaler Ebene. Weitere zwei Dimensionen politischer Aktivität, die als Grundlage für politisches Handeln gelten sind die politische Informationsbeschaffung und die Diskussion über politische Themen in der Familie, im Freundes- oder Bekanntenkreis oder unter Kollegen. (Hagen 1999: 74)

Verba, Nie und Kim nennen in einem internationalen Vergleich vier Beteiligungsformen: (Verba/Nie/Kim 1978: 53f)

- Wählen (Voting): Wählen ist die häufigste politische Aktivität der Bürger. Es ist auch das mächtigste Instrument um die politischen Machthaber zu kontrollieren.
- Wahlkampfbezogene Aktivitäten (Campaign Activity): Bürger können über die eigene Stimmabgabe hinaus das Wahlergebnis beeinflussen, nämlich durch die Unterstützung von Wahlkämpfen.
- (meist gemeindebezogene) Gruppenaktivitäten (Communal Activity): Hier werden zwei Typen von Aktivitäten unterschieden: Einerseits der Kontakt einzelner Bürger zu Politikern ein generelles soziales Problem betreffend, andererseits organisierte Aktivitäten von Gruppen, die ebenfalls ein generelles soziales Problem betreffen.
- Politische Einzelkontakte (Particularized Contacts): Bürger wenden sich wegen eines individuellen Problems an politische Akteure.

Die Form, in der Bürger politisch partizipieren hat sich über die Zeit erheblich gewandelt. Waren es früher Mitgliedschaften in Parteien und/oder Gewerkschaften, auf die man sich langfristig festlegte, so sind heute eher kurzfristige Engagements der Fall wie etwa in Bürgerinitiativen oder lose Bindungen an Verbände oder NGOs. (Westholm 2006: 727)

Sarcinelli weist darauf hin, dass politische Kompetenz und politisch-mediale Kompetenz Partizipation voraussetzt. Die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Teilnahme an Politik benötigt Informiertheit, medienrelevante Artikulationsfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit von Seiten der Bürger. (Sarcinelli 1997: 339)

Die Faktoren Alter, Geschlecht und sozioökonomischer Status sind als Determinanten politischer Beteiligung bekannt. Neben den demografischen Merkmalen zählt auch das politische System als Einflussgröße auf die Partizipation. Dieses bestimmt in welchem Rahmen man sich politisch beteiligen kann. Ebenso hat die Art und Weise wie Politik vermittelt wird einen Einfluss auf den Grad der politischen Beteiligung. Schließlich ist die Partizipation noch von subjektiven Einflüssen abhängig wie z.B. Werte, der Grad der politischen Unterstützung oder der Glaube, dass mit der eigenen Stimme bzw. Aktivität etwas an der politischen Situation bewirkt werden kann. (Hagen 1999: 75)

konventionell (verfasst)			unkonventionell (legal – illegal)	
1 Regelmäßiges Wählen	2 Mitarbeit in Parteien	3 Aktivität in einer Bürgerinitiative	4 ziviler Ungehorsam	5 Gewalt gegen Sachen und Personen

Tabelle 1: Stufen politischer Partizipation in demokratischen Gesellschaften

Leggewie spricht von einer Vorherrschaft konventioneller Beteiligungsformen, die an Bedeutung verliert und dem Bedürfnis nach unkonventioneller Beteiligung weicht. (Leggewie 1997: 9)

Westholm unterscheidet folgende Stufen von Partizipation: (Westholm 2006: 714)

- Information
- Konsultation
- Aktive Beteiligung
- Abstimmungen

„Offline“-Anwendungen	Typen	Online-Tools
Information (Kommunikation zwischen Politik/Verwaltung und Bürgern ist einseitig)		
Informationsveranstaltung, PR, Folder, Modelle, „amtliche Bekanntmachungen“; Presse(-konferenz), Auslegung von Bebauungsplänen (zu Öffnungszeiten von Ämtern), Rechenschaftsberichte, Bundestagsdrucksachen	<i>Politische Repräsentanten, Unterlagen der Fachplanung, Satzungsvorhaben, Informationen über Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene, (Gesetzes-) Vorhaben auf Landes- und Bundesebene</i>	Verwaltungsportale mit Ratsinformationssystemen und Namenlisten der Ratsmitglieder; Geodatenportale, 3-D-Modelle, Pläne, Emissionsregister; umgangssprachlich basierte FAQ's, Glossare; E-Mail-Newsletter; Webseiten von Parteien und Politikern; Aufzeichnungen der Sitzungen politischer Gremien (Web-TV, Digitales TV)
Konsultation (Kommunikation zwischen Politik/Verwaltung und Bürgern ist gegenseitig)		
Briefe, Telefonate, Unterschriftenlisten	<i>Anfragen, Beschwerde-management, Eingaben, Petitionen</i>	E-Mail (Ermöglichung direkter E-Mailverbindungen zu Politikern); proaktive Information aufgrund eingetragener Nutzer-Profile (Interaktive) Online-Petitionen
Meinungsumfragen per Telefon oder auf Straßen; Fokusgruppen	<i>Bürger- bzw. Kundenbefragungen</i>	Online-Polling
Bürgerfragestunden des Gemeinderates, Zukunftswerkstätten	<i>„Anhörungen“, Hearings</i>	Diskussionsforen im Netz, Chats; Gesetzentwurf-Kommentar
Anregungen bei Bürgerversammlungen, per Telefon oder per Brief	<i>Fachplanungen (z.B. Landschafts- oder Bauleitplanung)</i>	Anregungen per E-Mail oder in (teil-) öffentlichen Online-Foren, Interaktive Pläne
Aktive Beteiligung (Kommunikation zwischen Politik/Verwaltung und Bürgern ist partnerschaftlich)		
Moderation, Runder Tisch, Mediation (in Veranstaltungsräumen mit festen vorgegebenen Zeiten)	<i>„informelle“ Beteiligungsformen wie bei Verhandlungsprozessen</i>	Online-Mediation und Internet-Konferenzen und Arbeitsgruppen (Dokumentenbereitstellung) Diskussions- und Polling-Tools, Interaktive Planungsspiele
(Abstimmungen)		
Wahlbezirke, Stimmabgabe im Amt zu festgelegten Zeiten, Briefwahl	<i>Bürgerbegehren, Wahlen</i>	Online-Wahlen und Online-Bürgerbegehren

Tabelle 2: Stufen politischer Partizipation

Hagen zählt politische Informationsbeschaffung und die Diskussion politischer Themen ebenfalls zu politischer Beteiligung, da er sie als Voraussetzung für politisches Handeln sieht. Als weitere Dimensionen politischer Beteiligung nennt er Wahlen und politische Aktivität. Zur politischen Aktivität gehört etwa das Kontaktieren von politischen Akteuren, der Besuch politischer Veranstaltungen, die Beteiligung am Wahlkampf, die Organisation politischer Veranstaltungen und die Übernahme von Ämtern in politischen Organisationen und Institutionen. Die Dimension politische Aktivität umschließt in erster Linie ehrenamtliche Tätigkeiten und keine hauptamtlichen Aufgaben von gewählten Parteifunktionären und Amtsinhabern, wobei der Übergang fließend sein kann. (Hagen 1997: 22f)

3. Basisdemokratie

Die ersten basisdemokratischen Ansätze entstanden im Zusammenhang mit der 68er-Studentenrevolte. Das Streben nach Herrschaftsreduktion hatte jedoch ebenfalls ein demokratiepolitisches Dilemma inne: Der demokratische Entscheidungsfindungsprozess muss nämlich so organisiert sein, dass nicht jeder einzelne an allen Entscheidungen persönlich teilhaben muss, die dafür eingesetzte Verwaltung soll jedoch jederzeit kontrollierbar bleiben. (Vandamme 2000: 33f)

Jean-Jaques Rousseau im 18. Jahrhundert ging noch von der Teilhabe der Gesamtheit der Staatsbürger an der Gesetzgebung und der Kontrolle der Regierung aus. Politische Entscheidungen sollten so gefällt werden, dass der Gemeinwille durchgesetzt wird, die Interessen einzelner Gruppen werden außer Acht gelassen. (Geißler 1973: 22)

Der Begriff Basisdemokratie beschreibt die Forderung einzelner Gruppen nach einer direkten politischen Beteiligung. Diese Partizipationsforderung ließ sich nicht mehr in Organisationen wie Parteien oder Verbänden einbinden. (Vandamme 2000: 35)

Durch die zunehmend große Zahl an Bürgern und deren räumliche Trennung wird eine direkte Kommunikation zwischen allen Mitgliedern des politischen Prozesses unmöglich. Durch eine „Verstaatlichung“ der Gesellschaft wurden die politischen

Bereiche umfangreicher und vielseitiger. Dadurch sind viele neue politische Probleme aufgetaucht, die nicht mehr die gesamte Gesellschaft betreffen, sondern einzelne Bevölkerungsgruppen. Die Differenzierung der Gesellschaft hat weiters zur Folge, dass auch die Inhalte der Politik komplexer werden und nur mit spezifischem Wissen verfolgt werden können. (Geißler 1973: 6f)

Mithilfe von politischer Beteiligung wird die Verwirklichung von Interessen angestrebt. Buse konstatiert, dass von der Partizipation als Mittel zur Interessensdurchsetzung eben jene sozialen Gruppen profitieren, die am politischen Willensbildungsprozess am intensivsten teilnehmen. Die Intensität der Nutzung korreliert außerdem mit dem sozioökonomischen Status. (Buse/Nelles 1975: 42f)

Geißler versteht unter politischer Basiskommunikation die Kommunikation zwischen Staatsbürger und politischen Akteuren, Institutionen oder Problemen, die einer Entscheidung durch den Staat benötigen. (Geißler 1973: 1)

3.1. Soziale Bewegungen

„Soziale Bewegungen sind *soziale* Bewegungen, weil sie Gesellschaft für gestaltbar halten und auf deren Grundstrukturen einzuwirken versuchen.“ (Rucht 1997: 391)

Soziale Bewegungen verfügen im Unterschied zu politischen Parteien weder über privilegierten bzw. institutionalisierten Zugang zur Öffentlichkeit oder zum politischen Entscheidungssystem, noch über einen straff organisierten Apparat. (Rucht 1997: 391)

Raschke begreift eine soziale Bewegung folgendermaßen:

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“ (Raschke 1985: 77)

Laut Raschke muss eine Definition von sozialen Bewegungen mindestens Aussagen über die besondere Struktur der Bewegung treffen sowie die von der Gruppe verfolgten Ziele. (Raschke 1985: 77)

Eine erfolgreiche Mobilisierung sieht Raschke in folgenden Faktoren (Raschke 1985: 273):

- materielle Anreize für die Rekrutierung
- sozialstrukturell definierte Großgruppe(n)
- die Bedeutung von Führern und Arbeitsteilung
- gewisser Grad an zentralistisch-bürokratischer Organisation

Soziale Bewegungen sind auf Formen des öffentlichen Protests angewiesen, sie benötigen mehr als andere Akteure der politischen Kommunikation massenmediale Vermittlung. Da sie in der Regel über keine Mitglieder oder eine dauerhafte Organisationsstruktur verfügen, müssen sie auf öffentliche Protestaktionen zurückgreifen um Akteure zu mobilisieren und somit auf Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzuwirken. (Jarren/Donges 2006: 136)

Rucht weist den Sozialen Bewegungen eine Rolle als „demokratische Produktivkraft“ zu, die in einem von Parteien dominierten Institutionensystem die Demokratie belebt. Durch bürgerschaftliche Selbsthilfe, Interessensvertretung, als Säule kritischer Öffentlichkeit und als Innovationspotenzial für etablierte Politik nehmen Soziale Bewegungen eine wichtige Rolle im politischen Prozess ein. (Rucht 1997: 399)

Die Aufklärung gilt als Entstehungsepoche moderner Sozialer Bewegungen. Eine zweite Protestwelle ging mit der Industrialisierung einher und brachte die Arbeiterbewegung hervor. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die westlichen Industriestaaten von neuerlichen Protesten überrollt, die als „Neue Soziale Bewegungen“ gekennzeichnet wurden. (Kern 2008: 13)

Wurden die Aktivisten bis 1960 als irrationale, gewaltbereite Chaoten abgetan, konnte man dies über die Studenten-, Frauen-, Bürgerrechts- oder Friedensbewegung nun nicht mehr sagen. Rationalität und Gestaltungskraft wurde den Neuen Sozialen Bewegungen ab den 1960er Jahren zugesprochen. (Kern 2008: 53)

3.2. Neue Soziale Bewegungen

Der Erfolg jener Basisaktivisten, die mithilfe eigener privater Ressourcen politisch mitwirkten, beförderte eine Diskussion über eine eigenständige Bezeichnung zutage, den Neuen sozialen Bewegungen. Das Attribut „Neu“ bezieht sich dabei nicht auf die Aktualität sondern soll lediglich als Unterscheidung zur Arbeiterbewegung dienen. (Vandamme 2000: 46; 50)

Raschke definiert folgende Kriterien, die Neue Soziale Bewegungen ausmachen: (Raschke 1985: 412)

- Neue soziale Bewegungen besitzen keine einheitliche, geschlossene Ideologie.
- Sie thematisieren viele Bereiche.
- Sie sind nur zu einem geringen Grad organisiert.
- Es gibt viele autonome, aber stark vernetzte Teilbewegungen.
- Die Aktionsformen variieren ständig.

Vandamme betont auch die Wichtigkeit der Medienöffentlichkeit für Neue Soziale Bewegungen:

„Wenn hingegen eine öffentliche Meinung jenseits von Dorfplatz und Bürgerinitiative erreicht und mobilisiert werden soll, sind Massenmedien notwendig. Sie übernehmen hierbei eine Doppelfunktion: Zum einen können sie selbst mobilisierend wirken, indem sie ein Thema durch hohe Medienpräsenz zu einer allgemeinen Angelegenheit machen, zum anderen dokumentieren sie durch diese Präsenz das mutmaßliche Interesse der Allgemeinheit an dem fraglichen Gegenstand und erhöhen damit den Druck auf die Entscheidungsträger.“ (Vandamme 2000: 150)

Die politischen Durchsetzungschancen von Neuen Sozialen Bewegungen können nur schwer eingeschätzt werden. Die geringe institutionelle Verfestigung und die wenig ideologischen Vorstellungen von Neuen Sozialen Bewegungen ermöglichen eine thematisch breite und wechselnde Koalition und es wird auch keine parteipolitische Zugehörigkeit gefordert. Die Einflusschancen sind abhängig von Thematik und Bündnisbreite. Längerfristige Durchsetzungs- und Mobilisierungsfähigkeit kann durch eine organisatorische Infrastruktur gesichert werden. Die Durchsetzungsfähigkeit ist ebenso eine Frage der Mittel und Strategien. (Brand 1982: 189f; 192)

4. Demokratietheorie

Unter Demokratie versteht man die Herrschaft des Volkes. Wenn sich das Volk nicht selbst regiert, also selbst Gesetze beschließt und Entscheidungen trifft, dann sollte es zumindest über die Verfassung und deren Änderung als letzte Instanz verfügen, sowie in Wahlen seine Repräsentanten bestimmen, so die Idee der Demokratie. (Neumann1998: 2f)

„Die Legitimität des Mehrheitsprinzips setzt den Pluralismus der Meinungen und einen offenen Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozess voraus.“
(Neumann 1998: 9)

Habermas spezifiziert den Grundsatz, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht in folgenden Voraussetzungen: (Habermas 1998: 162)

- Meinungs- und Informationsfreiheit
- Versammlungs- und Assoziationsfreiheit
- Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit
- Berechtigung zur Teilnahme an politischen Wahlen und Abstimmungen
- Betätigung in politischen Parteien oder Bürgerbewegungen

Es wird zwischen zwei Grundtypen der Demokratie unterschieden: der repräsentativen und der direkten Demokratie. Bei ersterer wird die Herrschaftsausübung vom Volk auf so genannte Repräsentanten, also Volksvertreter, übertragen, die für eine bestimmte Zeit

Gesetzgebung und Regierung übernehmen. Bei der direkten Demokratie übt das Volk die Staatsgewalt selbst aus, d.h. es beschließt die Gesetze, bestellt und kontrolliert die Regierung und die Gerichte. Direkte Demokratie erfordert also eine ständig tagende Volksversammlung in kleinsten staatlichen Einheiten. (Neumann 1998: 10; 12)

Schiller veranschaulicht die Prinzipien der Demokratie in einer Tabelle (siehe Tabelle 3), die Erfüllung aller Prinzipien hält er allerdings für eher unwahrscheinlich. (Schiller 1999: 36)

<i>Ebene Prinzipien</i>	<i>Mikroebene: Individuum/Bürger</i>	<i>Mesoebene: Soziale und politische Gruppen/Organisationen</i>	<i>Makroebene: Regierungssystem/Institutionen</i>
<i>1. Grundlegende Menschen- rechte</i>	Persönliche Grundrechte, Rechtsschutz, Meinungsfreiheit	Organisationsfreiheit für Verbände und Parteien, Minderheitenschutz	Begrenzte Staatsgewalt, rechtsstaatliche Verfassung, unabhängige Justiz
<i>2. Offenheit der Machtstruktur</i>	Zugangschancen zu politischer Kommunikation und politischer Macht, Kontrollrechte	Organisatorischer Pluralismus, Elitenpluralität, unabhängige Medien	Gewaltenteilung, Mandat auf Zeit, politischer Wettbewerb, Machtkontrolle
<i>3. Politische Gleichheit</i>	Gleichheit des Wahlrechts und weiterer Beteiligungsrechte, auch: Ämterzugang	Chancengleichheit bei Organisationsressourcen und Einflußzugang	Chancengleichheit bei Wahlsystemen und Entscheidungsverfahren
<i>4. Transparenz und Rationalität</i>	Unterschiedliche Informationsquellen, Chancen für politische Bildung/ Kompetenz, Teilnahmeeffizienz	Vielfalt der Medien, kontroverse Kommunikation, kritische Öffentlichkeit, Interessenpluralität	Transparente Entscheidungsprozesse Kompetenz durch Ämterdifferenzierung, Effizienz, diskursive Verfahren
<i>5. Politische Effektivität, Handlungs- und Steuerungsfähigkeit</i>	Politisches Interesse, Beteiligungsmotivation, Verantwortungsbereitschaft, Kritikfähigkeit, Akzeptanzbereitschaft	Aggregation von Interessen, Mobilisierung politischer Unterstützung	Mehrheits- bzw. Konkordanzregeln Kompromißfähigkeit, Durchsetzungsressourcen (Recht, Geld u.ä.) Institutionen- und Systemvertrauen

Tabelle 3: Prinzipien der Demokratie

Im Folgenden sollen zwei Ansätze beteiligungszentrierter Demokratietheorien vorgestellt werden. Den beiden Theorien ist die Fokussierung auf den Input des

politischen Prozesses gemeinsam, dabei werden quantitative oder qualitative Merkmale der politischen Willensbildung berücksichtigt. (Schmidt 2008: 237)

4.1.Partizipatorische Demokratietheorie

Zu den Partizipatorischen Demokratietheorien zählen unter anderem Werke von Peter Bachrach, Carole Pateman oder auch Anton Pelinka. Ein neuerer Ansatz stammt von Benjamin Barber mit seiner Publikation „Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen“. (Delpo 2001: 32)

„Die Zukunft der Demokratie liegt in der starken Demokratie – in der Wiederbelebung einer Form von Gemeinschaft, die nicht kollektivistisch, einer Form des öffentlichen Argumentierens, die nicht konformistisch ist, und einer Reihe bürgerlicher Institutionen, die mit einer modernen Gesellschaft vereinbar sind.“ (Barber 1994: 146)

Die Partizipatorische Demokratietheorie geht davon aus, dass der Bürgerwille nicht von vornherein existiert, sondern dieser erst durch den politischen Willensbildungsprozess hervorgebracht und geformt wird. Der Ansatz steht dem Wettbewerb um Wählerstimmen und dem Interessenausgleich kritisch gegenüber. (Von Alemann/Strünck 1999: 28)

Die individuelle Selbstbestimmung steht im Zentrum der Theorie. Es geht darum eine Kongruenz herzustellen zwischen jenen, die von einer Entscheidung betroffen sind und jenen, die sie fällen. Dem Individuum soll gegenüber dem Kollektiv auch eine Handlungsfähigkeit zukommen. Im Gegensatz zur „top-down“-Perspektive, die bei der Deliberativen Demokratietheorie vorherrscht, basiert die Partizipatorische Demokratietheorie auf einer „bottom-up“-Perspektive, die vom Individuum ausgeht. (Martinsen 2006: 58)

Starke Demokratie ist laut Barber durch eine rege Bürgerbeteiligung definiert. Keine stellvertretende Regierung wird benötigt, die Bürger sind zwar nicht jederzeit und auf jeder Ebene aktiv, aber besonders dann, wenn über grundlegende Maßnahmen

entschieden wird. Öffentliche Streitfragen und Interessenskonflikte werden in einem Prozess der Beratung behandelt. Repräsentative Formen der Demokratie machen die Politik zu einer Sache der Experten und Spezialisten, so Barber. (Barber 1994: 146f; 149)

Delpos fasst die Leitsätze der Partizipatorischen Demokratietheorie folgendermaßen zusammen: (Delpos 2001: 33)

- Demokratie soll bestehende Herrschaftsverhältnisse kontrollieren und auch abbauen.
- Politische Partizipation soll maximiert werden. Die politische Beteiligung ist das höchste Ziel, da sie die Menschen zu politisch aktiven und selbstverantwortlichen Bürgern erzieht. Alle Bürger sollen mitbestimmen. Neben Selbstbestimmung und Selbstentfaltung soll auch ein Mächtigkeitsgleichgewicht hergestellt werden.
- Alle Menschen interessieren sich grundsätzlich für Politik. Sie halten die Ausweitung ihrer politischen Interessen und Aktivitäten für erstrebenswert.
- Demokratie ist nicht auf den engen Bereich der Institutionen beschränkt. Demokratie sollte in allen Bereichen des Staates und der Gesellschaft gelten.
- Auch politische Beteiligung soll auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt werden.
- Die Trennung zwischen politischen und unpolitischen Bereichen soll laut der Partizipatorischen Demokratie aufgehoben werden, alle Bereiche von Staat und Gesellschaft werden als politisch begriffen.
- Partizipatorische Demokratie spricht die Interessen aller an und verallgemeinert Interessen.
- Politische Repräsentation schränkt die Freiheit und Selbstbestimmung der Individuen ein.
- Partizipatorische Demokratie wird als notwendig erachtet um die repräsentative Demokratie zu ergänzen und zu kontrollieren.

Einwände gegen die normative Partizipationstheorie reichen von der Gefahr einer Überbeanspruchung und Destabilisierung der Demokratie über die Missachtung von Effizienzproblemen bis hin zum unrealistischen Menschenbild. (Von Alemann/Strünck 1999: 28)

4.2.Deliberative Demokratietheorie

„In allen Ansätzen deliberativer Politik wird die Legitimation politischer Entscheidungen an die Möglichkeit *adäquater öffentlicher Abwägungsprozesse* geknüpft.“ (Arenhövel 1998: 124)

Die Deliberative Demokratie zeichnet sich durch den Prozess des Diskutierens aus, dieser Vorgang schafft die Legitimation politischer Entscheidungen. Es geht dabei aber nicht um alltägliche Diskussionen, sondern es müssen bestimmte Bedingungen herrschen. Der Diskurs muss streng rational ablaufen und der Zugang zur Diskussion muss jedermann offen stehen. (Perlot 2008: 46)

Die inhaltlichen Resultate sind zweitrangig, es geht viel mehr um den Prozess, der zu den Ergebnissen führt. Der Prozess der Deliberation schafft sozusagen die Legitimität von Entscheidungen. (Perlot 2008: 44f)

Ein Gewinnen der Debatte ist nachrangig, es geht viel mehr um die Weiterentwicklung der eigenen Meinungen. Die Akteure des Prozesses vertreten individuelle Interessen, sollen aber in ihre Argumente auch eine gesellschaftliche Sichtweise mit einbeziehen. (Perlot 2008: 47)

Der Einfluss von Jürgen Habermas und seiner Theorie kommunikativen Handelns ist unübersehbar. Habermas Modell der Deliberativen Politik ist die normativ wohl anspruchsvollste Variante, da für ihn die Qualität der Diskussion im Vordergrund steht. (Arenhövel 1998: 124)

Habermas unterscheidet kommunikatives und strategisches Handeln. Kommunikatives Handeln zielt auf rationales Einverständnis, letzteres hingegen ist erfolgsorientiert und durch Machtverhältnisse geprägt. (Strecker/Schaal 2001: 93)

„Ein komplexes Geflecht sowohl formeller wie informeller Diskursarenen und Beratungsforen rationaler Meinungs- und Willensbildung soll für alle Sorten von Gründen empfindlich sein: für pragmatische der richtigen Mittelwahl, ethische der Selbstverständigung und moralische der Gerechtigkeit; letztere begründen zudem faire Verhandlungsregeln, die einen Ausgleich konkurrierender, nicht-verallgemeinerungsfähiger Interessen ermöglichen.“ (Strecker/Schaal 2001: 100)

Laut Habermas beruht die Qualität der Demokratie auf einer liberalen Öffentlichkeit auf Basis einer vitalen Zivilgesellschaft. Er geht von einer Volkssouveränität aus, die aus einer selbstständigen, nichtorganisierten Öffentlichkeit besteht. Die Volkssouveränität beruht auf Sozialen Bewegungen, Habermas nennt diese „Netzwerke der Zivilgesellschaft“. Über die Kanäle allgemeiner Wahlen und spezieller Beteiligungsformen setzen sich öffentliche Meinungen in eine kommunikative Macht um. (Strecker/Schaal 2001: 100 und Arenhövel 1998: 126)

Habermas sieht in der Diskurstheorie den idealen Prozess für Beratung und Beschlussfassung. Er bezeichnet den Diskurs als den Zusammenhang zwischen pragmatischen Überlegungen, Kompromissen, Selbstverständigungs- und Gerechtigkeitsdiskursen und nach sachlichem Informationsaustausch werden schließlich vernünftige Ergebnisse erzielt. In den Prinzipien des Rechtsstaates werden die anspruchsvollen Kommunikationsformen institutionalisiert. (Habermas 1998: 359; 361)

Giddens sieht in einem repräsentativen demokratischen System keinen Widerspruch zur Deliberativen Demokratietheorie. Wahlen hätten die Aufgabe Mitglieder abzuwählen, sollten diese unerwünschte politische Maßnahmen beschließen oder durchführen. (Giddens 1997: 161)

„Im Rahmen eines repräsentativen Systems könnten die Voraussetzungen der deliberativen Demokratie dadurch erfüllt werden, dass die Sicherheit des Handelns der gewählten Volksvertreter gewährleistet ist.“ (Giddens 1997: 161)

Die Forderungen an den Kommunikationsprozess fasst Perlot in Anlehnung an Hurrelmann/Liebsch/Nullmeier folgendermaßen zusammen: (Perlot 2008: 47f zitiert nach Hurrelmann/Liebsch/Nullmeier 2002: 547)

- Jedem Menschen muss der Zugang zur Diskussion möglich sein. Es darf keinen Ausschluss bzw. keine Benachteiligung von Diskursteilnehmern geben. Formal wie inhaltlich muss es jeden Teilnehmer möglich sein, an der Diskussion teilzunehmen.
- Alle Teilnehmer müssen ungestört ihre Argumente hervorbringen können, es gibt keine von vornherein ausgeschlossenen Aspekte.
- Jeder muss sämtliche Argumente vorbringen, auch wenn diese die eigene Position widerlegen.
- Es muss auf die vorgetragenen Argumente reagiert werden, damit eine Diskussion entstehen kann. Nur wenn die Mitdiskutanten zur Interaktion bereit sind, kann die Debatte auch funktionieren.
- Allen Argumenten und Diskutanten muss die gleiche Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.
- Eine rationale Diskussion ist das Ziel, diese fußt auf einer sachlichen Themenbezogenheit.

Schmidt zählt zu den Funktionsvoraussetzungen für gute Demokratie unter anderem eine aufwendige Prozedur der Beratung und Beschlussfassung, ungehinderten Zugang für alle, Verzicht auf Macht, sowie Wahrhaftigkeit und Verständlichkeit. (Schmidt 2008: 241)

Kritisch zu hinterfragen an Deliberativen Demokratietheorien ist die Voraussetzung der Motivation der Bürger, sich an deliberativen Prozessen zu beteiligen. Außerdem stoßen sich Kritiker daran, dass das Ideal des Deliberativen Diskurses die Rationalität bei weitem übertrifft. (Strecker/Schaal 2001: 114; 119)

5. Demokratische Aufgaben der Massenmedien

Wie bereits Geißler und Vandamme angedeutet haben, spielen Massenmedien in der politischen Basiskommunikation eine wesentliche Rolle. Das Volk könnte seine Partizipationschancen ohne Informationen über politische Akteure und deren Absichten, die im Wesentlichen von den Massenmedien verbreitet werden, gar nicht wahrnehmen. (Geißler 1973: 1)

Die Massenmedien liefern uns Informationen über Ereignisse, die nicht in unserer direkten Umwelt geschehen. Massenmedien haben auch eine Sozialisationsfunktion inne, sie bieten die Möglichkeit sozialer Orientierung. Sie bieten ebenfalls die Möglichkeit uns der Realität zu entziehen, uns zu entspannen oder zu unterhalten. Neben der Informations- und Sozialisationsfunktion übernehmen die Massenmedien auch politische Funktionen. (Rhomberg 2009: 22; 24f)

„Als «politische» Funktionen seien diejenigen zu bezeichnen, die von der Massenkommunikation im Hinblick auf das politische System erbracht werden, das heißt, die benötigt werden, damit die politische Ordnung der Parteien- und pluralistischen Verbandsdemokratie den Anforderungen gewachsen bleibt, die an sie von den verschiedenen Seiten gestellt werden.“ (Ronneberger 1974: 198)

Die Begrifflichkeiten um die Funktionen der Massenmedien zu beschreiben differieren von Autor zu Autor. Diese Arbeit stützt sich auf die Einteilung von Geißler. Ronneberger verwendet beispielsweise statt „Artikulation des Volkswillens“ und „Information“ die Begriffe „Herstellung von Öffentlichkeit“ und „Politische Sozialisationsfunktion“. Rhomberg etwa nennt nur drei Funktionen: die Informationsfunktion, die Watch-Dog-Funktion und die Agenda-Setting-Funktion. (Rhomberg 2008: 54)

5.1. Artikulation des Volkswillens

Als eine der Funktionen der Massenmedien wird die Artikulation des Volkswillens verstanden. Die Medien sollen folglich mithelfen, die Wünsche des Volkes den

Repräsentanten des demokratischen Staates zu übermitteln. Auch während den Legislaturperioden sind die Massenmedien dazu da, die unterschiedlichen Meinungen des Volkes zu artikulieren. Um einen Missbrauch dieser Repräsentativfunktion zu vermeiden, sollen alle gesellschaftlich und politisch relevanten Gruppen durch die Massenmedien Gehör finden. In den Programmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen die Meinungen von allen repräsentiert werden. (Geißler 1973: 27f)

Auch politische Machthaber werden über die Massenmedien über wichtige Vorkommnisse im politischen System informiert. Auf der anderen Seite werden die Massenmedien von ihnen auch genutzt, um ihre Entscheidungen dem Volk zu übermitteln. (Ronneberger 1974: 202)

5.2.Kritik und Kontrolle

Da die Massenmedien die öffentliche Meinung vermitteln, fällt ihnen auch die Funktion zu, politische Institutionen zu kritisieren und kontrollieren. Missstände innerhalb von Parteien, Parlament, Regierung, Verwaltung, Rechtssprechung, Verbänden und anderen Institutionen sollen aufgedeckt werden. (Geißler 1973: 28)

Die Medien werden auch oftmals, neben Legislative, Exekutive und Judikative, als vierte Macht im demokratischen Staat bezeichnet. Korruptionsskandale oder der Missbrauch von öffentlichen Ämtern stehen auf der Skala der Nachrichtenfaktoren ganz weit oben. (Trankovits 2009: 99; Rhomberg 2008: 57)

Die Voraussetzung für die Kontrollfunktion der Massenmedien ist die Freiheit von gesellschaftlichem oder staatlichem Druck. Ronneberger zählt zur Kritik- und Kontrollfunktion auch die Kontrolle der Medien selbst. Wenn keine Kontrolle innerhalb und zwischen den Medien stattfinden würde, dann wären sie die einzige politisch unkontrollierte Macht. (Ronneberger 1974: 203f)

5.3.Information

„Zur Integration in einer demokratischen Gesellschaft ist es notwendig, dem öffentlichen Geschehen folgen zu können, politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge zu erkennen, seine eigenen Positionen in der Gesellschaft wahrzunehmen, die demokratische Verfassung zu verstehen und über die Absichten und Handlungen des politischen Systems informiert zu sein.“ (Rhombert 2009: 26)

Damit das Volk überhaupt eine Meinung zu verschiedenen Themen bilden kann, muss es vorab Informationen erhalten. Den Massenmedien fällt daher auch die Aufgabe zu, Informationen über Personen und Probleme im politischen Bereich zu vermitteln. Durch Vielfalt, Objektivität und Verständlichkeit der politischen Berichterstattung soll die Qualität der Information sichergestellt werden. Durch die drei Funktionen Information, Kritik und Kontrolle sowie Artikulation des Volkswillens sollen die Massenmedien an der Gestaltung der öffentlichen Meinung teilhaben. (Geißler 1973: 29f)

Ohne die Herstellung von Öffentlichkeit wäre der moderne demokratische Rechtsstaat mit seinen rivalisierenden Machtgruppen nicht funktionsfähig. Durch das Veröffentlichen von Zielen, Programmen, Forderungen, etc. treten alle Teilnehmer am politischen Prozess in Kontakt. Besonders durch den Einsatz elektronischer Medien und deren technische Möglichkeiten können politisch weitreichende Folgen erzielt werden. (Ronneberger 1974: 199f)

Ronneberger sieht in der Herstellung von Öffentlichkeit allerdings die Gefahr, dass dieser Vorgang berechenbar ist. Der Produzent von Nachrichten hat es in der Hand, welche Inhalte in welcher Qualität und Quantität veröffentlicht werden. Grundsätzlich werden laut Ronneberger jene Inhalte bevorzugt veröffentlicht, welche der Massenunterhaltung und Massenaufklärung dienen. Die Medienmacher haben es folglich in der Hand, die Bedeutung eines Ereignisses zu bestimmen, indem sie es entweder „hochspielen“ oder es nicht beachten. (Ronneberger 1974: 199f)

Rhombert konstatiert zwei Tendenzen des Mediensystems: Erstens verweist er auf eine Ausweitung der medialen Kanäle und der Programme, was zu einer

Informationsüberlastung des Publikums führt. Die Informationslawine bringt schließlich ein Aufmerksamkeitsdefizit der Rezipienten mit sich. Zum anderen beobachtet Rhomberg eine zunehmend Kommerzialisierung des Mediensystems vor allem der privat-kommerziellen Anbieter. Beide Tendenzen wirken auch auf das politische System und seine Themen ein. (Rhomberg 2008: 55f)

5.4. Politische Erziehung

„Die Erziehungsfunktion ist Ausdruck dafür, dass der Repräsentativgedanke des exklusiv bürgerlichen Staates abgelöst worden ist durch die demokratische Idee der «Teilnahme der vielen».“ (Geißler 1974: 30)

Die Massenmedien sollen den Bürgern die Teilnahme an der politischen Basiskommunikation ermöglichen, da noch nicht alle die Voraussetzungen zu sinnvoller Partizipation mitbringen. (Geißler 1974: 30)

Ronneberger versteht unter der Bildungs- und Erziehungsfunktion die Aktivierung und Heranbildung von Staatsbürgern um sich am politischen Prozess zu beteiligen. Dies kann allerdings nur funktionieren, wenn bereits ein Mindestmaß an Informiertheit vorhanden ist. Die Medienproduzenten können die Informationen lediglich bereitstellen, sie können den Rezipienten allerdings nicht zum Lernen zwingen. (Ronneberger 1974: 204f)

6. Mediendemokratie

Die Mediendemokratie besagt, dass ohne leistungsfähige Massenkommunikation die Ansprüche an eine demokratische Ordnung im Nationalstaat nicht erfüllbar wären. Die Beobachtung der Herrschenden durch die Massenmedien ermöglicht den Bürgern Verantwortung zuzuschreiben und Rechenschaft einzufordern. (Pfetsch/Marcinkowski 2009: 11)

„Eine Demokratie nämlich [Mediendemokratie], die sich der technischen Möglichkeiten und sozialen Reichweite moderner Kommunikationsmittel bedient, um ihre Funktionen und Ziele auf hohem Niveau zu erfüllen.“ (Pfetsch/Marcinkowski 2009: 11)

Pfetsch und Marcinkowski beschreiben eine Ambiguität von „Mediendemokratie“:

„Einerseits kann Demokratie auf unabhängige Massenkommunikationsmittel nicht verzichten, um ihren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Andererseits greift die Wirkungsmacht der Medien grundlegend in den politischen Prozess ein, und der Missbrauch von Medien verkehrt den Sinn von Demokratie ins Gegenteil.“ ((Pfetsch/Marcinkowski 2009: 12)

6.1. Elektronische Demokratie vs. Digitale Demokratie

Während sich die Diskussion in Deutschland eher um „elektronische Demokratie“ dreht, beschäftigt sich die USA bereits mit einem neuen Begriff, der „digitalen Demokratie“. (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 10)

Die elektronische Demokratie (E-Democracy) bezieht sich auf die technische Erneuerung des politischen Systems. Die elektronische Demokratie beschäftigt sich ebenso damit, neue Formen der Partizipation zu entwickeln. (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 10f)

„Im Vordergrund stehen Netzöffentlichkeit und bürgernahe Politik, dabei jedoch in erster Linie „von oben her“ eröffnete Möglichkeiten und vorgegebene Kanäle der fallweisen Bürgerbeteiligung am traditionellen politischen Prozess, zum Beispiel die Online-Diskussion von Gesetzesentwürfen.“ (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 10)

Ein ergänzendes Modell zur elektronischen Modell ist das virtuelle Regieren (E-Government). Politische und gesellschaftliche Probleme sollen vom Internet eher dezentral gelöst werden, also weniger auf bundesstaatlicher sondern eher auf kommunaler und lokaler Ebene. Außerdem wird darunter das Online-Angebot öffentlicher Dienstleistungen wie Sozialleistungen oder Steuererklärungen und die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung gemeint. (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 11)

Digitale Demokratie bedeutet eine vielfache politische Kommunikation: die Beschreibung von Politik durch die Regierung gegenüber den Bürgern (Government-to-Citizen), die Aufnahme von Interessen und Bedürfnissen der Bürger von Seiten der Politik (Citizen-to-Government) und die bessere Vernetzung der Bürger untereinander (Citizen-to-Citizen). (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 12)

Politische Entscheidungen sollen nicht von den politischen Spitzenakteuren gefällt werden, sondern in einem breiten Diskurs auf unterschiedlichen Ebenen hervorgehen. Der Idealzustand wäre eine direkte Kommunikation zwischen Bürgern und Regierungsinstitutionen. Der politische Einfluss des Bürgers vergrößert sich und dadurch auch sein demokratisches Bewusstsein und Verantwortungsgefühl. Aus der repräsentativen Demokratie wird schließlich immer mehr eine direkte Demokratie bzw. eine Basisdemokratie. (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 12f)

„Der Cyberspace soll so zu einem demokratischen Marktplatz werden. Was am Internet dann politisch bedeutsam ist, ist nicht nur die Chance für verbesserte Entscheidungsvorbereitung und –legitimation durch direkte digitale Kommunikation zwischen Volk und Abgeordneten oder Regierung, sondern auch zwischen den Bürgern sowie die Chance zur aktiven demokratischen Gestaltung des virtuellen Raums (Schlagwort *Cyberdemocracy* oder *Cyberpolitics*, deutsch in etwa *Netzpolitik*). (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 13)

Die folgenden amerikanischen Konzepte elektronischer Demokratie bezeichnen die geringe politische Beteiligung der Bevölkerung als zentrales politisches Problem der USA. Innerhalb der partizipatorischen Demokratiedebatten lassen sich drei normative Ansätze unterscheiden: Teledemocracy, Cyberdemocracy und Electronic Democratization. (Hagen 1999: 64)

6.2. Teledemocracy

Das älteste Konzept ist der Teledemocracy-Ansatz. In den frühen 1970er Jahren mit dem Aufkommen des Kabelfernsehens wurden die Teledemokraten zu ihren Ansätzen inspiriert. Das Ziel der Teledemokraten waren neue Formen direkter politischer

Beteiligung mittels neuer Kommunikationstechnologien in das amerikanische politische System einzuführen. (Hagen 1999: 64)

Das Fernsehen sehen die Teledemokraten als Schlüssel für elektronische Demokratie an. Die Struktur des repräsentativen politischen Systems und die Wirkungen der Berichterstattung werden verantwortlich gemacht für die Apathie und Frustration der Wählerschaft. Die politischen Entscheidungsträger haben sich zu weit von der Wählerschaft entfernt, doch mit den neuen Kommunikationstechniken könnten neue Austauschmöglichkeiten zwischen Wähler und Politiker geschaffen werden. (Hagen 1999: 65)

Kritisiert wird weiters, dass das repräsentative System und die politischen Institutionen den vielfältigen Anforderungen, die der gesellschaftliche Wandel zur Informationsgesellschaft mit sich bringt, nicht mehr gerecht werden. Das repräsentative System soll aber nicht abgeschafft werden, sondern mit direktdemokratischen Institutionen und neuen Technologien ergänzt werden. (Hagen 1999: 66)

Lawrence Grossman geht in seinem Buch „The Electronic Republic“ davon aus, dass mit Hilfe der Telekommunikationstechnik und ihrem Raum- und Zeit-Überwindenden Charakter eine Rückwandlung von repräsentativer in direkte Demokratie möglich wäre. Als dringlichste Aufgaben der Politik sieht er die politische Bildung der Staatsbürger sowie das Vorantreiben der Idee eines „common good“. (Hagen 1996: 65)

„As we approach the twenty-first century, America is turning into an electronic republic, a democratic system that is vastly increasing the people's day-to-day influence on the decisions of state.“ (Grossman 1995: 3)

Den Bürgern ist es in der elektronischen Republik möglich, direkt an der Politik teilzunehmen, sie sind in den Prozess des Entstehens von Gesetzen eingebunden. Den neuen Kommunikationstechnologien ist es zu verdanken, dass räumliche und zeitliche Barrieren überwunden werden können. Politische Akteure können die ganze Bevölkerung erreichen und diese wiederum haben die Möglichkeit eines Feedbacks. Um

die Chance sich selbst zu regieren nutzen zu können, müssen die Bürger über komplexe Themen informiert und gebildet werden. (Grossman 1995: 4; 31)

Grossman sieht in den neuen Kommunikationstechnologien sogar die Chance zu den Wurzeln der direkten Demokratie zurückzukehren. Elemente der direkten Demokratie könnten in einer modernen Form in das bestehende politische System adaptiert werden. Nach direkter Demokratie und repräsentativer Demokratie sieht er in der elektronischen Republik die dritte Ausformung von Demokratie. (Grossman 1995: 33;48)

Das Fernsehen ist laut Grossman „the key to the future of the electronic republic“. (Grossman 1995: 92) Nur das Fernsehen bietet die Möglichkeit Inhalte ungefiltert und unkommentiert wahrzunehmen. Im Gegensatz dazu bieten Printmedien nur einen „second-hand view“ der Ereignisse. Die Bürger stufen das Fernsehen durch seine Echtzeitbilder als verlässlicher und realer als Druckwerke ein. (Grossman 1995: 95f)

Die Hauptargumente dieses Ansatzes fasst Hagen folgendermaßen zusammen: (Hagen 1997: 62-66)

- *Das Größen-Argument:* Das repräsentative politische System der USA ist zu groß geworden und hat sich zu weit von den Bürgern entfernt. Mittels Telekommunikationstechnologien könnte eine Annäherung an den Bürger stattfinden.
- *Das Extension-of-Franchise-Argument:* Bürger mit materiellen und intellektuellen Ressourcen haben besseren Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen. Durch die Nutzung neuer Medien könnten auch unterprivilegierte Bürger sich politisch beteiligen.
- *Das Interaktivitäts-Argument:* Interaktive Technologien für die Nutzung von direkten Demokratieformen werden von der amerikanischen Bevölkerung gut angenommen, da in dieser ein technologischer Spieltrieb verankert ist.
- *Das Komplexitäts-Argument:* Mangelnde politische Beteiligung auf Seiten der Bürger wird auf die strukturellen Schwächen des repräsentativen politischen

Systems zurück geführt. Moderne technische Hilfsmittel könnten helfen, mit den komplexen Problemen in einer modernen Demokratie umgehen zu können.

- *Das Empowerment-Argument:* Die Schwäche des einzelnen Bürgers gegenüber der Regierung nehmen die Telekraten zum Anlass um für eine bessere Stellung des Einzelnen im politischen Prozess durch technische Hilfsmittel zu argumentieren.
- *Das Determinismus-Argument:* Die Teledemocracy-Vertreter glauben an einen geschichtlich-technologischen Determinismus, wonach die USA in eine elektronische Republik verwandelt wird.
- *Das Reform-Argument:* Die Telekraten sprechen sich nicht für ein anderes politisches System aus, sondern sie fordern eine Reform des repräsentativen Systems mit direktdemokratischen Ergänzungen.

6.3.Cyberdemocracy

Das Konzept der Cyberdemocracy entstand mit dem Aufkommen von Computernetzwerken in den 1980er Jahren. Der Traum von „echter“ Demokratie, in der die Bürger sich selbst regieren und der Traum von materiellem Wohlstand vermischten sich in der Theorie. Der Staat und seine repräsentativen Institutionen wurden als latente Bedrohung empfunden, die jene Träume zerstören könnten. (Hagen 1999: 66)

Es entwickelten sich zwei Varianten der Cyberdemokratie: einerseits wird eher die Notwendigkeit der freien Märkte betont, andererseits die Notwendigkeit von Gemeinschaft. Letztere wurde maßgeblich von Howard Rheingold und seinem Werk „The Virtual Community“ geprägt. Rheingold geht davon aus, dass eine elektronische Netzgemeinschaft auch zu einer Gemeinschaft im realen Leben werden kann. (Hagen 1999: 67 sowie Hagen 1996: 70)

„Virtuelle Gemeinschaften sind soziale Zusammenschlüsse, die dann im Netz entstehen, wenn genug Leute diese öffentlichen Diskussionen lange genug führen und dabei ihre Gefühle einbringen, so dass im Cyberspace ein Geflecht persönlicher Beziehungen entsteht.“ (Rheingold 1994: 16)

In virtuellen Gemeinschaften erhofft man sich das soziale Kapital wieder bilden zu können und darauf eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Der einzelne gewinnt dadurch politische Macht und wirtschaftlichen Wohlstand. Die Förderung von politischem Engagement und Bildung wird den nicht-staatlichen Institutionen mehr zugetraut als den staatlichen. (Hagen 1999: 67)

Rheingold beschreibt seine Erfahrungen mit der virtuellen Gemeinschaft WELL (Whole Earth´Lectronic Link), bei der sich Menschen überall auf der Welt öffentlich oder privat mittels Email miteinander unterhalten können. Er betont die Wichtigkeit des Cyberspace für die politischen Freiheiten der Menschen. Er befürchtet jedoch, dass die wirtschaftlich und politisch Mächtigen einen Weg finden werden, die Zugänge zu virtuellen Gemeinschaften zu regulieren. (Rheingold 1994: 11; 15)

Laut Rheingold haben Kommunikationsmedien in demokratischen Gesellschaften eine politische Schlüsselfunktion. Das politische Potenzial von CMC (computer-mediated communications) liegt in der Möglichkeit, die politischen Eliten über Kommunikationsmedien aufzubrechen und die Demokratie durch die Mitwirkung der Bürger neu zu beleben. Durch die Nutzung von CMC soll ein weltweites alternatives Informationsnetz aufgebaut werden. (Rheingold 1994: 27)

Die Argumente des Cyberdemocracy-Konzeptes lauten wie folgt: (Hagen 1997: 73-76)

- *Das Community-Argument:* Liberale Vertreter des Cyberdemocracy-Ansatzes verweisen auf die Möglichkeit, dass Computernetzwerke zur Bildung von Gemeinschaften beitragen könnten.
- *Das End-of-Matter-Argument:* Neokonservative Vertreter behaupten, dass der Cyberspace das Ende der materiellen Produktionsweise bedeutet. An Stelle von Materie tritt nun Information. Durch technologische Entwicklungen verändern sich Wirtschaft und Politik grundlegend.
- *Das Anti-Zentralismus-Argument:* Zentralistische Strukturen werden von beiden Gruppierungen abgelehnt, da diese die Selbstorganisation der Netzwerk-Gemeinden gefährden.

6.4.Electronic Democratization

Anhänger der elektronischen Demokratie sind Kongressmitglieder, Mitarbeiter des Weißen Hauses, Politikwissenschaftler und Journalisten der etablierten Zeitungen. Sie wollen die Vorteile der durch Computermedien unterstützten Kommunikation nicht nur sich selbst, sondern auch der Bevölkerung zu Nutzen machen. (Hagen 1999: 68)

Durch die Schaffung neuer Informations- und Kommunikationskanäle zwischen Regierenden und Bevölkerung soll die herrschende Politikverdrossenheit gemindert werden. Veröffentlichungs- und Verteilmedien wie das World Wide Web und E-Mail stehen im Vordergrund der Hoffnungen. (Hagen 1999: 68)

Das Konzept der elektronischen Demokratie zielt weniger auf handlungsorientierte Partizipationsformen wie Wählen ab, sondern zielt vor allem auf Information und Kommunikation als Voraussetzung für politische Beteiligung ab. (Hagen 1999: 68)

Als vorteilhaft der elektronischen Demokratie werden die sinkenden Transaktions- und Organisationskosten von Parteien, Interessensgruppen und Bewegungen erachtet. Nachteilig wird eine Fragmentierung der Öffentlichkeit erachtet, die sich in verschiedene Themenbereiche gliedert. (Hagen 1999: 68)

Kritiker verweisen auf die institutionelle Dimension von Demokratie und gehen davon aus, dass die institutionellen Rahmenbedingungen die Nutzung digitaler Medien bestimmen werden. Folglich ist auch die Entwicklung der Elektronischen Demokratie von den jeweiligen institutionellen Rahmenbedingungen geprägt. (Zittel 2003: 260; 277)

Das technikzentrierte Modell der Elektronischen Demokratie von Thomas Zittel verweist auf drei zentrale Entwicklungsoptionen, die sich aus medientechnischen Neuerungen ergeben: (Zittel 2003: 263)

- Delegation (Die Chance zur Ausbildung einer neuartigen Form der Beziehung zwischen politischen Repräsentanten und Bürgern)

- Direkte Demokratie (Die Chance zur Teilhabe an Sachentscheidungen)
- Revitalisierung der Öffentlichen Sphäre (Die Chance zu einer stärkeren Depolitisierung von Entscheidungen durch den Ausbau zivilgesellschaftlicher, selbstregulativer Netzwerke)

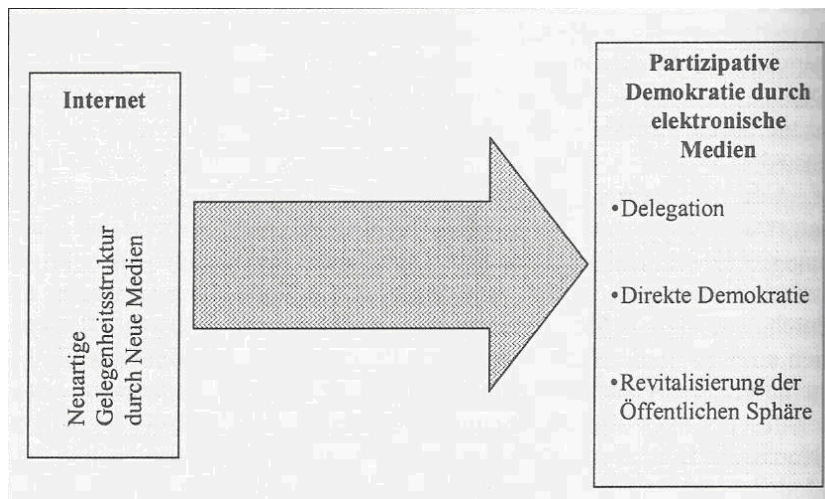


Abbildung 1: Das technikzentrierte Modell der Elektronischen Demokratie

Das Organisations-Argument: Anhänger des Electronic Democratization-Konzeptes heben die Bedeutung von Computernetzwerken für zivilgesellschaftliche Organisationen hervor und wiederum deren Bedeutung für Claus Leggewie fasst die Zukunftsprognosen einer elektronischen Demokratie folgendermaßen zusammen: Beteiligungswillige Bürger könnten durch das Internet mehr Raum für ihre Anliegen erlangen. Politische Öffentlichkeit dient allerdings nur wenigen Aktivbürgern und kann durch den Druck Sozialer Bewegungen erweitert werden. Das technische Potenzial des Internet ist bereit für einen eventuellen Beteiligungsschub von unten. Das Medium Internet ist geeignet lokale Öffentlichkeiten zu vernetzen und eine grenzüberschreitende Arena zur politischen Meinungsbildung herzustellen. (Leggewie 2000: 230f)

Neue Medien können lokale Kommunikation verdichten und globale Kommunikation herbeiführen, allerdings nur, wenn diese Medien beteiligungsfreundlich umgestaltet werden und Elemente direkter Demokratie aufgenommen werden. (Leggewie 1997: 6)

„Nur als demokratisches Netzwerk, das allgemein, frei, gleich und billig verfügbar ist wie Telefon und Fernsehen, könnte es Aufgaben der politischen Information, der Artikulation und Aggregation von Interessen, der Bewältigung von Dissens und der Schaffung von Konsens sowie schließlich auch der Entscheidungsbildung übernehmen, also Hauptfunktionen westlicher Demokratien.“ (Leggewie 1997: 6)

Das partizipatorische und deliberative Potenzial des Internets hängt laut Leggewie vom Niveau der demokratischen Beteiligung ab. Nur bereits politisch funktionierende Gemeinschaften werden ein demokratisches Internet zustande bringen, das politische Partizipation zulässt. (Leggewie 1997: 21)

Folgende Argumente fassen den Electronic Democratization-Ansatz zusammen: (Hagen 1997: 82-84)

- *Das Zugang-zu-Informationen-Argument:* Die Informationsübermittlung zwischen Regierung und Bevölkerung gehört zu den strukturellen Problemen des politischen Systems. Durch Computernetzwerke werden durch die Informationsvermittlung die Bürger enger an das politische System angebunden.
- *Das Electronic-Town-Meeting-Argument:* Electronic Town Meetings sind Institutionen, in denen in einem öffentlichen Raum über politische Themen informiert und diskutiert werden kann. Bürger sind nicht mehr nur Empfänger, sondern werden auch zu Sendern politischer Informationen.
- die zivilgesellschaftliche Interessensartikulation und -durchsetzung.

7. Das Internet

„Das Internet ist ein weltweit verbreitetes dezentral strukturiertes nichthierarchisch aufgebautes Computernetzwerk, das aus einer Fülle von kleinen, territorial oder organisatorisch begrenzten Einzelnetzen besteht, die untereinander verbunden sind. Es ist weiterhin mehr als ein einzelnes Medium, nämlich ein Verbund sehr unterschiedlicher Dienste, [...]“ (Harth 2000: 65)

Das Internet wurde eigentlich aus militärischen Gründen entwickelt und entstand im Kalten Krieg. 1969 bestand das Internet bzw. sein Vorgänger ARPAnet aus nur vier

Computern, die an verschiedenen Standorten in den USA über Mietleitungen miteinander verbunden waren. (Bickel 1998: 212)

Der populärste Internetdienst, das World Wide Web, wurde im Europäischen Kernforschungszentrum Cern in Genf entwickelt zur Übermittlung von Text, Ton und animierten Bildern. Ein Informationsanbieter auf einem PC (Server) stellt seine Informationen in einem bestimmten Format (HTML) zur Verfügung. Um diese Informationen abzurufen benötigt man einen Browser und die Internetadresse des Anbieters. Verweise auf andere Informationen nennt man Links. Die erste Seite eines Internetanbieters wird Homepage genannt. (Bickel 1998: 213)

Das Internet hat den Charakter eines Hybrid-Mediums: Sowohl bilaterale als auch multilaterale (one-to-one, many-to-many) Kontakte können hergestellt werden. Es funktioniert darüber hinaus als Sender für ein disperses Massenpublikum (one-to-many). Neben eher kommunikativen Diensten wie E-Mail, Mailinglisten, Newsgroups oder Chats bietet das WWW eher informierende und unterhaltende Angebote. (Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 49)

Folgende Funktionen werden dem Internet zugeschrieben: (Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 49ff)

- *Zielgruppenorientierung:* Botschaften können an thematisch gegliederte Gruppen verbreitet werden. Mailinglisten und Newsgroups ermöglichen sowohl die Rezeption von Beiträgen, als auch die Veröffentlichung eigener Beiträge.
- *Interaktivität:* Auch die informativen Angebote des WWW bieten zumeist die Möglichkeit, dem Verfasser Botschaften zukommen zu lassen, entweder über E-Mails oder über Kontaktformulare.
- *Produktionskosten:* Das Veröffentlichen von Meinungen und Informationen ist so kostengünstig, dass nicht nur finanzstarke Personen und Organisationen davon profitieren.

- *Reichweite*: Die Kommunikation wird hinsichtlich geografischer Entfernungen entgrenzt. Mit dem Anstieg der Nutzerzahlen sind immer mehr Menschen weltweit erreichbar.

Das Internet kann drei verschiedene politische Rollen spielen: (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 88)

- Politik für das Netz: darunter fallen gesetzliche Regelungen zum Datenschutz, Sicherheitsstandards, Verbraucherschutz und die Frage nach regulatorischen Bedingungen
- Politik im Netz (z.B. elektronische und digitale Demokratie): gemeint sind politische Prozesse im Netz wie virtuelle Bürgersprechstunden, Online-Protest und Online-Kampagnen
- Netzpolitik (Cyberpolitics): darunter versteht man die Institutionalisierung des Internets in der Politik, die Verfasstheit der Gesellschaft und der Demokratie wird durch Neue Medien geändert

Die wichtigsten Funktionen des Internets sind die Elektronische Post (e-mail), der Elektronische Nachrichten- und Diskussionsbereich (Newsgroups), der Echtzeit-Austausch von Textmitteilungen und das World Wide Web als meist genutztes Angebot. Durch eingebaute Hyperlinks besteht die Möglichkeit Dokumente global zu vernetzen. (Harth 2000: 65-70)

Das Internet hebt sich mit neuen Medienmerkmalen deutlich von anderen Medien ab: global, interaktiv und synergetisch. Die Grenzen zwischen öffentlicher und privater, einseitiger und gegenseitiger, synchroner und asynchroner Kommunikation sowie zwischen den Kommunikationsformen one-to-one, one-to-many und many-to-many werden zunehmend fließend. (Harth 2000: 71f)

8. Virtuelle Gesellschaft

Internetbasierte Kommunikationsmedien besitzen die Eigenschaft, dass sich durch sie Sozialräume erschaffen lassen. Diese Sozialräume werden auch als virtuelle Orte bezeichnet und sind abgegrenzte Kommunikationsbereiche. An virtuellen Orten kann man sich mit anderen Menschen austauschen, Kontakte knüpfen oder untereinander diskutieren. Als Orte an denen man sich „treffen“ kann gelten Webseiten, Chat Channels, Newsgroups, Mailinglisten, MUDs (Multi User Dungeons – eine Art Rollenspiel), Avatarwelten, usw. (Stegbauer 2001: 140)

Virtuelle Welten haben große Auswirkungen auf unser Realitätsverständnis. Der Begriff virtuell beschreibt einen Widerspruch: existent und doch nicht wirklich. Im Gegensatz zu Simulationen, die das Ziel verfolgen die Wirklichkeit anschaulich zu erklären, will das Virtuelle die Wirklichkeit ersetzen. Die Grenze zwischen Realem und Virtuellem kann verschwimmen, indem das Virtuelle immer mehr zum Bestandteil des realen Alltags wird. Der Begriff Virtual Reality bezeichnet die Auflösung dieser Grenze. (Bühl 2000: 82; 84; 86)

Ein Transformationsprozess brachte einen neuen Gesellschaftstyp hervor, eine Gesellschaft, die im virtuellen Raum zu verorten ist. Der virtuelle Raum wirkt sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche aus. Gemeinschaften entstehen in der virtuellen Gesellschaft nicht durch geografische Nähe, sondern durch Interessen. (Bühl 2000: 89)

Internetbasierte Sozialräume sind zunächst noch keine Gemeinschaften, da das Themeninteresse die Menschen zur Teilnahme anregt und nicht etwa die Beziehungen untereinander. Wenn aus der Gesellschaft eine Gemeinschaft werden soll, müssen Anknüpfungspunkte für tiefer gehenden Austausch vorhanden sein. Das Sachinteresse muss sich also in ein Personeninteresse umwandeln, erst wenn Beziehungen entstanden sind, lässt sich auch von einer Gruppe sprechen. (Stegbauer 2001: 69f)

In virtuellen Räumen sind lose Kontakte weit öfters auffindbar als enge Beziehungen. Je näher die Teilnehmer jedoch einer Gemeinschaft kommen, desto schwieriger ist es für

Neueinsteiger sich einzubringen. Stegbauer hält den Gemeinschaftsbegriff für nicht angemessen, um die Beziehungen zwischen Menschen in virtuellen Räumen zu beschreiben. (Stegbauer 2001: 72f; 91)

Siedschlag/Rogg/Welzel stellen sich die Frage ob virtuelle Gemeinschaften auch politisch handlungsfähig sind. In den USA und Großbritannien beispielsweise wurde über Community Networks (Bürgernetze) diskutiert. Das sind interessensgemeinschaftliche, auf eine Region beschränkte Informationsnetzwerke, die die Gemeinschaft in ihre Arbeit einbeziehen möchten und auch die Kommunikation unter den Bürgern fördern. (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 23)

Damit elektronische Gemeinschaften überhaupt zu Akteuren werden, setzt dies nicht nur virtuelle Handlungs- und Kommunikationsnetzwerke voraus, sondern auch soziale. Eine reale Lebenswelt und Öffentlichkeit muss also bestehen. (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 23)

9. Jugendliche und Internet

„What does it mean to grow up surrounded by digital technologies and media, right from birth? In a growing list of countries, the use of various technologies has permeated almost every aspect of contemporary social life, changing the ways in which we work and play, influencing culture, media, and social rituals, and maybe even changing who we are.” (Weber/Dixon 2010: 1)

Diese Arbeit untersucht die Nutzung von politischen Partizipationschancen von Jugendlichen im Internet. Die Gruppe der Jugendlichen wurde deshalb ausgesucht, da sie mit digitalen Medien aufgewachsen sind. Zum ersten Mal in der Geschichte können Kinder bzw. Jugendliche mit einer Innovation, die zentral in der Gesellschaft verankert ist, besser umgehen als ihre Eltern. Durch den Gebrauch von digitalen Medien entwickeln die Jugendlichen ihre Identität. Sie lernen, spielen, kommunizieren, arbeiten und schaffen Gemeinschaften über das Internet. (Tapscott 1998: 2)

Tapscott nennt jene Kinder bzw. Jugendliche, die im Jahr 1999 zwischen 2 und 22 Jahren alt waren, die Net-Generation. Auch Hebecker versteht unter den Begriffen Generation @, Computer-, Netz- oder Mediengeneration keineswegs nur jene Kinder, die mit Informations- und Kommunikationsmedien wie Internet und Handy aufwachsen, sondern auch jene ältere Generation, die sich in den 80er-Jahren als erste mit Homecomputern und Videospielen beschäftigten. (Tapscott 1998: 3; Hebecker 2001: 75)

Hebecker beschreibt eine privilegierte Nutzung der Neuen Medien zugunsten der jungen Generation. War früher einmal eine Wissenskluft zwischen Arm und Reich, ist diese nun auch zwischen Jung und Alt entstanden. Die Älteren müssen nun von den Jüngeren lernen, um nicht von der Informationsflut überrollt zu werden. (Hebecker 2001: 83)

Tapscott vergleicht die Entwicklung der digitalen Medien mit jener des Fernsehens. Der gravierende Unterschied besteht für Tapscott darin, dass ein Paradigmenwechsel von lediglich Ausstrahlen bis hin zur Interaktivität der Medien stattgefunden hat. Jene Interaktivität kennzeichnet die Net-Generation. (Tapscott 1998: 3)

Besonders für Kinder und Jugendliche stellen sich auch zahlreiche Gefahrenquellen im Internet dar. Dazu zählen etwa Gewalt und politische Gewalt, Pornografie, Kinderpornografie, sexuelle Nötigung und Belästigung, Anleitungen zu Straftaten und Nötigung, usw. Internet-Anbieter sind zwar für eigene Inhalte verantwortlich, für rechtswidrige oder fremde Inhalte sind sie aber nur dann verantwortlich, wenn sie davon in Kenntnis gesetzt wurden und eine Sperrung möglich ist. (Decius/Panzieri 2000: 81ff)

Iske/Klein/Kutscher/Otto begreifen das Medium Internet als einen „Gegenstand alltäglichen Gebrauchs“ für Jugendliche. Um digitale Ungleichheiten bei Jugendlichen auszugleichen und eine gesellschaftliche Teilhabe im Internet zu ermöglichen sind sowohl Interventionen im Internet und auch außerhalb des Internets erforderlich. Im Internet etwa in Form von zielgruppensensiblen Angeboten, außerhalb des Internets in Form von medienpädagogischer Arbeit um Jugendlichen ihre Medienkompetenz erweitern zu helfen. (Iske/Klein/Kutscher/Otto 2007: 66; 88)

10. Chancen des Internets für die Demokratie

Die enthusiastische Sichtweise schreibt dem Internet einen starken und positiven Einfluss auf die Herstellung von Öffentlichkeit und den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu. Das Internet ermöglicht Kommunikation zwischen Bürgern auf der einen Seite und politischen Entscheidungsträgern auf der anderen Seite. Durch das Internet nehmen mehr Menschen an politischen Prozessen teil, da soziale, räumliche und zeitliche Barrieren aus dem Weg geräumt sind. Durch den erwarteten Zuwachs an politischem Wissen sind die Bürger auch in der Lage, ihre Anliegen qualitativ besser in die politische Debatte einzubringen. (Jarren/Donges 2006: 112)

Die skeptische Position besagt, dass die bestehenden Barrieren zwischen Individuum und politischen Entscheidungsträgern nicht technischer, sondern sozialer Natur sind und folglich durch das Internet nicht aufgehoben werden können. Die fehlende Bereitschaft der Nutzer gezielt nach politischen Informationen zu suchen oder die wenige Zeit, die zur Mediennutzung zur Verfügung steht werden als sozialen Barrieren genannt. (Jarren/Donges 2006: 113)

Westholm fasst die Thesen über das politische Partizipationspotenzial des Internets folgendermaßen zusammen: (Westholm 2006: 713)

- „Normalisierungsthese“: Die Internetnutzung hat keinen Einfluss auf das politische Verhalten.
- „Verstärkungsthese“: Das Internet verstärkt die Teilhabe jener Personen, die sich ohnehin politisch beteiligen.
- „Mobilisierungsthese“: Das Internet ermöglicht die politische Beteiligung weiterer Bevölkerungskreise.
- „Polarisierungsthese“: Das Internet spiegelt eher die Meinung jener Personen wider, die eher zum politisch Extremen neigen.
- „These des kulturellen Wandels“: Die Nutzung des Internets trägt zur Änderung politischer Einstellungen bei.

Marschall setzte sich ebenfalls mit der Frage auseinander, welches demokratische Potenzial im Internet liegt: (Marschall 1997: 311-313)

- In den Massenmedien finden nur Personen und Organisationen mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen Gehör, im Internet hingegen kann jeder in Form einer Website seine Meinung veröffentlichen.
- Im Internet können verschiedenste Meinungen artikuliert werden. Auch Gegenöffentlichkeiten können Inputs liefern.
- Durch die Möglichkeiten des freien Dialogs im Internet findet eine gleichwertige Kommunikation zwischen den Teilnehmern statt.
- Da die Partizipationskosten relativ gering sind, können auch Teilnehmer mit geringen Ressourcen ihre Meinungen einfließen lassen.
- Die Reichweite des Internets fördert die Bildung von Interessensgruppen.
- Der Zugang zu Informationen ist orts- und zeitunabhängig. Außerdem sind die Informationen in großer Zahl, leicht und schnell zugänglich.
- Die Verknüpfung zwischen Bürger und politischen Machthabern könnte durch das Internet ausgebaut werden.
- Die Bürger könnten unmittelbar in die Lage versetzt werden, Beschlüsse mitzufassen.

Harth nennt folgende demokratiepolitische Vorteile, die durch das Internet entstehen: (Harth 2001: 28f)

- Medienkonzentrationsprozesse werden durch ein hierarchisch dezentral organisiertes Medium wie das Internet unterbunden.
- Das Informationsangebot wird vervielfältigt da jeder prinzipiell eigene Inhalte produzieren kann.
- Die Wirklichkeitskonstruktion traditioneller Medien wird durch das Internet eingeschränkt.
- Das Internet ist nicht den Restriktionen von Nachrichtenwertkriterien oder Zeitlimits unterworfen.

- Das Internet kann Weltöffentlichkeit herstellen und globale Themen wie Umweltschutz thematisieren und diskutieren.

Unter politischer Partizipation begreift Harth im Wesentlichen sich über das politische Geschehen zu informieren, mit politischen Akteuren in Kontakt zu treten, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen und selbst politisch aktiv zu werden. (Harth 2001: 30)

10.1.Information über das politische Geschehen

Bonfadelli betont die enorme Wichtigkeit der Massenmedien für das demokratische System:

„Fernsehen, Radio und Presse schaffen durch ihre Information die Voraussetzungen, die es dem Bürger erlauben, sich demokratisch an seinem Staat zu beteiligen.“ (Bonfadelli 1994: 17)

Durch die Komplexität der politischen Probleme kommt den Medien eine wichtige Funktion zu: sie vermitteln den Bürgern politische Informationen und prägen somit das Wissen der Menschen. Diese nehmen die von den Medien vermittelte Realität auf und handeln danach. (Bonfadelli 1994: 17)

Das Internet stellt Informationen über Politik und Verwaltung den Bürgern vereinfacht dar. Es entfällt oftmals das Aufsuchen von Ämtern mit eingeschränkten Öffnungszeiten, da das Informationsmaterial auch online zugänglich ist. Oftmals besteht auch die Möglichkeit sich in einen Newsletter-Verteiler aufnehmen zu lassen, um aktuell und regelmäßig informiert zu werden. (Westholm 2006: 715)

Mirko Marr fand in einer in der Schweiz durchgeführten Studie zu Internetzugang und politischer Informiertheit heraus, dass sich das Internet nicht als politisches Informationsmedium durchsetzen konnte. Die Onlinenutzer der Schweiz nutzen die traditionellen Massenmedien um sich politisch zu informieren. Der Zugang zum Internet trägt also nicht zur Wissenskluft zwischen On- und Offlinern bei. Informationsangebote

des Internet werden eher oberflächlich wahrgenommen. Folglich kann behauptet werden, dass das Internet das Wissen um politische Geschehnisse bestenfalls verbreitet, aber nicht vertieft. (Marr 2005: 231)

Die Menschen sind sowohl in den USA als auch in Deutschland offener für politische Sachinformationen als für politisches Infotainment. Diese Informationen sollten anspruchsvoll aufbereitet sein, da die politisch interessierten User hohe Erwartungen haben, jedoch dieselbe Aufmerksamkeitsspanne wie andere Menschen. Wenn die Nutzer aktiv werden können, erinnern sie sich besser an die vermittelten Inhalte. (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 41)

Das reine Angebot von Online-Informationen führt allerdings nicht zwangsläufig zu einem besseren politischen Informationsstand oder zu mehr politischer Aktivität. Für Menschen spielen in der Informationsgewinnung Gewohnheit, Vertrauen und Glaubwürdigkeit eine wichtige Rolle. Die Bereitschaft sich mit einem Online-Angebot zu beschäftigen, hängt von den Erwartungen und von sozialen (Vor-) Erfahrungen ab. (Harth 2000: 111)

Hoecker spricht sich für eine Ausweitung des Informationsangebotes aus. Planungs- und Entscheidungsprozesse sollten transparenter gestaltet werden, indem z.B. nichtöffentliche oder halböffentliche parlamentarische Diskussionen und Abstimmungen zugänglich gemacht werden. Zudem sollte auf eine verständliche Darstellung für Laien geachtet werden und auch Zusammenhänge erläutert werden. (Hoecker 2002: 45)

Öffentlichkeit soll als Nachweis dienen, dass politische Themen durch die Bürger kontrolliert werden kann. In der Realität sieht dies allerdings anders aus: Die Zugänglichkeit zur Öffentlichkeit ist auf wenige Vertreter des Mediensystems beschränkt. (Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 23)

Das Internet stellt auch den Raum dar um „Gegenöffentlichkeit“ zu schaffen. Nachrichten, die in den traditionellen Mediengattungen keine Beachtung fanden, haben

im Internet dennoch die Chance, veröffentlicht zu werden. Durch den universellen Zugang findet jede Initiative oder Interessensgruppe Platz für Meinungen und Erkenntnisse. Vor allem die internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) gebrauchen das Internet für politische Kommunikation. (Westholm 2006: 716)

Folgende positive und negative Aspekte hat das Internet auf politische Information laut Harth: (Harth 2000: 115)

Das Internet als Medium zur politischen Information	
(+) positive Aspekte	(-) negative Aspekte
hohe Aktualität schnelle Verfügbarkeit leichte Weiterverarbeitung und Verknüpfung einfacher Zugang grenzenlose Kapazität	Konfrontation mit Datenschnitt Verstärkung der Wissensklüft Bewältigung der Datenflut Dominanz von Kommerz und Unterhaltung Zugang für alle? neue Lesegewohnheiten

Tabelle 4: Das Internet als Medium zur politischen Information

10.2.Kontakt zu politischen Akteuren

Donges und Jarren beschreiben Politik in den Medien als das Ergebnis von Interaktionen. Sie betiteln vier Formen von Interaktionen: (Donges/Jarren 2009: 94)

- Interaktionen zwischen Akteuren innerhalb der Politik (zwischen politischen Akteuren)
- Interaktionen zwischen Akteuren innerhalb der Medien
- Interaktionen zwischen Medien und politischen Akteuren
- Interaktionen zwischen Medienberichterstattung und Publikum (Verhältnis zwischen der Darstellung der Politik in den Medien und den Rezipienten)

Das Internet bietet die Möglichkeit des direkten Dialogs zwischen Bürgern und politischen Akteuren: (Harth 2001: 32f)

- Die Parteiarbeit kann durch das Internet erleichtert werden für jene Menschen, die nicht so viel Zeit und Energie in die Politik investieren möchten. Virtuelle Ortsvereine oder virtuelle Parteitage wären Beispiele.
- Die Parlamentsarbeit wird beispielsweise durch Online-Angebote wie der Mobilisierung des öffentlichen Sachverstandes für einen Gesetzesentwurf geöffnet.
- Auch die Regierungsarbeit wird durch Online-Angebote geöffnet und politische Entscheidungsprozesse und das Verwaltungshandeln transparenter gemacht.

Politische Akteure stellen sich immer häufiger für ein paar Stunden in einer Chat-Diskussion den Fragen und Anregungen von Wählern. Ein Protokoll davon ist auch meist hinterher noch einsehbar. Diese politischen Chats dienen zurzeit aber meist eher als PR statt als ernstgemeinte politische Kommunikation. In Foren ist es nicht notwendig zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu sein, man kann sich in eine Forumsdiskussion einschalten wenn man gerade Zeit hat. (Westholm 2006: 718)

Das Internet stellt eine neue Arena für Protestpolitik zur Verfügung. Durch das Web können riesige E-Maildatenbanken angelegt werden, sowie Teilnehmer via Pagers und Handys verständigt werden. Die Koordination für soziale Proteste wurde durch das Internet erheblich erleichtert. (Walton 2007: 379)

Hoecker fragt nach mehr interaktiven Angeboten im Web. Statt der top-down-Kommunikation sollte eine von unten nach oben gerichtete Einflussnahme ermöglicht werden. Weiters wären qualitätssichernde Mechanismen und eine thematische Fokussierung der politischen Kommunikation im Internet wünschenswert. Dies könnte in der Form von moderierten Diskussionsforen geschehen. Unbeantwortet bleibt die Frage wie politische Diskurse und Beteiligungen auch Wirkung auf Entscheidungsprozesse nehmen kann. (Hoecker 2002: 45)

Auch Web logs finden in der Debatte über Internet und Demokratie ihren Niederschlag. In einem Web log werden kritische Gedanken zu politischen Aktivitäten geäußert. Ihr

Vorteil ist, dass sie oftmals auch zu anderen Blogs verlinkt sind. In den USA verzeichnen Web logs mehrere Siege über das politische System: (Walton 2007: 377)

„Among the many examples, they have garnered overwhelming public outcry that scuttled the U.S. Supreme Court nomination of Harriet Miers and have also caused Trent Lott to step down from his position as Senate Majority Leader.” (Walton 2007: 377)

Woodly bestätigt den positiven Aspekt von Web logs auf die politische Kommunikation. Blog Teilnehmer können in den von Massenmedien gestalteten Blogs manchmal sogar Themen beisteuern, die sie für berichtenswert halten. Web logs haben auch die Fähigkeit politisches Wissen für Journalisten, politische Eliten und interessierte Bürger zu verbreiten. (Woodly 2008: 122)

Kommunen wird eine besondere Stellung hinsichtlich politischer Partizipation zugesprochen: Auf kommunaler Ebene spürt der Bürger die politischen Auswirkungen direkter und erfährt Politik und Politiker näher als auf höheren Politikebenen. Deshalb ist wohl auch das Interesse der Bürger an kommunalen Themen meist höher als an nationaler oder internationaler Politik. Durch die schwierige Finanzlage der Kommunen wird jedoch deren Gestaltungsspielraum erheblich eingeschränkt. (Von Korff 1999: 191f)

Von Korff skizziert die Idee von sogenannten Bürgernetzen im Internet. Die aus den USA stammenden „Community Networks“ sollen idealerweise alle kommunalen Akteure widerspiegeln. In einer Gemeinde sollte es auch nur einen virtuellen Raum geben, in dem die Teilnehmer sich mit Anliegen direkt und öffentlich an Entscheidungsträger wenden können. Bürger können somit Themen auf die Agenda setzen, ohne auf Medien oder Organisationen angewiesen zu sein. (Von Korff 1999: 195f)

„Ohne Zweifel eröffnen interaktive Möglichkeiten des Internets eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Staat, ergeben sich theoretisch neue, unkomplizierte Mitbestimmungsmöglichkeiten in vielen Bereichen.“ (Trankovits 2009: 138)

Behörden und Institutionen können mittlerweile via Internet kontaktiert werden, auf den Webseiten besteht meist die Möglichkeit für Fragen, Kritik und Anregungen. Grenzen der Zeit und Entfernung werden dank der elektronischen Verwaltung überwunden. Es werden Informationen und Dienstleistungen angeboten, Produkte können rasch und kostengünstig angeboten werden. (Trankovits 2009: 138; Tapscott 1996: 198)

Tapscott beschreibt die elektronische Verwaltung als eine vernetzte Verwaltung. Einerseits verbindet die neue Technologie die Verwaltung intern, andererseits werden die digitalen Einrichtungen mit jedermann extern verbunden: Steuerzahler, Lieferanten, Geschäftskunden, Wähler, Institutionen wie Schulen, Labors, Massenmedien, Krankenhäuser, andere Ebenen der Verwaltung und andere Länder. (Tapscott 1996: 198)

Wenn immer mehr menschliche Kommunikation, Geldtransaktionen, Informationsflüsse und geschäftliche Transaktionen über das Internet abgewickelt werden, verschwimmen zusehends die Grenzen innerhalb der einzelnen Behörden, zwischen den Behörden und jenen, die mit den Behörden in Berührung kommen. (Tapscott 1996: 201)

Harth nennt folgende positive und negative Aspekte das Internet und politische Kommunikation betreffend: (Harth 2000: 118)

Das Internet als Medium zur politischen Kommunikation	
(+) positive Aspekte	(-) negative Aspekte
Unkonventionelle und zusätzliche direkte Beteiligungsformen einfacher Kontakt erstes ‚Mitmach-Medium‘ Chance auf Responsivität	geringer Stellenwert unzureichende Dauerhaftigkeit mangelnde Nachhaltigkeit bescheidene Qualität ungleicher Zugang

Tabelle 5: Das Internet als Medium zur politischen Kommunikation

10.3.Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen

„Wahlen sind ein Herzstück des demokratischen Prozesses, denn ohne freie Wahlen kann es keine funktionierende Demokratie geben.“ (Rhombert 2008: 72)

Wahlen nehmen nach Rhombert drei Funktionen ein: (Rhombert 2008: 72)

- Wahlen rekrutieren das Personal für die Ämter der Staatsleitung.
- Sie verteilen die Macht auf Regierung und Opposition.
- Wahlen haben eine Legitimationsfunktion inne, sie sichern demokratischen Systemen die Legitimation.

Buchstein nennt folgende Argumente für Onlinewahlen:

Wahlen am PC werden als technologische Offensive gesehen, jenes Land mit dem ersten funktionstüchtigen System erzielt einen internationalen Reputationsgewinn. Ein anderes Argument bezieht sich auf die anfallenden Kosten der Wahl. Durch die Abwicklung über das Internet könnte der Kostenfaktor gesenkt werden. Außerdem besticht das Internet durch seine Schnelligkeit, mit der Wahlergebnisse künftig vorliegen könnten. (Buchstein 2009: 195)

Ein anderes Argument lautet, dass die Stimmabgabe über das Internet für viele Menschen eine Erleichterung darstellt und sich somit auch positiv auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Wer den Wahlsonntag in der Arbeit verbringt oder lieber privaten Interessen nachgehen möchte, hat durch die Stimmabgabe per Handy oder PC die Möglichkeit flexibel und mobil dennoch den Urnengang zu erledigen. (Buchstein 2009: 195)

Ein weiteres Argument sieht in Onlinewahlen Potenzial für die Einführung der direkten Demokratie. Neben Wahlen über den PC könnten dann auch politische Sachfragen von den Bürgern per Mausklick entscheiden. (Buchstein 2009: 196)

Vier Sicherheitsprobleme müssen aus verfahrenstechnischer Sicht bei Onlinewahlen bewältigt werden: die eindeutige Identifikation des Wählers, der verschlüsselte Transfer der Daten, die nicht manipulierbare Erstellung des Wahlergebnisses und die geschützte Aufbewahrung der Wahl. (Buchstein 2009: 196)

Gegen Onlinewahlen sprechen laut Buchstein folgende Argumente:

Häufig wird auch die fehlende Sicherheit im Hinblick auf Hacker verwiesen. Diese Sorge wurde allerdings schon vor hundert Jahren beim Übergang von der öffentlichen Stimmabgabe zur Geheimwahl diskutiert. Es bleibt allerdings die Frage, ob die Bürger bei überraschenden Wahlergebnissen nicht den korrekten Ablauf der Wahl anzweifeln. (Buchstein 2009: 197)

Argumente, dass nicht jeder einen Computer habe oder sich nicht jeder genügend damit auskenne, entkräftet Buchstein indem er auf einen Antrag verweist, der trotz Onlinewahl erlaubt, seine Stimme auf andere Weise abzugeben. Die Geschwindigkeit, mit der Entscheidung getroffen und übermittelt werden, wird ebenfalls bemängelt. Beim Computer bekommt der Wähler die Chance, sich in letzter Sekunde Informationen zur Wahl zu sammeln und kurz entschlossen eine Wahl zu treffen. (Buchstein 2009: 198)

Weitere Bedenken drehen sich um die Wahl und ihren Bezug zur Öffentlichkeit. Die Onlinewahl entföhre die Politik aus dem öffentlichen Raum behaupten manche Autoren. Die Stimmabgabe an einem öffentlichen Ort hingegen stellt den Bezug zur Bürgergemeinschaft dar. (Buchstein 2009: 198)

E-Voting steht in Österreich derzeit nicht zur Debatte. Die Österreichische Hochschülerschaft stellte sich zwar für einen Testlauf zur Verfügung, aber Diskussionen im Nationalrat und die Reaktionen auf das Begutachtungsverfahren zur Wahlrechtsreform 2007 ließen die Hoffnungen wieder sinken. (Hämmerle 2009: 232;234)

Die im Juni 2007 beschlossene Briefwahl nutzen die österreichischen Wähler zur orts- und zeitunabhängigen Stimmabgabe. Die Briefwahl wurde als Wegbereiter für Onlinewahlen gesehen, da die beiden Distanzwahlen zu einer Erleichterung bei der Stimmabgabe führen, aber auch in einem ungeschützten Raum durchgeführt werden. (Hämmerle 2009: 225f)

Auch Meinungsumfragen finden online statt, um die Bürger nach ihrer Meinung zu bestimmten Vorhaben zu befragen. Methoden wie Telefoninterviews oder dem Verteilen von Fragebögen sind zeit- und kostenintensiv. Das Internet ist im Gegensatz dazu eine sehr kostengünstige Variante, die auch innerhalb kürzester Zeit Ergebnisse liefert. Solche Umfragen entstehen meist ungeplant und aus aktuellem Anlass. Es können allerdings im Vorfeld keine Aussagen darüber getroffen werden, wie die Ergebnisse durch Politik und Verwaltung in die weitere Vorgehensweise einfließen werden. (Westholm 2006: 717)

„Für die Politik interessant wird das Internet im Wahlkampf dadurch, dass es vor allem überdurchschnittlich gebildete und verdienende Menschen als politische Informationsquelle nutzen.“ (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 76)

Folgende Eigenschaften machen das Internet zu einem attraktiven Wahlkampfmedium für Politiker: (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 77)

- Durch das Internet besteht die Möglichkeit einer direkten Kommunikation von Politiker zu Wähler ohne Kommentare der traditionellen Medien.
- Die Zielgruppen des Wahlkampfes können gezielter angesprochen werden.
- Es können mehrere Medienformate (Video, Audio, Print) gleichzeitig dargestellt werden.
- Die Information ist über geraume Zeit an der gleichen Stelle auffindbar.
- Durch interaktive Elemente können Wählerprofile erstellt werden.

Den aktuell wohl berühmtesten Online-Wahlkampf lieferte Barack Obama, der oftmals auch als „E-Präsident“ oder „E-bama“ beschrieben wird. Obama setzte sich von Anfang an für mehr Bürgerbeteiligung in der Politik ein. Er nützte das Internet um seine

Botschaften, vorbei an den traditionellen Medien, direkt den Menschen zu überbringen. (Trankovits 2009: 95)

Obama bot noch vor der Zusammensetzung der neuen Regierung die Möglichkeit, sich mit Vorschlägen und Wünschen zu beteiligen. Über die Website Change.gov wurde ein „Citizen`s Briefing Book“ eingerichtet, wo nicht nur Ideen gesammelt wurden, sondern auch gleich die Möglichkeit einer Bewertung bestand. Bis zum Amtswechsel wurden rund 44.000 Vorschläge gesammelt, 1.4 Millionen Bürger stimmten ab. (Trankovits 2009: 133)

Doch auch Obama stieß an seine Grenzen. Sein Plan, bereits vom Kongress verabschiedete Gesetze vor der Unterzeichnung des Präsidenten fünf Tage lang auf die Website des Weißen Hauses zu stellen, damit sie von der Öffentlichkeit geprüft und kommentiert werden können, ist gescheitert. Auch dem Weblog des Weißen Hauses fehlt es an Interaktivität, es fehlt die Möglichkeit Kommentare zu hinterlassen. Das Weiße Haus würde einen enormen Mitarbeiterstab beschäftigen müssen, um einen interaktiven Blog pflegen zu können. (Trankovits 2009: 135)

Harth fasst die negativen und positiven Aspekte des Internets für Wahlen, Abstimmungen und politische Kampagnen folgendermaßen zusammen: (Harth 2000: 124)

Das Internet als Medium für Wahlen, Abstimmungen und politische Kampagnen	
(+) positive Aspekte	(-) negative Aspekte
direkte Mobilisierung breite Selbstdarstellung gezielte Ansprache von Zielgruppen Chancen für Außenseiter Potential zur Wählerunterweisung	zusätzliche Manipulation einfache Diffamierung kommerzielle Interessen Chancen für Feinde der Demokratie schwieriger Zugang

Tabelle 6: Das Internet als Medium für Wahlen, Abstimmungen und politische Kampagnen

11. Grenzen/Gefahren des Internets für die Demokratie

Manche Gruppen profitieren von dem hohen Organisationsgrad des Internets auf Kosten von anderen Gruppen, die wenig organisiert sind. Ein weiteres Problem besteht für Walton darin, dass Initiativen, die vom Bürger organisiert werden meist nicht die Bedürfnisse der Gesellschaft auf lange Sicht hin im Blick haben. Die Online-Tools können ebenso von Lobbyisten und politischen Strategen missbraucht werden. (Walton 2007: 379f)

Walton weist darauf hin, dass man sich zuerst fragen sollte, ob die Gesellschaft überhaupt eine deliberative Demokratie will. Viele Länder wollen nur den Reichtum des Kapitalismus, aber keinen Aktionismus von Seiten der Bürger. Andere Gesellschaften wollen nur, dass die Mächtigen zu Gunsten der Bürger handeln, aber keine der Gruppen will demokratische Werte durchsetzen. (Walton 2007: 382)

Marschall sieht folgende Eigenschaften des Internets als Risiken für den demokratischen Diskurs: (Marschall 1997: 314-319)

- Als ersten Punkt nennt Marschall die technischen Grenzen des Internets wie begrenzte Übertragungsmöglichkeiten (niedrige Übertragungsgeschwindigkeiten, beschränkte Providerzugänge).
- Weiters weist Marschall auf die Exklusivität der Internetnutzung hin. Nicht alle Haushalte besitzen einen PC, Höhergebildete dominieren im Web.
- Bei der Art der Nutzung wird zwischen Information und Unterhaltung unterschieden. Politische Inhalte werden im Netz marginalisiert, Ungewöhnliches gewinnt an Attraktivität. Aber auch die Gräben zwischen den Nutzern werden immer mehr ausgeweitet, zwischen ressourcenschwachen und – starken Haushalten, zwischen politisch Aktiven und Inaktiven und zwischen Hoch- und Niedriggebildeten.
- Nachrichten müssen kognitiv verarbeitet werden um verstanden zu werden. Mehr Information führt nicht zwangsläufig zu mehr Transparenz der politischen Ereignisse. Die Themengewichtung der Massenmedien, bei denen auf Probleme

aufmerksam gemacht wird, funktioniert im Internet nicht aufgrund der Gleichberechtigung aller Informationen. Auch Parlamentarier müssen sich mit einer Flutwelle an Kommunikation auseinandersetzen.

- Die Strukturen des Internets wirken fragmentierend. Die Kommunikationsoptionen werden immer weiter ausgeweitet, es bestehen kommunikative Nischenangebote. Das Netz bietet viele Rückzugsmöglichkeiten, die soziale Interaktionen beeinträchtigen.
- Es werden oftmals lokale Gemeinschaften geschlossen, die nicht mehr mit den politisch-staatlichen Gebieten übereinstimmen und somit können keine institutionellen Entscheidungen getroffen werden.

Harth nennt folgende Ursachen des Internets, die eine Schwächung der Demokratie darstellen: (Harth 2001: 27f)

- Durch das Internet geht eine zunehmende Spezialisierung des Informations- und Kommunikationsangebotes einher, die die Fragmentierung des Publikums zunehmend verstärkt.
- Das stetig wachsende Informationsaufkommen führt schließlich zu einer Informationsüberlastung der Nutzer.
- Durch die Beschleunigung der Kommunikation kann es zu Falschmeldungen und unzulänglichen Recherchen kommen.
- Durch das geforderte Tempo im Informationsrennen kann es zu einer Verschärfung der Wirklichkeitskonstruktion kommen. Die mediale Wirkung scheint wichtiger als die Genauigkeit, außerdem kann der Urheber einer Falschmeldung im Internet schwerer nach verfolgt werden als bei traditionellen Medien.

11.1. Wissensklufthypothese

Massenkommunikation ist heutzutage prinzipiell allen zugänglich. Trotzdem ist der Wissensstand in den verschiedenen Gesellschaftsschichten unterschiedlich. Sozial und bildungsmäßig benachteiligte Gruppen sind oftmals nicht ausreichend informiert. Ein

hohes Informationsangebot und eine hohe Nutzung desselben garantiert folglich nicht automatisch eine hohe Informiertheit beim Bürger. (Bonfadelli 1994: 17f)

Die Hypothese vom „increasing knowledge gap“ wurde erstmals 1970 von einer amerikanischen Forschergruppe der Minnesota-University benannt. Man ging von einer wachsenden Wissenskluft zwischen Menschen mit höherem sozioökonomischen Status bzw. Bildungsniveau und Menschen mit niedrigerem sozioökonomischen Status bzw. Bildungsniveau unter dem Einfluss der Massenmedien, vor allem der Printmedien, aus. (Saxer 1992: 127)

Saxer konstatiert, dass die Wissensverteilung themenabhängig ist und in komplexeren bzw. in weniger komplexeren Sozialsystemen unterschiedlich ist. Wissenslücken sind nur Teilphänomene allgemein ungleicher Kommunikationseffekt-Verteilungen und diese hängen wiederum mit sozialstrukturellen Unterschieden zusammen. (Saxer 1992: 140; 141)

Auch die Minnesota-Gruppe ging bereits davon aus, dass die Wissensklüfte von den unterschiedlichen Themen abhängig sind. Während bei politischer Berichterstattung und bei Themen aus der Wissenschaft die Wissensklüfte wachsen, trifft dies auf Soft-News oder Themen wie Sport und Hobbies nicht zu. (Bonfadelli 1994: 63)

Durch die Einführung der Neuen Medien muss man aufgrund der Wissenskluft-Perspektive davon ausgehen, dass die Differenzen im Zugang, in der Nutzung und in der Auswirkung auf die verschiedenen Bildungs- und sozioökonomischen Gesellschaftsschichten noch weiter verschärft wird. (Bonfadelli 1994: 152)

Laut Bonfadelli erschweren soziale Kommunikationsbarrieren den Zugang zu Information und fördern somit das Entstehen von Wissensklüften. (Bonfadelli 1994: 226)

„Schwache Medienpublizität oder ungenügende Frequenz der Medienbotschaften bei Kampagnen haben zur Folge, dass die entsprechende

Information nur bei aktiver Informationssuche, d.h. von den vorgängig schon Interessierten wahrgenommen wird, was zum Entstehen von bildungs- oder auch interessensspezifischen Wissensklüften führt.“ (Bonfadelli 1994: 226f)

Als verstärkender Faktor kommt noch hinzu, dass die bildungs- und sozialhöherrangigen Gesellschaftsschichten die informationsreichen Printmedien bevorzugen, während die status- und bildungsschwachen Schichten informationsarme elektronische Medien benutzen. Unterprivilegierte Rezipienten beschäftigen sich eher mit Alltagsthemen und Ereignissen ihrer näheren Umgebung. Mit steigender Bildung erhöht sich das Interesse am politischen Geschehen der weiteren Umgebung. Eine länger andauernde und intensive Beschäftigung führt auch zur Herausbildung einer spezifischen Medienkompetenz. Diese hat zur Folge, dass Medien informationsorientierter und mit größerer Aufmerksamkeit genutzt werden. (Bonfadelli 1994: 227)

In einer in der Schweiz durchgeführten Fallstudie zu Mediennutzung und politische Informiertheit wurde festgestellt, dass je besser der Bildungshintergrund ist, desto größer das Interesse und die Teilhabe an der Politik, ebenso wie das Vertrauen in die Kommunikation über Politik. Während der Bildungsfaktor stark mit der politischen Integration korreliert, kann dies bei der Alterssegmentierung nicht behauptet werden. Während alle Altersgruppen etwa gleich stark politisches Interesse hegen, ist die politische Kommunikation und Partizipation unter den jüngeren Befragungsteilnehmern intensiver. Andererseits ist das Vertrauen in politische Instanzen bei älteren Bürgern höher als bei jüngeren. (Bonfadelli 1994: 322f)

Siedschlag/Rogg/Welzel sprechen von einer digitalen Spaltung der Gesellschaft. Um allen Bürgern die gleichen Lebensverhältnisse und Partizipationschancen zu bieten verweisen sie auf drei wesentliche Entwicklungsaufgaben: (Siedschlag/Rogg/Welzel 2002: 98):

- Die Chancen mit den neuen Informationstechniken umzugehen müssen möglichst gleich verteilt werden. Dies bezieht sich auf die Hardware, die Zugangsmöglichkeiten und die Kompetenzvermittlung.

- Um die Chancengleichheit sicherzustellen muss zuerst definiert werden, was zur Grundausbildung einer Medienkompetenz alles gehört.
- Für die restlichen „Internetverweigerer“ müssen bestimmte Leistungen auch offline verfügbar bleiben bzw. sollen leicht zu bedienende Online-Angebote an öffentlichen Orten zur Verfügung stehen.

11.2. Informationsflut

„Politisches Urteilsvermögen ist eine Kunst der Bürger, auf die Demokratien angewiesen sind. Es beruht auf zweierlei: auf dem Charakter oder der 'Tugendhaftigkeit' des Bürgers und auf den Informationen, die sie oder er auswählt und sammelt (...). Die neuen Technologien haben die verfügbare Menge an Informationen drastisch vergrößert.“ (Buchstein 2009: 178)

Eine Nachricht erlangt erst dann den Status einer Information, wenn der Empfänger diese als neu ansieht und für seine Zwecke zu gebrauchen beabsichtigt. Grob und Bieletzke definieren Informationen folglich als „zweckorientierte Nachrichten mit Neuigkeitswert“. (Grob/Bieletzke 1998: 6f)

Die Ursache der Informationsüberlastung liegt in der ständig anwachsenden Informationsproduktion. Auf die Produktion folgt die Informationsverbreitung. Diese geschieht durch spezielle Institutionen und Rolleninhaber wie z.B. Redaktionen oder Professoren. Diese treffen eine Vorauswahl, welche Informationen sie als publikationswürdig erachten. Nach der Verbreitung folgt der Informationskonsum. Die Menge der veröffentlichten Informationen überfordert die Aufnahmefähigkeit der Individuen. (Grob/Bieletzke 1998: 32f)

In Selektionssituationen können mehrere Faktoren ausschlaggebend sein. Etwa durch Medienmerkmale wie die Anzahl der Optionen (Links) und Attribute. Attribute sind eine Kurzbeschreibung des Links, sie ermöglichen die Bewertung eines Links ohne ihm folgen zu müssen. Mit der Zahl der Optionen wächst auch die Komplexität der Entscheidungssituation. Die Entscheidungssituation wird ebenfalls davon beeinflusst, wie Optionen, Attribute, Inhalte und Elemente angeordnet sind. Die Modalität der

Information, also ob Optionen und Attribute ikonisch, semantisch oder numerisch dargeboten werden, hat ebenfalls Einfluss auf das Entscheidungsverhalten. (Wirth/Schweiger 1999: 56f)

Weiters nehmen Personenmerkmale Einfluss auf die Selektion. Wir bevorzugen Medien, mit denen wir bereits vertraut sind. Motivierte, interessierte und involvierte Personen sind in der Bewältigung der Entscheidungssituation erfolgreicher. Medien werden stark ritualisiert und habitualisiert genutzt, bei wiederholten Selektionshandlungen kann dies eine kognitive Entlastung hervorrufen. Kognitive Stile und Persönlichkeitsmerkmale beeinflussen den Menschen im Umgang mit Informationen ebenso. (Wirth/Schweiger 1999: 57f)

Wenn eine Situation transparent, dem Rezipienten also sämtliche Informationen vorliegen, kann die optimale Entscheidung getroffen werden. Die Situationskontrolle wirkt sich positiv auf den Entscheidungsprozess aus. Im Internet kann die Verarbeitungs- und Lesegeschwindigkeit, sowie auch die Anzahl und Dauer von Pausen selbst bestimmt werden. Die Reversibilität beschreibt das Ausmaß, in dem Fehler oder Entscheidungen, sie sich als unpassend erwiesen haben, rückgängig gemacht werden können. Der Verarbeitungsaufwand (kognitiver Aufwand) steigt mit der Zahl an Optionen und Attributen, sowie mit der Komplexität der Website und fällt mit dem Strukturierungsgrad. Der Verhaltensaufwand ist im Web ziemlich gering, das Surfen erfolgt per Mausklick und bereitet wenig Mühe. (Wirth/Schweiger 1999: 59f)

Die finanziellen Kosten, der Zeitaufwand und die Länge des Entscheidungsweges bis die gesuchte Information gefunden wird sind ebenfalls Kriterien zur Beschreibung der Selektionssituation. Die Optionsdichte beschreibt die vorhandenen Optionen für die zu treffende Entscheidung. (Wirth/Schweiger 1999: 61)

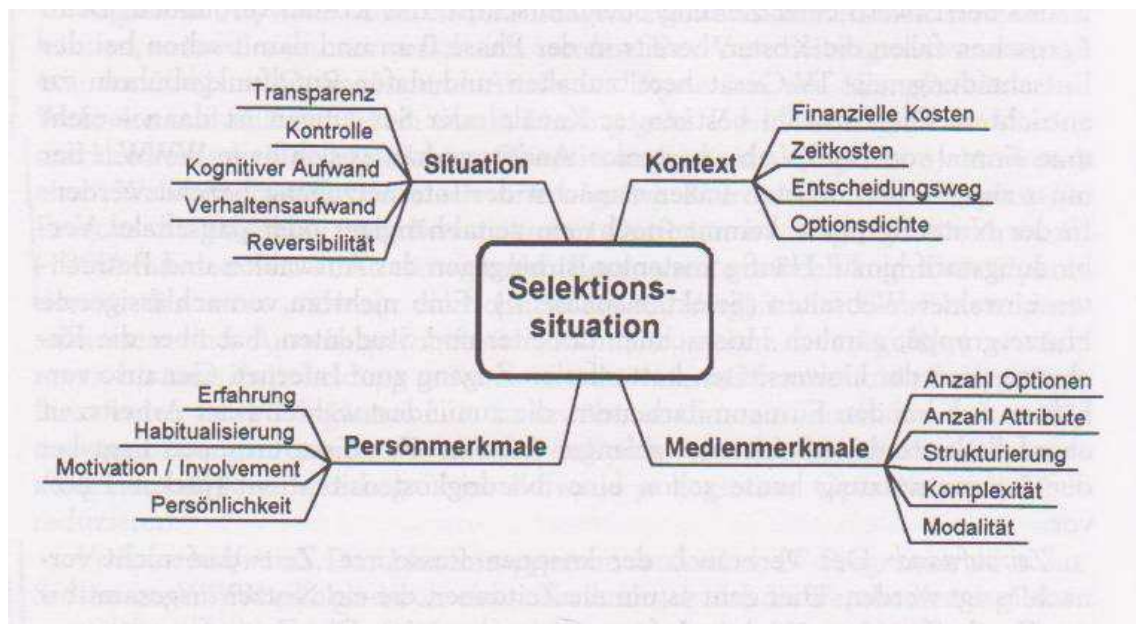


Abbildung 2: Kriterien zur Beschreibung von Selektionssituationen

Eine Qualität der neuen Medien besteht im Bereitstellen einer exponentiell wachsenden Menge an Daten. Grundsätzlich ist in Demokratien das Verfügen über möglichst viele Informationen laut Hagen zu begrüßen, jedoch ist zu hinterfragen ob der Datenzuwachs auch einen Informationsgewinn erzielt. Ein information-overload hätte etwa negative Auswirkungen. (Hagen 1997: 36f)

Im Internet gehen wertvolle Informationen verloren oder lassen sich aufgrund der Millionen Nutzer und ihrer Nachrichten gar nicht erst finden. Man kann sich im Vorhinein nicht sicher sein, welche Informationen zuverlässig und hilfreich sind und welche sich als Zeitverschwendung herausstellen. (Buchstein 2009: 179)

Buchstein schlägt folgende Szenarien vor, wie die Nutzer jene Informationsmenge des Internet handhaben: Einerseits könnten die Nutzer lernen, wie man mit der Datenmenge umgeht. Andererseits könnte der Nutzer aber auch resignieren und aufgeben, die sinnvolle Information aus den Daten herauszufiltern. Sollte der letztere Fall eintreten, würden die Nutzer entweder eine Skepsis gegenüber jeder Art von Information entwickeln oder sie schenken den obskuren Weltansichten, die unter anderem im Netz verbreitet werden, Glauben. (Buchstein 2009: 179)

Harth sieht in der begrenzten Verarbeitungskapazität der Medien gegenüber der immer weiter ansteigenden Informationsmenge einen der Gründe für die thematische Monopolisierungstendenz. Aufgrund der Menge an Informationen wird der Selektionsdruck auf die Medien erhöht, dies erhöht gleichermaßen das Risiko der Verzerrung indem Nachrichtenriterien wie Dramatik, Sensation oder Voyerismus bevorzugt werden. (Harth 2000: 101)

Da im Prinzip jeder Informationen ins Internet stellen kann, explodiert nicht nur das Informationsangebot, sondern es besteht auch Zweifel hinsichtlich der Relevanz der Information. Ein größeres Informationsangebot führt nicht unbedingt zu einem besseren Wissensstand. (Harth 2000: 112)

Aufgrund der Datenflut und der unterschiedlichen Qualität der Informationen benötigen wir Strategien und Werkzeuge um relevante Informationen herauszufiltern. Suchmaschinen, Kataloge oder themenspezifische Linksammlungen stehen zum Auffinden von Informationen zur Verfügung. (Harth 2000: 112)

Grob und Bielezke schlagen folgende Punkte vor um den „overnewsed but underinformed“-Effekt einzudämmen: (Grob/Bielezke 1998: 36)

- Die Vorselektion sollte verringert werden und die stark ansteigende Informationsmenge auf einem für alle zugänglichen Datenträger bereitgestellt werden. Als Maßnahme sollte ein weltweites Netz aufgebaut werden, indem Daten bereitgestellt und verteilt werden.
- Die Navigation in diesem Informationspool sollte schnell und einfach sein. Außerdem sollte die Navigation zielorientierte Auswahlmöglichkeiten bieten. Zur Informationssuche und –Auswahl können Hypertext und Suchmaschinen eingesetzt werden.
- Die Darstellung der Informationen sollte an individuelle Vorlieben für die Informationsaufnahme anpassbar sein. Durch Multimedia könnten die Informationen besser dargestellt werden.

11.3. Wirklichkeitskonstruktion der Massenmedien

„Tatsächlich waren Medien nie bloß Spiegel einer vorfindlichen Realität. Und sie sind es schon gar nicht in einem sich beschleunigenden medialen Wandlungsprozess, in dem die Medien selbst zu einem zentralen Wirklichkeits- und Modernisierungsgenerator geworden sind.“ (Sarcinelli 1997: 316)

Bei Ereignissen, bei denen wir selbst dabei waren und die auch in die Medien gelangen, erfährt der Rezipient häufig eine Diskrepanz zwischen dem Ereignis das er selbst wahrgenommen hat und zwischen der Berichterstattung darüber. (Bentele 2008: 67)

„Medienrealität“ oder „Medienwirklichkeit“ bezeichnet die Realitätsdarstellung in den Medien. Dies könnte auch als die „durch die Medien spezifisch wahrgenommene und gestaltete Wirklichkeit“ bezeichnet werden. (Bentele 2009: 68)

Die Realität ist sozusagen das Gegenstück dazu, damit sind die Geschehnisse an sich, ohne die Berichterstattung der Medien gemeint. Viele Autoren sprechen von einer dauerhaften Verzerrung (bias) oder Brechung (refraction) der Realitätsdarstellung der Medien. Sie schreiben der Medienrealität gegenüber der Realität einen prinzipiellen Verzerrungsfaktor zu. (Bentele 2008: 68; 70)

Der Transfer und die Transformation von Informationen, über die verschiedenen journalistischen Instanzen, die sich in den Texten wiederfinden, bis zur Rezeption und den entstehenden Bildern in den Köpfen der Rezipienten wird als publizistischer Prozess bezeichnet: (Bentele 2008: 71)

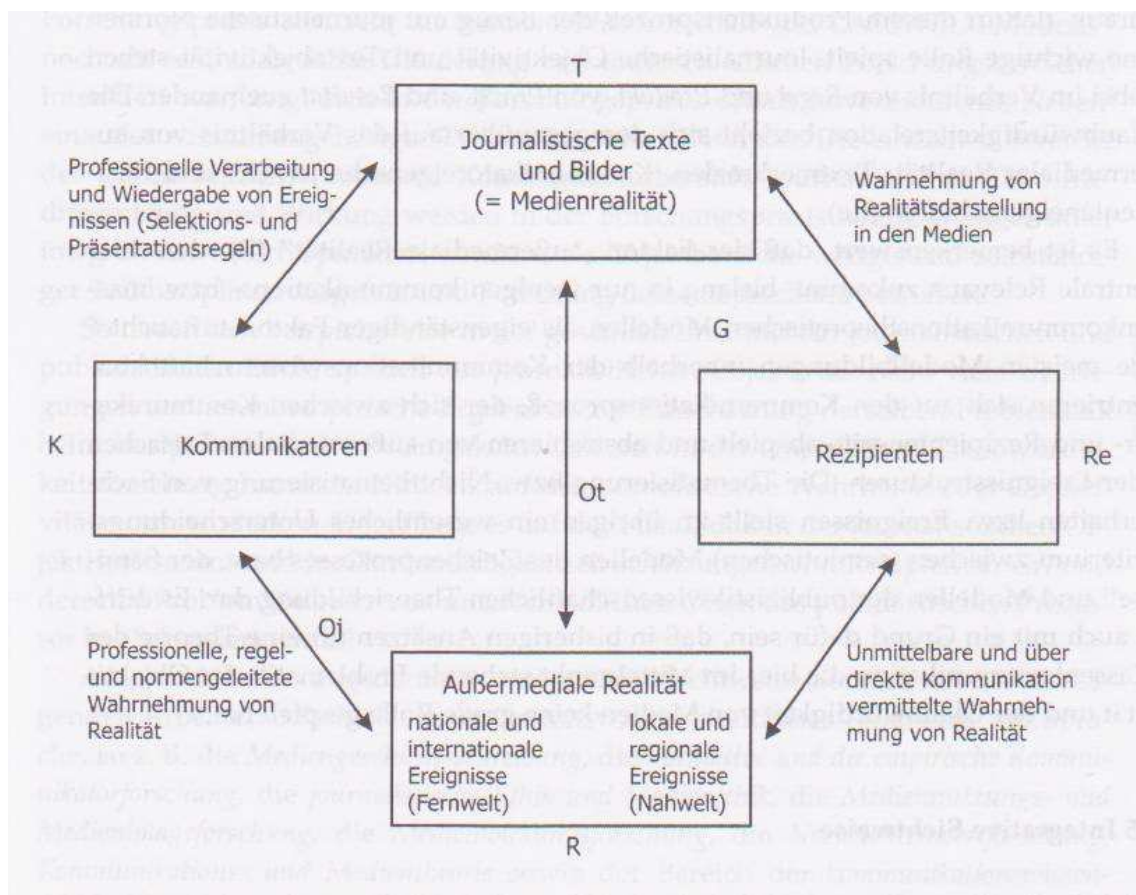


Abbildung 3: Elemente und Relationen innerhalb des publizistischen Prozesses

Da die Medien politische Akteure beobachten und den Politikern bewusst ist, dass sie beobachtet werden, kann behauptet werden, dass Medien bereits durch ihre bloße Existenz Einfluss auf die Politik haben. Weiters gehen Donges und Jarren davon aus, dass das Bild von der Politik das Ergebnis zahlreicher Interaktionen ist, an denen Medienakteure beteiligt sind. Auch definieren die Medien was die Rezipienten für politisch halten und was nicht. (Donges/Jarren 2009: 97)

Mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken geht eine Beschleunigung der Wirklichkeitskonstruktion einher. Gerade das Internet verschärft die Situation noch einmal, weil dieses Medium sowohl über schnellere als auch über weiter reichende Verbreitungsmöglichkeiten verfügt. (Harth 2000: 102)

Medien sind laut Hagen keine neutralen Darsteller von Informationen. Durch die Auswahl von Informationen und durch Form und Stil der Berichterstattung werden

Informationen automatisch selektiert und in gewisser Weise auch manipuliert. (Hagen 1997: 31f)

Medien stellen den wichtigsten Raum für Politikvermittlung dar, Medien sind Teil der Wirklichkeit, die sie selbst beeinflussen. Politikdarstellung und Politikwahrnehmung sind also in hohem Maße medienvermittelt. (Sarcinelli 1997: 316)

Laut Schulz kann keine Medienberichterstattung auch nur im Ansatz vollständig sein. Journalisten müssen daher Informationen auswählen, dies erfolgt meist nach den Kriterien der Nachrichtenfaktoren. (Schulz 1990: 8; 10)

Schulz kritisiert den theoretischen Falsifikationsversuch, wonach man nachweisen wollte, dass die Realität in den Massenmedien nicht mit der faktischen Realität übereinstimmt. Sinnvoller wäre es laut Schulz davon auszugehen, dass Nachrichten der Interpretation der Umwelt unterliegen. (Schulz 1990: 25; 28)

Medien vermitteln die Realität aus zweiter Hand und kreieren dabei eine eigene Realität, die Medienrealität. Schulz beschreibt den Prozess folgendermaßen: Die Medien codieren einen Ausschnitt der Wirklichkeit und übersetzen diese in eine Zeichensprache. Es entsteht dabei eine neue Wirklichkeit, die Wirklichkeit der Zeichen. Bei einem Printmedium wird beispielsweise ein selektiver Realitätsausschnitt in die Zeichensprache der Buchstaben übersetzt. (Schulz 1990: 131f)

Durch die bloße Existenz der Medien, also ohne deren aktives Zutun, entsteht eine andere Form von Realität. Um von den Medien beachtet zu werden, ist es üblich geworden, Ereignisse zu inszenieren, wie z.B. Pressekonferenzen, Interviews, Demonstrationen, Wahlveranstaltungen oder dergleichen. Diese Ereignisse würden ohne die Existenz der Massenmedien in dieser Form nicht stattfinden. (Schulz 1990: 133)

12. Forschungsfragen

FF 1: Werden politische Beteiligungschancen im Internet von Jugendlichen angenommen und genutzt? Wenn ja, welche Angebote im Speziellen?

FF 2: Sind sich Jugendliche über das Potenzial bzw. die Nachteile des Internet für den politischen Beteiligungsprozess bewusst?

12.1. Hypothesen

H1: Wenn Jugendliche ein politisches Amt innehaben und/oder Mitglied einer politischen Partei/Interessensvertretung/Gewerkschaft sind, dann nehmen sie auch an politischen Prozessen im Internet teil.

H2: Wenn sich Jugendliche für Politik interessieren, dann nehmen sie auch an demokratischen Prozessen im Internet teil.

H3: Wenn Jugendliche Vertrauen in Politik setzen, dann nützen sie auch ihre politischen Beteiligungschancen im Internet.

H4: Wenn Jugendliche das Internet täglich nutzen, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ihnen das Potenzial bzw. die Nachteile des Internets hinsichtlich des politischen Beteiligungsprozesses bewusst sind.

12.2. Operationalisierung

Politische Beteiligungschancen im Internet werden im Fragebogen anhand von der Definition von Westholm abgefragt: (siehe Kapitel 2: Politische Partizipation)

- **Information:** Im Fragebogen wird erhoben ob man sich über politische Ereignisse im Internet informiert und falls ja, über welche Websites oder Anwendungen dies passiert.

- **Konsultation:** Es wird danach gefragt ob man schon einmal im Internet zu einem politischen Akteur Kontakt gesucht hat und falls ja, zu welchem.
- **Aktive Beteiligung:** Die aktive Beteiligung wird mit mehreren Fragen abgehandelt: Teilnahme an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, Veröffentlichung der eigenen Meinung im Internet über ein politisches Thema, Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet, Setzen eines politischen Zeichens im Internet
- **Abstimmungen:** Dieser Punkt wird durch die Frage nach der Teilnahme an politischen Abstimmungen/Wahlen oder Meinungsumfragen im Internet abgedeckt.
- **Interesse für Politik:** Es wird nach dem generellen Interesse nach Politik gefragt.
- **Vertrauen in Politik:** Es soll bewertet werden ob es sich lohnt an Abstimmungen oder Wahlen teilzunehmen, ob die Themen von Wahlen oder Abstimmungen verständlich genug sind und ob es Sinn macht ein politisches Anliegen in der Gemeinde vorzubringen.
- **Internetnutzung:** Es wird nach der Häufigkeit der durchschnittlichen Internetnutzung gefragt, bei täglicher Nutzung liegt eine häufige Internetnutzung vor.
- **Potenzial des Internets:** Im Fragebogen gilt es zu bewerten ob das Internet die Möglichkeit politisch aktiv zu werden bietet, ob das Internet globale Probleme thematisiert, ob es weltweite, leicht zugängliche Kommunikation und ein umfassendes Informationsangebot bietet und ob das Netz das politische Geschehen kontrolliert und kritisiert.
- **Nachteile des Internets:** Folgende Nachteile des Internets sollen im Fragebogen bewertet werden: die Informationsüberlastung der Bürger durch das Internet, die Häufung von Falschmeldungen und schlecht recherchierten Beiträgen, der ungleiche Zugang zum Internet und die ungleiche Kompetenz der Bürger im Umgang mit dem Internet.

13. Forschungsmethode

Zur Überprüfung der Hypothesen wählte ich die Methode der Online-Befragung. Da Jugendliche zu einer technikaffinen Zielgruppe zählen zog ich diese Befragungsart den anderen vor.

Diese Methode bietet den Vorteil, dass viele Menschen in kurzer Zeit kostengünstig kontaktiert werden können. Eventuelle Einflüsse von Interviewern entfallen, ebenso wie die anschließende Dateneingabe. Auch der Grad der sozialen Erwünschtheit ist bei Web-Befragungen niedriger als bei persönlichen Befragungen. Weiters ist sichergestellt, dass die Fragen in der richtigen Reihenfolge beantwortet werden. (Maurer/Jandura 2009: 61;70)

Andererseits gibt es bei der Online-Befragung eine Stichprobenproblematik, die es unmöglich macht bevölkerungsrepräsentative Ergebnisse zu erhalten. Junge Menschen, Männer und Personen mit hoher Bildung sind überrepräsentiert, auch eine Gewichtung der Daten kann diese Differenzen nicht ausgleichen. Bei akademischen Untersuchungen kleiner Grundgesamtheiten wie z.B. Studenten, Journalisten, Politiker etc. besteht meist eine geringe Rücklaufquote, die die Repräsentativität negativ beeinflussen kann. (Maurer/Jandura 2009: 69; 71)

Ein weiterer Vorteil von Online-Befragungen ist die zeitunabhängige Befragung, der Befragte hat die Möglichkeit den Fragebogen zu einer für ihn günstigen Zeit auszufüllen. Weiters bestehen bei einer Online-Befragung keine räumlichen Einschränkungen. Bei Datenerhebung und Datenauswertung fällt die Fehlerquote durch den Menschen selbst weg. Es besteht die Möglichkeit multimediale Elemente wie Bild, Ton oder Film einzufügen. Es sind außerdem schnellere Rückläufe zu erwarten, was wiederum die Feldzeit verkürzt. (Hollaus 2007: 33-35; 37)

Die Gütekriterien Objektivität, Reliabilität und Validität sprechen nicht gegen den Einsatz von Online-Befragungen. (Hollaus 2007: 205)

Als Nachteil der Online-Befragung führt Hollaus unter anderem an, dass keine direkte Interaktion mit dem Teilnehmer möglich ist und eventuelle Feedbackmöglichkeiten entfallen. Das größte Problem besteht laut Hollaus darin, dass die Grundgesamtheit aller Internet-Nutzer nicht vollständig bekannt oder zu klein ist. Der Forscher kann die Befragungssituation auch nicht kontrollieren, es kann nicht garantiert werden, dass der Befragte auch tatsächlich den Fragebogen alleine ausgefüllt hat. (Hollaus 2007: 37)

Fehler bei der Fragenformulierung oder bei den Antwortkategorien können bei jedem Befragungstypus auftreten. Bei Online-Befragungen können ein unübersichtliches Fragebogenlayout, falsche Links oder falsch gesetzte Filterfragen noch weitere Fehlerquellen darstellen. Außerdem ist für die technische Durchführung ein hoher Programmieraufwand nötig. (Hollaus 2007: 39; 206)

13.1.Fragebogendesign

Um die Teilnahmebereitschaft zu steigern, müssen auf die Aspekte Nutzerfreundlichkeit und Zugänglichkeit geachtet werden. Der Einleitungstext zu der Befragung sollte möglichst kurz sein und nur die wichtigsten Informationen enthalten. Durch Kontrastsetzung, Nummerierung der Fragen und einer großen Schrift kann der Befragte die Fragen leicht erkennen. Durch eine Fortschrittsanzeige werden Abbrüche minimiert, da die Teilnehmer den verbleibenden zeitlichen Aufwand abschätzen können. (Maurer/Jandura 2009: 68)

Hollaus nennt folgende Punkte um die Datenqualität von Online-Befragungen zu steigern: (Hollaus 2007: 111)

- Um zu verhindern, dass eine Person den Fragebogen mehrmals ausfüllt können anonym benutzbare Codes zur Zugangsbeschränkung eingesetzt werden.
- Die gezielte Versendung von Remindern ist hilfreich um Probanden an die Teilnahme zu erinnern.
- Die Gewährleistung der Anonymität sollte gleich zu Beginn der Befragung angekündigt werden und es sollte sich auch der Forscher zu erkennen geben.

- Eine Fortschrittsanzeige liefert den Teilnehmern Informationen über die verbleibenden Fragen.
- Eventuell könnte noch eine Rücklaufanzeige eingesetzt werden.

13.2.Durchführung

Die Evaluation erfolgte im Zeitraum vom 26.01.2011 bis einschließlich 13.02.2011. Im Vorfeld wurde der Fragebogen einer technischen Überprüfung (korrekte visuelle Darstellung, Filterführungen, Überprüfung der richtigen Datenübermittlung, Export der Daten) und einem Pretest unterzogen. (Kuckartz/Ebert/Rädiker/Stefer 2009: 47-49)

Der Link zum Fragebogen (https://www.soscisurvey.de/Internet_Demokratie) wurde mithilfe des sozialen Netzwerkes Facebook verbreitet. Aufgrund der wenigen Ressourcen, die mir zur Verfügung standen, konnte keine repräsentative Erhebung durchgeführt werden. Grundsätzlich sollten alle Elemente der Grundgesamtheit die gleiche Chance haben in die Stichprobe zu gelangen. Dazu stellt man Listen aller potenziellen Befragten zusammen und stellt mit Hilfe eines Zufallsgenerators eine Stichprobe der gewünschten Größe zusammen. (Kuckartz/Ebert/Rädiker/Stefer 2009: 51)

227 Personen nahmen an der Umfrage teil, 28 Probanden beendeten den Fragebogen jedoch vorzeitig. Nach der Bereinigung der Daten - neben den Abbrechern wurden ebenso die Datensätze aus der Entwicklung und dem Pretest exkludiert - umfasst die endgültige Stichprobe 199 Probanden.

Es wurden nur jene Teilnehmer berücksichtigt, die zwischen 18 und 34 Jahren alt sind. Die untere Altersgrenze wurde gesetzt, da im Fragebogen unter anderem auch nach dem Ausüben eines politischen Amtes gefragt wird und dies erst ab 18 Jahren möglich ist. Die obere Altersgrenze wurde aufgrund der Definition von Tapscott gesetzt, wonach die Net-Generation im Jahr 1999 zwischen 2 und 22 Jahren alt war, heute also höchstens 34 Jahre alt sein kann. (Siehe Kapitel 9 Jugendliche und Internet)

14. Ergebnisse der Befragung

Die statistische Auswertung wurde mit Hilfe der Software SPSS Version 11.5. durchgeführt.

14.1. Auswertung der Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Häufigkeitsverteilungen der genannten Antworten nach der jeweiligen Kategorie aufgelistet.

14.1.1. Soziodemografie

Der Frauenanteil der Probanden ist mit rund 68 Prozent relativ hoch. Unter den 199 Umfrageteilnehmern befinden sich 135 weibliche und nur 64 männliche Personen.

Das durchschnittliche Alter der Befragungsteilnehmer liegt bei 24 Jahren. Der jüngste Teilnehmer ist 18 Jahre alt, der älteste 33.

Etwa die Hälfte der Befragten gibt als höchste abgeschlossene Ausbildung eine höhere Schule mit Matura an. Am häufigsten wurden berufsbildende höhere Schulen genannt, und zwar von 68 Personen, das entspricht 34,2 Prozent. 51 Teilnehmer (25,6 Prozent) haben einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Zählt man jene drei Personen mit BAKIP- (Berufsanstalt für Kindergartenpädagogik) und jene sechs Personen mit Kollegabschluss dazu, kann man behaupten, dass mehr als drei Viertel der Befragten (78,9 Prozent) gut oder sehr gut gebildet sind. Bereits aus der Literatur geht hervor, dass Menschen mit hoher Bildung überrepräsentiert sind. (siehe Kapitel 13: Forschungsmethode)

14.1.2. Internetnutzung

167 Personen und somit die absolute Mehrheit (83,9 Prozent) der Befragten geben an, täglich das Internet zu nutzen. 27 Teilnehmer sind zumindest mehrmals in der Woche im Internet, fünf Personen sind mehrmals im Monat im Internet.

Durchschnittlich sind jene 167 Personen, täglich dreieinhalb (3,47) Stunden online. Unter den befragten Jugendlichen gaben 28 an, nur eine Stunde zu surfen, 19 Jugendliche sind sogar zwischen acht und zwölf Stunden online.

14.1.3. Interesse für Politik

123 Personen interessieren sich generell für Politik. Rund 43 Prozent bewerten die Aussage „Ich interessiere mich generell für Politik“ mit „trifft teilweise zu“, somit die am meisten ausgewählte Antwort. Zirka 21 Prozent interessieren sich nicht für Politik, 17 Prozent sind unentschieden.

14.1.4. Information

Die knappe Mehrheit von 107 Personen (53,8 Prozent) informiert sich nicht über politische Ereignisse im Internet. 92 befragte Jugendliche (46,2 Prozent) nutzen das Internet als politische Informationsquelle.

Von den 92 Befragten, die sich über politische Themen im Internet informieren, gaben 90 Personen (45,2 Prozent der Gesamtteilnehmer) an, ihre Informationen über Onlinemedien wie z.B. www.standard.at oder <http://orf.at> zu beziehen.

Am zweit häufigsten (von 31 Personen) wurden soziale Netzwerke wie www.facebook.com als politische Informationsquelle genannt. Auch Videoportale wie www.youtube.com finden bei zumindest 21 der 92 Jugendlichen, die sich über politische Ereignisse im Internet erkundigen, Anklang. 19 Personen verwenden Video-on-Demand bzw. Audio-on-Demand um sich über Politik schlau zu machen.

Weniger oft genutzt werden Homepages von politischen Parteien (12 Personen), Regierungshomepages (10 Personen), Weblogs/Watchblogs (11 Personen), Online-Foren (3 Personen), Chat (2 Personen), E-Mail-Newsletter (8 Personen). 1 Person gab an, Teletext im Internet zu verwenden.

14.1.5. Vertrauen in Politik

Nur 30,7 Prozent der Teilnehmer stimmen eher der Aussage „Es lohnt sich kaum an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da Politiker sowieso machen was sie wollen“ zu. 5,5 Prozent haben die Mitte zwischen den zwei polarisierenden Aussagen gewählt. Die Mehrheit der Befragten, 63,8 Prozent, stimmen eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zu. 12 Personen (6 Prozent) stimmten der ersten Aussage voll und ganz zu, 33 Personen (16,6 Prozent) stimmen letzterer Aussage voll und ganz zu.

Nur 14,6 Prozent der Teilnehmer stimmen eher der Aussage „Die Themen von Abstimmungen/Wahlen sind so kompliziert, dass es unmöglich ist, zu wissen, um was es eigentlich geht und eine vernünftige Entscheidung zu fällen“ zu. 3 Personen (1,5 Prozent) stimmen dieser Aussage voll und ganz zu. 20 Personen (10,1 Prozent) entscheiden sich für die Mitte, stimmen also keiner der beiden Aussagen zu. 75,4 Prozent entscheiden sich für die Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“. 34 Personen (17,1 Prozent) stimmen dieser Aussage voll und ganz zu.

Wenn es darum geht, ein politisches Anliegen in seiner Gemeinde durchsetzen zu können, sind die Sichtweisen schon etwas pessimistischer. 35,7 Prozent stimmen eher der Aussage „Es hätte wahrscheinlich keinen Sinn ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen zu wollen“ zu. 7 Personen (3,5 Prozent) stimmen dieser Aussage voll und ganz zu. 36 Personen (18,1 Prozent) wählten die Option „unentschieden“. 46,2 Prozent entscheiden sich für die Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner

Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“. 15 Personen (7,5 Prozent) stimmen dieser Aussage voll und ganz zu.

14.1.6. Mitgliedschaften

27 Personen (13,6 Prozent) sind Mitglieder einer Gewerkschaft. Die absolute Mehrheit von 165 Personen (82,9 Prozent) sind keine Gewerkschaftsmitglieder. 7 Personen (3,5 Prozent) sind sich nicht sicher ob sie einer Gewerkschaft angehören.

36 Teilnehmer (18,1 Prozent) gehören einer Interessensvertretung an. Die überwiegende Mehrheit von 148 Personen (74,4 Prozent) gehört keiner Interessensvertretung an. 15 Personen (7,5 Prozent) sind sich nicht sicher ob sie einer Interessensvertretung angehören.

16 der befragten Jugendlichen (8 Prozent) sind Mitglieder einer politischen Partei. 183 Personen (92 Personen) sind keine Parteimitglieder.

5 Befragte (2,5 Prozent) sind Träger eines politischen Amtes. 194 Personen (97,5 Prozent) haben kein politisches Amt inne.

14.1.7. Teilnahme an Abstimmungen

165 Personen (82,9 Prozent) haben noch an keiner politischen Wahl im Internet teilgenommen. 34 Teilnehmer (17,1 Prozent) haben bereits an einer Wahl im Internet teilgenommen (ÖH-Wahl).

Die Mehrheit von 173 Personen (86,9 Prozent) hat noch an keiner politischen Abstimmung im Internet teilgenommen. 26 Befragte (13,1 Prozent) haben bereits an einer politischen Abstimmung im Internet teilgenommen.

Deutlich mehr Personen partizipieren an politischen Meinungsumfragen, nämlich 61 Personen (30,7 Prozent). 138 Befragungsteilnehmer (69,3 Prozent) haben noch an keiner politischen Meinungsumfrage im Internet teilgenommen.

14.1.8. Aktive Beteiligung

30 Personen (15,1 Prozent) haben schon einmal an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde. 169 der befragten Jugendlichen (84,9 Prozent) haben noch an keiner politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde.

Von den 39 Personen, die angaben ihre politische Meinung im Internet schon einmal veröffentlicht zu haben, beantworteten nur 29 Personen die Frage in welcher Form sie dies schon einmal getan haben. Zwei Personen (1 Prozent) haben schon einmal einen Leserbrief zu einem politischen Thema im Internet verfasst. Acht Teilnehmer (4 Prozent) haben in einem Blog schon einmal ihre politische Meinung kundgetan. In einem sozialen Netzwerk haben die meisten Befragungsteilnehmer schon einmal ihre politische Meinung veröffentlicht, nämlich 18 Personen (9 Prozent). 15 Teilnehmer (7,5 Prozent) haben schon einmal einen Kommentar zu einem politischen Artikel verfasst. 13 der befragten Jugendlichen (6,5 Prozent) haben schon einmal in einem Forum ihre politische Meinung kundgetan. Zwei Befragungsteilnehmer veröffentlichten ihre politische Meinung in einem Chat. Eine Person kreuzte die Antwortmöglichkeit „Sonstiges“ an, gab aber nicht an, in welcher Form er seine politische Meinung veröffentlichte.

Etwa ein Drittel der Befragungsteilnehmer, nämlich 69 Personen (34,7 Prozent), haben schon einmal bei einer Bürgerinitiative bzw. Petition im Internet mitgemacht. 130 Teilnehmer (65,3 Prozent) haben dies noch nicht getan.

Fast drei Viertel der befragten Jugendlichen, nämlich 146 Personen (73,4 Prozent) geben an, noch nie ein politisches Zeichen im Internet gesetzt zu haben. 53 Personen (26,6 Prozent) haben schon einmal ein politisches Zeichen im Internet gesetzt. 16 Befragungsteilnehmer (8 Prozent) haben schon einmal ihre politische Orientierung online veröffentlicht. Ein Video mit politischem Hintergrund haben acht Teilnehmer (4 Prozent) schon einmal veröffentlicht. Einen Link mit einem politischen Thema haben 27 Personen (13,6 Prozent) schon einmal verbreitet. Eine Person hat sogar schon einmal

eine politische Veranstaltung online organisiert. 23 Befragte (11,6 Prozent) gaben an, schon einmal ein Anliegen einer politischen Gruppe unterstützt zu haben.

14.1.9. Konsultation

Mehr als drei Viertel der befragten Jugendlichen, nämlich 161 Personen (80,9 Prozent) haben im Internet noch nie Kontakt zu einem politischen Akteur gesucht. Zwei Teilnehmer haben bereits einmal Kontakt zum Bundespräsidenten gesucht. Fünf Befragungsteilnehmer (2,5 Prozent) wollten mit Regierungsmitgliedern Kontakt aufnehmen. Acht Personen (4 Prozent) haben sich schon einmal an Nationalratsabgeordnete gewandt. An Landtagsabgeordnete haben elf Jugendliche (5,5 Prozent) schon einmal via Internet Kontakt gesucht. Neun Personen (4,5 Prozent) haben mit Gemeinderatsmitgliedern Kontakt aufgenommen. Zu Mitarbeitern der Verwaltung haben bereits 15 Personen (7,5 Prozent) Kontakt gesucht. Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen wie z.B. Greenpeace wurden von elf Befragten (5,5 Prozent) kontaktiert. Zehn Teilnehmer (5 Prozent) suchten Kontakt zu Parteimitgliedern.

14.1.10. Potenzial des Internets

76 Personen (38,2 Prozent) beurteilen die Aussage „Das Internet ist ein geeignetes Medium um sich selbst politisch zu beteiligen“ mit „trifft teilweise zu“. Für 16 Personen (8 Prozent) trifft diese Aussage voll und ganz zu. 48 Teilnehmer (24,1 Prozent) wählten die Option „unentschieden“ und 25 Befragte (12,6 Prozent) können dies nicht beurteilen.

30 Personen (15,1 Prozent) stimmen der Aussage „Das Internet bietet die Möglichkeit politisch aktiv zu werden“ voll und ganz zu. 81 Befragungsteilnehmer (40,7 Prozent) stimmen dieser Aussage teilweise zu. 33 Jugendliche (16,6 Prozent) geben an, dies nicht beurteilen zu können. „Unentschieden“ antworteten 38 Befragte (19,1 Prozent). 7,8 Prozent der Teilnehmer stimmen der Aussage nicht zu: Vier Personen geben an, dass die Aussage gar nicht zutrifft, für 13 Personen trifft die Aussage teilweise nicht zu.

Auch die Aussage „Das Internet thematisiert globale Probleme“ wird durchaus positiv bewertet. Für 60 Personen (30,2 Prozent) trifft diese Aussage voll und ganz zu, für 88 Personen (44,2 Prozent) trifft diese Aussage teilweise zu. 14 Jugendliche (7 Prozent) geben an, dies nicht beurteilen zu können. „Unentschieden“ antworteten 27 Befragte (13,6 Prozent). Nur zwei Teilnehmer (1 Prozent) finden, dass die Aussage gar nicht zutrifft, für acht Personen (4 Prozent) trifft die Aussage teilweise nicht zu.

Noch positiver fallen die Bewertungen für die Aussage „Das Internet bietet weltweite, leicht zugängliche Kommunikation“ aus. Für fast drei Viertel (145 Personen, 72,9 Prozent) der Befragungsteilnehmer trifft diese Aussage voll zu. Für 40 Jugendliche trifft dies zumindest teilweise zu. Zwei Personen können die Aussage nicht beurteilen und acht Personen wählten „unentschieden“. Für nur eine Person trifft die Aussage teilweise nicht zu. Keine Person wählte die Möglichkeit „trifft gar nicht zu“.

Auch das nächste Statement wurde durchwegs positiv bewertet. Für 138 Befragte (69,3 Prozent) trifft die Aussage „Das Internet bietet ein umfassendes Informationsangebot“ voll zu. Für 50 Teilnehmer (25,1 Prozent) trifft dies teilweise zu. Zwei Personen können die Aussage nicht beurteilen und acht Personen (4 Prozent) wählten „unentschieden“. Nur für eine Person trifft das Statement teilweise nicht zu. Wiederum wählte keine Person die Möglichkeit „trifft gar nicht zu“.

Das Statement „Das Internet kontrolliert und kritisiert das politische Geschehen“ ist nicht ganz so eindeutig. 60 Personen (30,2 Prozent) sind bei dieser Aussage unentschlossen. Nur für 13 Teilnehmer (6,5 Prozent) trifft dieses Statement voll zu, für 58 Teilnehmer (29,1 Prozent) trifft dieses Statement teilweise zu. 35 Jugendliche (17,6 Prozent) können die Aussage nicht beurteilen. 28 Personen (14,1 Prozent) meinen die Aussage trifft teilweise nicht zu, für fünf Personen (2,5 Prozent) trifft sie gar nicht zu.

14.1.11. Nachteile des Internets

Für zwölf Personen (6 Prozent) trifft die Aussage „Das Internet ist ein geeignetes Medium um sich selbst politisch zu beteiligen“ gar nicht zu. 22 Befragungsteilnehmer finden, dass die Aussage teilweise nicht zutrifft.

77 Teilnehmer (38,7 Prozent) halten die Aussage „Die BürgerInnen fühlen sich durch die Informationsmenge des Internet oft überlastet“ für teilweise zutreffend. Für 29 Personen (14,6 Prozent) trifft das Statement voll zu. 22 Befragte (11,1 Prozent) können die Aussage nicht beurteilen, 30 Personen (15,1 Prozent) wählten die Option „unentschieden“. 27 Jugendliche (13,6 Prozent) halten die Aussage für teilweise, 14 Jugendliche (7 Prozent) für gar nicht zutreffend.

Mehr als die Hälfte der Befragten, nämlich 113 Personen (56,8 Prozent) finden, dass die Aussage „Im Internet können sich leicht Falschmeldungen und schlecht recherchierte Beiträge häufen“ voll zutrifft. Für 61 Befragte (30,7 Prozent) trifft dies teilweise zu. Sieben Teilnehmer können die Aussage nicht beurteilen, zwölf Teilnehmer (6 Prozent) wählten die Option „unentschieden“. Für nur vier Personen trifft das Statement teilweise und für zwei Personen gar nicht zu.

84 Personen (42,2 Prozent) stimmen der Aussage „Nicht alle BürgerInnen haben Zugang zum Internet“ vollinhaltlich zu. 71 Personen (35,7 Prozent) stimmen teilweise zu. Elf Personen können das Statement nicht beurteilen, 16 Jugendliche (8 Prozent) wählten die Mitte mit „unentschieden“. 14 Befragte (7 Prozent) finden, dass die Aussage teilweise, drei Befragte finden, dass sie gar nicht zutrifft.

Das Statement „Nicht alle BürgerInnen können gleich gut mit dem Internet umgehen“ halten 138 Befragungsteilnehmer (69,3 Prozent) für voll, 45 Personen (22,6 Prozent) für teilweise zutreffend. Nur sechs Teilnehmer können die Aussage nicht beurteilen, sechs Teilnehmer wählten die Option „unentschieden“. Für je zwei Jugendliche trifft die Aussage teilweise bzw. gar nicht zu.

14.2. Überprüfung der Hypothesen

H1: Wenn Jugendliche ein politisches Amt innehaben und/oder Mitglied einer politischen Partei/Interessensvertretung/Gewerkschaft sind, dann nehmen sie auch an politischen Prozessen im Internet teil.

Politisches Amt & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

Die Nullhypothese postuliert keinen Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen. Die Irrtumswahrscheinlichkeit für die Falsifikation der Nullhypothese wird mit $p=0,05$ angenommen. Ein nicht signifikantes Ergebnis liegt vor, wenn $p>0,1$. Ein hochsignifikantes Ergebnis liegt vor wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit $p\leq 0,01$.

Von den fünf Personen, die angaben Träger eines politischen Amtes zu sein, hat kein einziger eine politische Veranstaltung besucht, die über das Internet organisiert wurde.

Der Chi-Quadrat Wert von 0,910 mit einem p von 0,340 ist nicht signifikant. Die Nullhypothese wird folglich bestätigt. Es besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und der Teilnahme an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde.

Politisches Amt & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

Drei der fünf Personen, die angaben ein politisches Amt innezuhaben, haben auch schon einmal ihre Meinung zu einem politischen Thema im Internet veröffentlicht.

Der Chi-Quadrat Wert von 5,313 mit einem p von 0,021 ist signifikant. Die Nullhypothese wird folglich falsifiziert. Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und der Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema im Internet.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	5,313(b)	1	,021
Kontinuitätskorrektur(a)	3,008	1	,083
Likelihood-Quotient	4,056	1	,044
Exakter Test nach Fisher			
Zusammenhang linear-mit-linear	5,286	1	,021
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet

b 2 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,98.

Politisches Amt & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

Wiederum drei jener fünf Personen, die angaben ein politisches Amt innezuhaben, haben auch schon einmal eine Bürgerinitiative bzw. Petition im Internet unterstützt.

Der Chi-Quadrat Wert von 1,452 mit einem p von 0,228 ist nicht signifikant. Die Nullhypothese wird folglich verifiziert. Es besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und der Unterstützung einer Bürgerinitiative bzw. Petition im Internet.

Politisches Amt & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

Wiederum zwei jener fünf Personen, die angaben ein politisches Amt innezuhaben, haben auch schon einmal ihre politische Orientierung im Internet veröffentlicht.

Der Chi-Quadrat Wert von 7,085 mit einem p von 0,008 ist hoch signifikant. Die Nullhypothese wird folglich falsifiziert. Es besteht ein hoch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und der Veröffentlichung der politischen Orientierung im Internet.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	7,085(b)	1	,008
Kontinuitätskorrektur(a)	3,345	1	,067
Likelihood-Quotient	4,040	1	,044
Exakter Test nach Fisher			
Zusammenhang linear-mit-linear	7,050	1	,008
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet

b 2 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,40.

Der Zusammenhang zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und dem Veröffentlichen eines Videos mit politischem Inhalt im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 3,394 und einem p von 0,065 signifikant.

Eine von fünf Personen, die angaben ein politisches Amt innezuhaben, hat auch bereits ein Video mit politischem Inhalt im Internet veröffentlicht.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	3,394(b)	1	,065
Kontinuitätskorrektur(a)	,475	1	,491
Likelihood-Quotient	1,840	1	,175
Exakter Test nach Fisher			
Zusammenhang linear-mit-linear	3,377	1	,066
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet

b 2 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,20.

Zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und der Verbreitung eines Links mit politischem Inhalt im Internet besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 3,056 und einem p von 0,080 ein signifikanter Zusammenhang.

Zwei von fünf Personen, die angaben ein politisches Amt innezuhaben, haben auch schon einmal einen Link mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	3,056(b)	1	,080
Kontinuitätskorrektur(a)	1,181	1	,277
Likelihood-Quotient	2,213	1	,137
Exakter Test nach Fisher			
Zusammenhang linear-mit-linear	3,040	1	,081
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet

b 2 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,68.

Eine von fünf Personen, die Träger eines politischen Amtes sind, hat auch schon einmal eine politische Veranstaltung über das Internet organisiert.

Der Zusammenhang zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und dem Organisieren einer politischen Veranstaltung über das Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 38,996 und einem p von 0,000 hoch signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	38,996(b)	1	,000
Kontinuitätskorrektur(a)	9,253	1	,002
Likelihood-Quotient	7,578	1	,006
Exakter Test nach Fisher			
Zusammenhang linear-mit-linear	38,800	1	,000
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet

b 3 Zellen (75,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,03.

Keine jener Personen, die ein politisches Amt innehaben, hat schon einmal im Internet die Anliegen einer politischen Gruppe unterstützt. Der Zusammenhang zwischen dem Innehaben eines politischen Amtes und der Unterstützung der Anliegen von politischen Gruppen im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 0,670 und einem p von 0,413 nicht signifikant.

Mitglied in einer politischen Partei & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

Einer von 16 Parteimitgliedern hat schon einmal an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer politischen Partei und der Teilnahme an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 1,058 und einem p von 0,304 nicht signifikant.

Mitglied in einer politischen Partei & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

Vier von 16 Parteimitgliedern haben schon einmal ihre Meinung über ein politisches Thema im Internet veröffentlicht.

Zwischen der Mitgliedschaft in einer politischen Partei und der Veröffentlichung der politischen Meinung im Internet besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 0,322 und einem p von 0,570 kein signifikanter Zusammenhang.

Mitglied in einer politischen Partei & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

Sechs von 16 Parteimitgliedern haben schon einmal eine Bürgerinitiative/Petition im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen einer Parteimitgliedschaft und der Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 0,061 und einem p von 0,804 nicht signifikant.

Mitglied in einer politischen Partei & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

Drei von 16 Parteimitgliedern haben schon einmal ihre politische Orientierung im Internet veröffentlicht.

Der Zusammenhang zwischen einer Parteimitgliedschaft und der Veröffentlichung der politischen Orientierung im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 2,699 und einem p von 0,100 signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	2,699(b)	1	,100
Kontinuitätskorrektur(a)	1,354	1	,245
Likelihood-Quotient	2,086	1	,149
Exakter Test nach Fisher			
Zusammenhang linear-mit-linear	2,686	1	,101
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet

b 1 Zellen (25,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 1,29.

Einer von 16 Parteimitgliedern hat schon einmal ein Video mit politischem Inhalt im Internet veröffentlicht.

Zwischen einer Parteimitgliedschaft und dem Veröffentlichen der politischen Meinung im Internet besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 0,224 und einem p von 0,636 kein signifikanter Zusammenhang.

Vier von 16 Parteimitgliedern haben schon einmal einen Link mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Der Zusammenhang zwischen einer Parteimitgliedschaft und der Verbreitung eines Links mit politischem Inhalt ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 1,939 und einem p von 0,164 nicht signifikant.

Einer von 16 Parteimitgliedern hat schon einmal eine politische Veranstaltung über das Internet organisiert.

Der Zusammenhang zwischen einer Parteimitgliedschaft und der Organisation einer politischen Veranstaltung über das Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 11,495 und einem p von 0,001 hoch signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	11,495(b)	1	,001
Kontinuitätskorrektur(a)	2,393	1	,122
Likelihood-Quotient	5,100	1	,024
Exakter Test nach Fisher			
Zusammenhang linear-mit-linear	11,438	1	,001
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a Wird nur für eine 2x2-Tabelle berechnet

b 2 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,08.

Einer von 16 Parteimitgliedern hat schon einmal die Anliegen einer politischen Gruppe im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in einer politischen Partei und dem Unterstützen der Anliegen einer politischen Gruppe im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 0,480 und einem p von 0,489 nicht signifikant.

Mitglied in einer Interessensvertretung & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

Drei von 36 Mitgliedern einer Interessensvertretung haben schon einmal an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, teilgenommen.

Der Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und der Teilnahme an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 1,695 und einem p von 0,428 nicht signifikant.

Mitglied in einer Interessensvertretung & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

13 von 16 Mitgliedern einer Interessensvertretung haben schon einmal ihre Meinung über ein politisches Thema im Internet veröffentlicht.

Zwischen der Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und der Veröffentlichung der politischen Meinung im Internet besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 7,778 und einem p von 0,020 ein signifikanter Zusammenhang.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	7,778(a)	2	,020
Likelihood-Quotient	6,954	2	,031
Zusammenhang linear-mit-linear	4,482	1	,034
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 1 Zellen (16,7%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 2,94.

Mitglied in einer Interessensvertretung & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

15 von 36 Mitgliedern einer Interessensvertretung haben schon einmal eine Bürgerinitiative/Petition im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und der Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 1,254 und einem p von 0,534 nicht signifikant.

Mitglied in einer Interessensvertretung & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

Sieben von 36 Mitgliedern einer Interessensvertretung haben schon einmal ihre politische Orientierung im Internet veröffentlicht.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und der Veröffentlichung der politischen Orientierung im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 7,760 und einem p von 0,021 signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	7,760(a)	2	,021
Likelihood-Quotient	6,281	2	,043
Zusammenhang linear-mit-linear	5,128	1	,024
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a. 2 Zellen (33,3%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 1,21.

Sechs von 36 Mitglieder in einer Interessensvertretung haben schon einmal ein Video mit politischem Inhalt im Internet veröffentlicht.

Zwischen einer Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und dem Veröffentlichen eines Videos mit politischem Inhalt im Internet besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 18,282 und einem p 0,000 ein hoch signifikanter Zusammenhang.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	18,282(a)	2	,000
Likelihood-Quotient	13,466	2	,001
Zusammenhang linear-mit-linear	14,051	1	,000
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a. 2 Zellen (33,3%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,60.

Zwölf von 36 Mitglieder in einer Interessensvertretung haben schon einmal einen Link mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und der Verbreitung eines Links mit politischem Inhalt ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 15,835 und einem p von 0,000 hoch signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	15,835(a)	2	,000
Likelihood-Quotient	15,093	2	,001
Zusammenhang linear-mit-linear	14,563	1	,000
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a. 2 Zellen (33,3%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 2,04.

Einer von 36 Mitglieder in einer Interessensvertretung hat schon einmal eine politische Veranstaltung über das Internet organisiert.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und der Organisation einer politischen Veranstaltung über das Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 4,551 und einem p von 0,103 nicht signifikant.

Sechs von 36 Mitglieder in einer Interessensvertretung haben schon einmal ein Anliegen einer politischen Gruppe im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und der Unterstützung eines Anliegens einer politischen Gruppe im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 2,880 und einem p von 0,237 nicht signifikant.

Mitglied einer Gewerkschaft & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

Keiner der 27 Gewerkschaftsmitglieder hat schon einmal an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Teilnahme an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 7,279 und einem p von 0,026 signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	7,279(a)	2	,026
Likelihood-Quotient	12,292	2	,002
Zusammenhang linear-mit-linear	2,208	1	,137
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a. 2 Zellen (33,3%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 1,06.

Mitglied in einer Gewerkschaft & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

Sieben von 27 Mitgliedern einer Gewerkschaft haben schon einmal ihre Meinung über ein politisches Thema im Internet veröffentlicht.

Zwischen der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Veröffentlichung der politischen Meinung im Internet besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 0,880 und einem p von 0,664 kein signifikanter Zusammenhang.

Mitglied in einer Gewerkschaft & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

Elf von 27 Gewerkschaftsmitgliedern haben schon einmal eine Bürgerinitiative/Petition im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 1,725 und einem p von 0,422 nicht signifikant.

Mitglied in einer Gewerkschaft & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

Vier von 27 Mitgliedern einer Gewerkschaft haben schon einmal ihre politische Orientierung im Internet veröffentlicht.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Veröffentlichung der politischen Orientierung im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 2,419 und einem p von 0,298 nicht signifikant.

Zwei von 27 Mitglieder in einer Gewerkschaft haben schon einmal ein Video mit politischem Inhalt im Internet veröffentlicht.

Zwischen einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und dem Veröffentlichen eines Videos mit politischem Inhalt im Internet besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 1,159 und einem p 0,560 kein signifikanter Zusammenhang.

Sechs von 27 Mitglieder in einer Gewerkschaft haben schon einmal einen Link mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Verbreitung eines Links mit politischem Inhalt ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 2,923 und einem p von 0,232 nicht signifikant.

Einer von 27 Gewerkschaftsmitgliedern hat schon einmal eine politische Veranstaltung über das Internet organisiert.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Organisation einer politischen Veranstaltung über das Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 6,403 und einem p von 0,041 signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	6,403(a)	2	,041
Likelihood-Quotient	4,027	2	,133
Zusammenhang linear-mit-linear	5,033	1	,025
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 3 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,04.

Drei von 27 Mitglieder in einer Gewerkschaft haben schon einmal ein Anliegen einer politischen Gruppe im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und der Unterstützung eines Anliegens einer politischen Gruppe im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 0,057 und einem p von 0,972 nicht signifikant.

Die Zusammenhänge zwischen dem Innehaben eines politischem Amtes und politischer Beteiligung sind auffallend oft signifikant. Ebenso sind die Zusammenhänge von der Mitgliedschaft in einer Interessensvertretung und politischer Beteiligung oftmals signifikant. Weniger eindeutig sind die Ergebnisse bei Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, doch auch hier finden sich signifikante Zusammenhänge. Die Hypothese kann alles in allem verifiziert werden.

H2: Wenn sich Jugendliche für Politik interessieren, dann nehmen sie auch an demokratischen Prozessen im Internet teil.

Interesse an Politik & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

Zehn der 85 Personen, die sich teilweise für Politik interessieren, haben schon einmal an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde. 14 der 38 Personen, die angaben sich voll und ganz für Politik zu interessieren, haben schon einmal an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde.

Der Zusammenhang zwischen dem Interesse für Politik und der Teilnahme an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 18,068 und einem p von 0,001 hoch signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	18,068(a)	4	,001
Likelihood-Quotient	15,568	4	,004
Zusammenhang linear-mit-linear	8,543	1	,003
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 2 Zellen (20,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 1,36.

Interesse an Politik & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

Elf von 85 Personen, die angaben sich teilweise für Politik zu interessieren, haben schon einmal ihre Meinung zu einem politischen Thema im Internet veröffentlicht. Von jenen 38 Personen, die sich voll und ganz für Politik interessieren, haben 18 Personen schon einmal ihre Meinung zu einem politischen Thema im Internet veröffentlicht.

Zwischen Interesse an Politik und der Veröffentlichung der eigenen Meinung zu einem politischen Thema besteht laut einem Chi-Quadrat Wert von 25,259 und einem p von 0,000 ein hoch signifikanter Zusammenhang.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	25,259(a)	4	,000
Likelihood-Quotient	22,909	4	,000
Zusammenhang linear-mit-linear	11,840	1	,001
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 1 Zellen (10,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 1,76.

Interesse an Politik & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

22 der 85 Personen, die angaben sich teilweise für Politik zu interessieren, haben schon einmal eine Bürgerinitiative/Petition im Internet unterstützt. 26 der 38 Personen, die sich voll und ganz für Politik interessieren, haben schon einmal eine Bürgerinitiative/Petition im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen dem Interesse an Politik und der Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 25,804 und einem p von 0,000 hoch signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	25,804(a)	4	,000
Likelihood-Quotient	25,280	4	,000
Zusammenhang linear-mit-linear	11,980	1	,001
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a. 1 Zellen (10,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 3,12.

Interesse an Politik & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

Sechs der 85 Personen, die sich teilweise und neun der 38 Personen, die sich voll und ganz für Politik interessieren, haben schon einmal ihre politische Orientierung im Internet veröffentlicht.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 17,569 und einem p von 0,001 hoch signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	17,569(a)	4	,001
Likelihood-Quotient	17,398	4	,002
Zusammenhang linear-mit-linear	10,998	1	,001
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 4 Zellen (40,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,72.

Zwei der 85 Personen, die sich teilweise und fünf der 38 Personen, die sich voll und ganz für Politik interessieren, haben schon einmal ein Video mit politischem Inhalt im Internet veröffentlicht.

Zwischen den beiden Variablen besteht laut einem Chi-Quadrat Wert von 10,720 und einem p von 0,030 ein signifikanter Zusammenhang.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	10,720(a)	4	,030
Likelihood-Quotient	9,590	4	,048
Zusammenhang linear-mit-linear	4,550	1	,033
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 5 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,36.

Sechs der 85 Personen, die angaben sich teilweise und 18 der 38 Personen, die angaben sich voll und ganz für Politik zu interessieren, haben schon einmal einen Link mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Mit einem Chi-Quadrat Wert von 46,537 und einem p von 0,000 besteht zwischen den beiden Variablen ein hoch signifikanter Zusammenhang.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	46,537(a)	4	,000
Likelihood-Quotient	37,807	4	,000
Zusammenhang linear-mit-linear	20,057	1	,000
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 3 Zellen (30,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 1,22.

Keiner der 85 Personen, die sich teilweise für Politik interessieren und einer von 38 Personen, die sich voll und ganz für Politik interessieren, haben schon einmal eine politische Veranstaltung online organisiert.

Mit einem Chi-Quadrat Wert von 4,258 und einem p von 0,372 besteht zwischen den beiden Variablen kein signifikanter Zusammenhang.

Sechs von 85 Probanden, die sich teilweise und 13 von 38 Personen, die sich voll und ganz für Politik interessieren, haben schon einmal die Anliegen von einer politischen Gruppe im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen Interesse für Politik und der Unterstützung der Anliegen von politischen Gruppen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 27,179 und einem p von 0,000 hoch signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	27,179(a)	4	,000
Likelihood-Quotient	25,667	4	,000
Zusammenhang linear-mit-linear	7,008	1	,008
Anzahl der gültigen Fälle	199		

a 4 Zellen (40,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 1,04.

Die Hypothese kann verifiziert werden. Das Interesse an Politik wirkt sich eindeutig positiv auf die politische Beteiligung im Internet aus.

H3: Wenn Jugendliche Vertrauen in Politik setzen, dann nützen sie auch ihre politischen Beteiligungschancen im Internet.

Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

22 der 127 Personen, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, haben schon einmal an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, teilgenommen.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 28,454 und einem p von 0,870 nicht signifikant.

Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

28 von 127 Personen, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, haben schon einmal ihre eigene Meinung über ein politisches Thema im Internet veröffentlicht.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 36,199 und einem p von 0,553 nicht signifikant.

Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

47 von 127 Personen, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, haben schon einmal eine Bürgerinitiative/Petition im Internet unterstützt.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 45,070 und einem p von 0,200 kein signifikanter Zusammenhang.

Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

Zwölf von 127 Personen, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, haben schon einmal ihre politische Orientierung im Internet veröffentlicht.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 20,452 und einem p von 0,991 kein signifikanter Zusammenhang.

Sechs von 127 Personen, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, haben schon einmal ein Video mit politischem Inhalt im Internet veröffentlicht.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 31,975 und einem p von 0,743 kein signifikanter Zusammenhang.

20 von 127 Personen, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, haben schon einmal einen Link mit politischem Hintergrund verbreitet.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 26,252 und einem p von 0,925 kein signifikanter Zusammenhang.

Eine Person von 127, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, hat schon einmal eine politische Veranstaltung über das Internet organisiert.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 2,871 und einem p von 1,000 kein signifikanter Zusammenhang.

19 von 127 Personen, die eher der Aussage „Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht“ zustimmen, haben schon einmal die Anliegen einer politischen Gruppe im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 32,345 und einem p von 0,728 nicht signifikant.

Themen von Wahlen und Abstimmungen sind verständlich & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

27 der 150 Befragten, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, haben schon einmal an einer politischen Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde, teilgenommen.

Der Zusammenhang der beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 44,008 und einem p von 0,306 nicht signifikant.

Themen von Wahlen und Abstimmungen sind verständlich & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

35 der 150 Personen, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, haben schon einmal ihre eigene Meinung über ein politisches Thema im Internet geäußert.

Mit einem Chi-Quadrat Wert von 47,574 und einem p von 0,192 besteht zwischen den beiden Variablen kein signifikanter Zusammenhang.

Themen von Wahlen und Abstimmungen sind verständlich & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

55 von jenen 150 Jugendlichen, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, haben schon einmal eine Bürgerinitiative/Petition im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 47,030 und einem p von 0,207 nicht signifikant.

Themen von Wahlen und Abstimmungen sind verständlich & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

14 der 150 Probanden, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, haben schon einmal ihre politische Orientierung im Internet veröffentlicht.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 66,747 und einem p von 0,005 ein hoch signifikanter Zusammenhang.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	66,747(a)	40	,005
Likelihood-Quotient	46,046	40	,236
Zusammenhang linear-mit-linear	,909	1	,340
Anzahl der gültigen Fälle	150		

a 77 Zellen (93,9%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,09.

Sieben von 150 Befragten, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, haben schon einmal ein Video mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 39,816 und einem p von 0,478 kein signifikanter Zusammenhang.

24 von jenen 150 Jugendlichen, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, haben schon einmal einen Link mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 41,765 und einem p von 0,394 nicht signifikant.

Eine von 150 Personen, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, hat schon einmal eine politische Veranstaltung über das Internet organisiert.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 3,435 und einem p von 1,000 nicht signifikant.

20 von jenen 150 Befragten, die eher der Aussage „Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen“ zustimmen, haben schon einmal die Anliegen von einer politischen Gruppe im Internet unterstützt.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 35,021 und einem p von 0,694 kein signifikanter Zusammenhang.

Macht Sinn ein politisches Anliegen in der Gemeinde vorzubringen & Teilnahme an politischer Veranstaltung, die über das Internet organisiert wurde

15 von 92 Befragten, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, haben schon einmal an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 29,711 und einem p von 0,797 nicht signifikant.

Macht Sinn ein politisches Anliegen in der Gemeinde vorzubringen & Veröffentlichung der eigenen Meinung über ein politisches Thema

17 von 92 Probanden, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, haben schon einmal ihre eigene Meinung über ein politisches Thema im Internet veröffentlicht.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 51,837 und einem p von 0,053 signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	51,837(a)	37	,053
Likelihood-Quotient	52,867	37	,044
Zusammenhang linear-mit-linear	18,242	1	,000
Anzahl der gültigen Fälle	92		

a 75 Zellen (98,7%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,18.

Macht Sinn ein politisches Anliegen in der Gemeinde vorzubringen & Unterstützung einer Bürgerinitiative/Petition im Internet

34 von jenen 92 Personen, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, haben schon einmal bei einer Bürgerinitiative oder Petition im Internet mitgemacht.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 28,835 und einem p von 0,829 nicht signifikant.

Macht Sinn ein politisches Anliegen in der Gemeinde vorzubringen & Setzen eines politischen Zeichens im Internet

Acht von 92 Jugendlichen, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, haben schon einmal ihre politische Orientierung im Internet preisgegeben.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 34,062 und einem p von 0,608 nicht signifikant.

Drei jener 92 Befragten, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, haben schon einmal ein Video mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 15,919 und einem p von 0,999 kein signifikanter Zusammenhang.

Zwölf von 92 Probanden, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, haben schon einmal einen Link mit politischem Inhalt im Internet verbreitet.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 43,361 und einem p von 0,218 nicht signifikant.

Eine von 92 Personen, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, hat schon einmal eine politische Veranstaltung über das Internet organisiert.

Zwischen den beiden Variablen besteht mit einem Chi-Quadrat Wert von 5,190 und einem p von 1,000 kein signifikanter Zusammenhang.

Zwölf von 92 Jugendlichen, die eher der Aussage „Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen“ zustimmen, haben schon einmal die Anliegen einer politischen Gruppe im Internet unterstützt.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 31,018 und einem p von 0,745 nicht signifikant.

Die Hypothese muss schließlich falsifiziert werden. Das Vertrauen in Politik hat keine Auswirkungen auf das Nutzen der politischen Beteiligungschancen im Internet.

H4: Wenn Jugendliche das Internet täglich nutzen, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ihnen das Potenzial bzw. die Nachteile des Internets hinsichtlich des politischen Beteiligungsprozesses bewusst sind.

Tägliche Internetnutzung & Internet bietet die Möglichkeit politisch aktiv zu sein

Von jenen 167 Personen, die das Internet täglich nutzen, stimmen 69 Personen dem Statement „Das Internet bietet die Möglichkeit politisch aktiv zu sein“ teilweise und 25 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und dem Statement „Das Internet bietet die Möglichkeit politisch aktiv zu sein“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 6,324 und einem p von 0,611 nicht signifikant.

Tägliche Internetnutzung & Internet thematisiert globale Probleme

Von jenen 167 täglichen Internetusern stimmen 74 Personen der Aussage „Das Internet thematisiert globale Probleme“ teilweise und 52 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Das Internet thematisiert globale Probleme“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 3,771 und einem p von 0,877 nicht signifikant.

Tägliche Internetnutzung & Internet bietet weltweite, leicht zugängliche Kommunikation

Von jenen 167 täglichen Internetnutzern stimmen 31 Personen der Aussage „Das Internet bietet weltweite, leicht zugängliche Kommunikation“ teilweise und 124 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Das Internet bietet weltweite, leicht zugängliche Kommunikation“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 4,497 und einem p von 0,810 nicht signifikant.

Tägliche Internetnutzung & Internet bietet ein umfassendes Informationsangebot

Von jenen 167 täglichen Internetnutzern stimmen 41 Personen der Aussage „Das Internet bietet ein umfassendes Informationsangebot“ teilweise und 116 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Das Internet bietet ein umfassendes Informationsangebot“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 8,364 und einem p von 0,213 nicht signifikant.

Tägliche Internetnutzung & Internet kontrolliert und kritisiert das politische Geschehen

Von jenen 167 täglichen Internetnutzern stimmen 50 Personen der Aussage „Das Internet kontrolliert und kritisiert das politische Geschehen“ teilweise und zehn voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Das Internet kontrolliert und kritisiert das politische Geschehen“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 14,659 und einem p von 0,066 signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	14,659(a)	8	,066
Likelihood-Quotient	12,517	8	,130
Zusammenhang linear-mit-linear	1,078	1	,299
Anzahl der gültigen Fälle	164		

a 9 Zellen (60,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,12.

Tägliche Internetnutzung & BürgerInnen fühlen sich durch Informationsmenge überlastet

Von jenen 167 täglichen Internetnutzern stimmen 67 Personen der Aussage „Die BürgerInnen fühlen sich durch die Informationsmenge des Internet oft überlastet“ teilweise und 23 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Die BürgerInnen fühlen sich durch die Informationsmenge des Internet oft überlastet“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 14,411 und einem p von 0,072 signifikant.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (2-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	14,411(a)	8	,072
Likelihood-Quotient	15,950	8	,043
Zusammenhang linear-mit-linear	,427	1	,513
Anzahl der gültigen Fälle	177		

a. 9 Zellen (60,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,32.

Tägliche Internetnutzung & Falschmeldungen und schlecht recherchierte Beiträge häufen sich im Internet

Von jenen 167 täglichen Internetnutzern stimmen 51 Personen der Aussage „Im Internet können sich leicht Falschmeldungen und schlecht recherchierte Beiträge häufen“ teilweise und 96 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Im Internet können sich leicht Falschmeldungen und schlecht recherchierte Beiträge häufen“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 6,014 und einem p von 0,646 nicht signifikant.

Tägliche Internetnutzung & ungleicher Zugang zum Internet

Von jenen 167 täglichen Internetnutzern stimmen 59 Personen der Aussage „Nicht alle BürgerInnen haben Zugang zum Internet“ teilweise und 69 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Nicht alle BürgerInnen haben Zugang zum Internet“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 6,771 und einem p von 0,562 nicht signifikant.

Tägliche Internetnutzung & ungleiche Nutzungskompetenz

Von jenen 167 täglichen Internetnutzern stimmen 37 Personen der Aussage „Nicht alle BürgerInnen können gleich gut mit dem Internet umgehen“ teilweise und 116 voll zu.

Der Zusammenhang zwischen der täglichen Internetnutzung und der Aussage „Nicht alle BürgerInnen können gleich gut mit dem Internet umgehen“ ist mit einem Chi-Quadrat Wert von 10,787 und einem p von 0,214 nicht signifikant.

Die tägliche Internetnutzung hat nur wenig Einfluss auf das Bewusstsein welche Potenziale und negative Auswirkungen das Internet hinsichtlich politischer Beteiligungschancen hat. Die Hypothese muss folglich falsifiziert werden.

14.3. Beantwortung der Forschungsfragen

FF 1: Werden politische Beteiligungschancen im Internet von Jugendlichen angenommen und genutzt? Wenn ja, welche Angebote im Speziellen?

Über 60 Prozent der befragten Jugendlichen hegen ein generelles Interesse für Politik. Etwa die Hälfte der Untersuchungsteilnehmer informiert sich über politische Ereignisse im Internet. Die am häufigsten genutzte Informationsquelle zu politischen Themen sind Onlinemedien wie z.B. www.standard.at. Auch soziale Netzwerke oder Videoportale finden bei den Jugendlichen Anklang. Wenig genutzt werden Regierungshomepages,

Homepages von Parteien, Weblogs/Watchblogs, Online-Foren, Chats, Video-on-Demand/Audio-on-Demand, E-Mail-Newsletter oder Teletext im Internet.

Zirka 17 Prozent der Befragungsteilnehmer haben schon einmal an einer politischen Wahl im Internet teilgenommen. Etwa 13 Prozent geben an, schon einmal im Internet über politische Themen abgestimmt zu haben. An einer politischen Meinungsumfrage im Internet haben rund 30 Prozent der Probanden schon einmal teilgenommen.

30 der 199 Personen haben schon einmal eine politische Veranstaltung besucht, die über das Internet organisiert wurde. Fast 20 Prozent der Probanden veröffentlichten ihre Meinung zu einem politischen Thema im Internet. Am liebsten wird dazu ein soziales Netzwerk benutzt. Ein Kommentar zu einem Artikel oder ein Forumsbeitrag sind ebenfalls häufig genutzte Formen zur politischen Meinungsäußerung. Wenig genutzt werden Blog, Leserbrief oder Chat.

An einer Petition/Bürgerinitiative nahmen fast 35 Prozent der Befragten schon einmal teil. Fast 27 Prozent haben im Internet schon einmal ein politisches Zeichen gesetzt: Häufig wurde angegeben, schon einmal die Interessen von politischen Gruppen unterstützt zu haben, einen Link mit politischem Inhalt oder die politische Orientierung veröffentlicht zu haben. Wenig genutzt wird die Möglichkeit ein Video mit politischem Hintergrund zu verbreiten oder eine politische Veranstaltung online zu organisieren.

19 Prozent der Jugendlichen haben sogar schon einmal Kontakt zu einem politischen Akteur über das Internet gesucht. Am häufigsten wurden Mitarbeiter der Verwaltung, Landtagsabgeordnete und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen kontaktiert. Weniger oft wurden Regierungsmitglieder, Nationalratsabgeordnete, Gemeinderatsmitglieder oder Parteimitglieder kontaktiert. Zwei Personen wandten sich sogar an unser Staatsoberhaupt, den Bundespräsidenten.

Zusammenfassend kann behauptet werden, dass Jugendliche ihre politischen Beteiligungschancen im Internet durchaus nutzen. Häufig werden Onlinemedien oder soziale Netzwerke rezipiert. Auch politische Meinungsumfragen kommen bei

Jugendlichen an. Erwähnenswert ist noch die hohe Zahl an Personen, die angaben schon einmal an einer Petition im Internet teilgenommen zu haben.

FF 2: Sind sich Jugendliche über das Potenzial bzw. die Nachteile des Internet für den politischen Beteiligungsprozess bewusst?

46 Prozent der Befragungsteilnehmer halten das Internet für ein geeignetes Medium um sich politisch zu beteiligen. Nur fast 13 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Auffallend ist jedoch die Zahl jener, die angeben dies nicht beurteilen zu können (25 Personen) und jener, die „unentschieden“ wählten. (48 Personen).

Die Mehrheit von fast 56 Prozent der Jugendlichen findet, dass das Internet die Möglichkeit bietet politisch aktiv zu sein. Wieder ist die Zahl jener Personen hoch, die „unentschieden“ (19 Prozent) oder „kann ich nicht beurteilen“ (17 Prozent) angekreuzt haben.

74 Prozent der befragten Personen findet, dass das Internet globale Probleme thematisiert. Sieben Prozent können dies nicht beurteilen, der Rest wählte die Antwortoption „unentschieden“ oder findet, dass dies nicht zutrifft.

Fast einig sind sich die Befragungsteilnehmer darüber, dass das Internet weltweite, leicht zugänglich Kommunikation bietet. 185 Personen stimmen zu. 188 Personen sind der Meinung, dass das Internet ein umfassendes Informationsangebot bietet.

Nur 36 Prozent der Befragten finden, dass das Internet das politische Geschehen kontrolliert und kritisiert. Auffallend hoch ist wiederum die Zahl jener, die dies nicht beurteilen können (18 Prozent) und jener, die „unentschieden“ wählten (30 Prozent).

Etwa die Hälfte der Befragten stimmen zu, dass sich die BürgerInnen oftmals durch die Informationsmenge des Internet überlastet fühlen. 23 Prozent finden, dass dies nicht so ist.

Ziemlich einig sind die Antworten bei der nächsten Frage: 87 Prozent der Jugendlichen stimmen der Aussage, dass sich im Internet schnell schlecht recherchierte Beiträge und Falschmeldungen häufen können, zu.

82 Prozent der Befragten bejahen die Aussage, dass nicht alle BürgerInnen Zugang zum Internet haben. Ganze 95 Prozent der Teilnehmer stimmen überein, dass nicht alle BürgerInnen gleich gut mit dem Internet umgehen können.

Die meisten Jugendlichen haben also ein Bewusstsein dafür, welches Potenzial und welche Nachteile das Internet im Hinblick auf den politischen Beteiligungsprozess bietet.

15. Ausblick und Methodenkritik

Die Methode der Online-Befragung hat gut verwertbare Ergebnisse geliefert. Meine Intention war es, Jugendliche zwischen 18 und 34 Jahren zu ihrem politischen Partizipationsverhalten im Internet zu befragen, dafür war die Wahl einer quantitativen Herangehensweise genau richtig.

Wenn man allerdings präzisere und ausführlichere Daten erheben möchte, wäre dies mit einer qualitativen Herangehensweise, wie beispielsweise einer Gruppendiskussion oder mehreren qualitativen Interviews, möglich. Bei diesen Instrumenten erhebt man nicht nur eigene Erfahrungswerte, sondern auch Meinungen und Einstellungen. Eine Gruppendiskussion mit mehreren Jugendlichen der Zielgruppe würde detaillierte Ergebnisse zu Tage befördern.

Eine andere, ebenso qualitative Herangehensweise wäre eine Durchführung von Experteninterviews. Medienwissenschaftler und Demokratieexperten könnten die Vor- und Nachteile des Internets für die politische Beteiligung erörtern.

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem politischen Partizipationspotenzial des Internets. Anhand einer Online-Befragung von Jugendlichen zwischen 18 und 34 Jahren wird nicht nur deren tatsächliche Nutzung ihrer politischen Beteiligungschancen, sondern auch ihr Bewusstsein über die Vor- und Nachteile des Mediums Internet hinsichtlich der Demokratie, erhoben.

Der verwendete Partizipationsbegriff stammt von Hilmar Westholm und inkludiert die Information über Politik, die Konsultation von politischen Akteuren, die aktive Beteiligung und Abstimmungen.

Nach Durchsicht der Daten gelangte ich zu der Erkenntnis, dass Jugendliche sehr wohl ihre politischen Partizipationschancen nutzen. Vor allem Onlinemedien und soziale Netzwerke werden zu politischen Zwecken verwendet.

Der Großteil der Jugendlichen hat ebenso ein Bewusstsein dafür, welches Potenzial und welche Nachteile das Internet im Hinblick auf den politischen Beteiligungsprozess bietet.

In die Zukunft blickend könnten Gruppendiskussionen mit der Zielgruppe der Jugendlichen oder qualitative Interviews mit Medien- oder Demokratieexperten dazu beitragen, das Gebiet rund um Internet und Demokratie weiter zu erschließen.

Abstract (in english)

This master thesis is dealing with the internet's potential of political participation. An online survey interrogating adults between 18 and 34 years of age asked not only for the participants' political participation but also for awareness of the potential und disadvantage of the new medium internet.

The term "political participation" has been coined by Hilmar Westholm and includes information about politics, getting in contact with politicians, activ participation and votings.

The data obtained by the survey led to the impression, that young people are definitely using the internet's potential of political participation. Most of all Online Media like www.standard.at or <http://orf.at> and social networks are especially well utilized.

The majority of the survey's participants are aware of the fact that the internet influences democracy not only in a positive way. They also know about the disadvantages concerning internet and democracy.

Qualitative interviews with experts on media and democracy or discussions with the target group could contribute in making the topic of internet and democracy more accessible.

Literaturverzeichnis

Arenhövel, Mark: Neubeschreibungen der Demokratie: Konflikte um Differenz und Integration. In: Neumann, Franz: Demokratietheorien – Modelle zur Herrschaft des Volkes. In: Neumann, Franz (Hg.): Handbuch politische Theorien und Ideologien. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, 1998.

Asher, Charles: Participation of Private Individuals in Administrative Tasks. In: Legal Thought in the United States of Amerika Under Contemporary Pressures. By Hazard, John N./ Wagner, W. Brüssel, 1970, S. 583-601.

Barber, Benjamin: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch Verlag, 1994.

Bentele, Günter: Objektivität und Glaubwürdigkeit: Medienrealität rekonstruiert. In: Wehmeier, Stefan/Nothhaft, Howard/Seidenglanz, René (Hg.): Objektivität und Glaubwürdigkeit: Medienrealität rekonstruiert. 1. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Bickel, Hans: World-Wide-Web – eine neue Kommunikationsform auf dem Internet. In: Holly, Werner/Biere, Bernd Ulrich (Hg.): Medien im Wandel. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998.

Bonfadelli, Heinz: Die Wissenskluft-Perspektive: Massenmedien und gesellschaftliche Information. 1. Auflage. München: Ölschläger, 1994.

Brand, Karl-Werner: Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotenziale. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1982.

Buchstein, Hubertus: Demokratietheorie in der Kontroverse. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos, 2009.

Bühl, Achim: Die virtuelle Gesellschaft des 21. Jahrhunderts: sozialer Wandel im digitalen Zeitalter. 2. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2000.

Buse, Michael J./Nelles, Wilfried: Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In: Von Alemann, Ulrich (Hg.): Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung: Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft; eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1975.

Decius, Marc/ Panzieri, Ralf: Wir sind das Netz. Chancen und Risiken des Internets für Kinder und Jugendliche – ein praktischer Leitfaden. Weinheim; Basel: Beltz, 2000.

Delpos, Manuela (Hg.): Demokratietheorie und Demokratieverständnis in Österreich. Deutsche Erstausgabe. Wien: Passagen-Verlag, 2001.

Donges, Patrick/Jarren, Otfried: Politikrealitäten – Politik in den Medien als Ergebnis von Interaktionen. In: Dahinden, Urs (Hg.): Medienrealitäten. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft, 2009.

Geißler, Rainer: Massenmedien, Basiskommunikation und Demokratie: Ansätze zu einer normativ-empirischen Theorie. Tübingen: Mohr, 1973.

Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie. Aus dem Englischen von Joachim Schulte. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1997.

Grob, Heinz Lothar/Bielezke, Stefan: Aufbruch in die Informationsgesellschaft. 2. Auflage. Münster: Lit Verlag, 1998.

Grossman, Lawrence: The electronic republic: reshaping democracy in the information age. Harmondsworth: Viking: Twentieth Century Fund Press, 1995.

Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998.

Hagen, Martin: Amerikanische Konzepte elektronischer Demokratie. Medientechniken, politische Kultur, politische Beteiligung. In: Kamps, Klaus (Hg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999.

Hagen, Martin: A Road to Electronic Democracy? – Politische Theorie, Politik und der Information Superhighway in den USA. In: Kleinsteuber, Hans (Hg.): Der „Information Superhighway“: amerikanische Visionen und Erfahrungen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1996.

Hagen, Martin: Elektronische Demokratie: Computernetzwerke und politische Theorie in den USA. Hamburg: Lit, 1997.

Hämmerle, Kathrin: Click ´n´Vote – Die nächste Generation des Wählens. In: Filzmaier, Peter/Plaikner, Peter/Duffek, Karl (Hg.): Stichwort Wählen. Wien: Böhlau, 2009.

Harth, Thilo: Medien und Demokratie: Der Einfluss des Internet und die Folgen für Politik und politische Bildung. In: Meier-Walser, Reinhard/ Harth, Thilo (Hg.): Politikwelt Internet: neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet? München: Olzog, 2001.

Harth, Thilo: Das Internet als Herausforderung politischer Bildung. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2000.

Hoecker, Beate: Mehr Demokratie via Internet? Die Potenziale der digitalen Technik auf dem empirischen Prüfstand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Band 39-40, 2002.

Hebecker, Eike: Generation @ - Jugend in der Informationsgesellschaft. Zur gesellschaftlichen Funktion und Konstruktion generationeller Verhältnisse. In: Meier-Walser, Reinhard/Harth, Thilo (Hg.): Politikwelt Internet: neue demokratische Beteiligungschancen mit dem Internet? München: Olzog, 2001.

Hollaus, Martin: Der Einsatz von Online-Befragungen in der empirischen Sozialforschung. Aachen: Shaker Verlag, 2007.

Hurrelmann, Achim/Liebsch, Katharina/Nullmeier, Frank: Wie ist argumentative Entscheidungsfindung möglich? Deliberation in Versammlungen und Internetforen. In: Leviathan, 30. Jahrgang, Heft 4, 2002, S. 544-564.

Iske, Stefan/Klein, Alex/Kutscher, Nadia/Otto, Hans-Uwe: Virtuelle Ungleichheit und informelle Bildung – Internetnutzung Jugendlicher und ihre Bedeutung für Bildung und Teilhabe. In: Kompetenzzentrum Informelle Bildung (Hg.): Grenzenlose Cyberwelt? Zum Verhältnis von digitaler Ungleichheit und neuen Bildungszugängen für Jugendliche. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: eine Einführung. 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2006.

Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.

Kern, Thomas: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Kuckartz, Udo/Ebert, Thomas/Rädiker, Stefan/Stefer, Claus: Evaluation online. Internetgestützte Befragung in der Praxis. 1. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

Leggewie, Claus: Demokratie auf der Datenautobahn oder: Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace? In: Langenbucher, Wolfgang (Hg.): Elektronische Medien, Gesellschaft und Demokratie. Wien: Braumüller, 2000.

Leggewie, Claus: Netizens oder: Der gut informierte Bürger heute. In: Leggewie, Claus (Hg.): Medien und Demokratie. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik, 1997.

Marr, Mirko: Internetzugang und politische Informiertheit: zur digitalen Spaltung der Gesellschaft. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft, 2005.

Marschall, Stefan: Politik „online“ – Demokratische Öffentlichkeit dank Internet? In: Publizistik. 42. Jg., Heft 3, 1997, S. 304 – 324.

Martinsen, Renate: Demokratie und Diskurs. Organisierte Kommunikationsprozesse in der Wissensgesellschaft. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2006.

Maurer, Marcus/Jandura, Olaf: Masse statt Klasse? Einige kritische Anmerkungen zu Repräsentativität und Validität von Online-Befragungen. In: Jakob, Nikolaus (Hg.): Sozialforschung im Internet: Methodologie und Praxis der Online-Befragung. 1. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

Neumann, Franz: Demokratietheorien – Modelle zur Herrschaft des Volkes. In: Neumann, Franz (Hg.): Handbuch politische Theorien und Ideologien. Opladen: Leske + Budrich. 2. Auflage, 1998.

Parragh, Alexandra: Aus für Wählen per Internet. In: Salzburger Nachrichten vom 17.4.2010.

Perlot, Flooh: Deliberative Demokratie und Internetforen – nur eine virtuelle Diskussion? 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 2008.

Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank: Problemlagen der „Mediendemokratie“ – Theorien und Befunde zur Medialisierung von Politik. In: Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.): Politik in der Mediendemokratie. 1. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

Plake, Klaus/Jansen, Daniel/Schuhmacher, Birgit: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet: politische Potenziale der Medienentwicklung. 1. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001.

Raschke, Joachim: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt/New York: Campus-Verlag, 1985.

Rheingold, Howard: Virtuelle Gemeinschaft: soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. 1. Auflage. Bonn: Addison-Wesley, 1994.

Rhomberg, Markus: Mediendemokratie: die Agenda-Setting-Funktion der Massenmedien. München: Fink, 2008.

Rhomberg, Markus: Politische Kommunikation. Eine Einführung für Politikwissenschaftler. Paderborn: Wilhelm Fink, 2009.

Ronneberger, Franz: Die politischen Funktionen der Massenkommunikation. In: Langenbucher, Wolfgang (Hg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation. München: R. Piper & Co. Verlag, 1974.

Rucht, Dieter: Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1997.

Sarcinelli, Ulrich: Demokratiewandel im Zeichen medialen Wandels? Politische Beteiligung und politische Kommunikation. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1997.

Saxer, Ulrich: Medienverhalten und Wissensstand – zur Hypothese der wachsenden Wissenskluft. In: Burkart, Roland (Hg.): Wirkungen der Massenkommunikation: theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse. 3. Auflage. Wien: Braumüller, 1992.

Schiller, Theo: Prinzipien und Qualifizierungskriterien von Demokratie. In: Berg-Schlosser, Dirk; Giegel, Hans-Joachim (Hg.): Perspektiven der Demokratie: Probleme und Chancen im Zeitalter der Demokratisierung. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, 1999.

Schmidt, Manfred: Demokratietheorien: eine Einführung. 4. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. 2. Auflage. Freiburg: Alber, 1990.

Siedschlag, Alexander/Rogg, Arne/Welzel, Carolin: Digitale Demokratie: Willensbildung und Partizipation per Internet. Opladen: Leske + Budrich, 2002.

Stegbauer, Christian: Grenzen virtueller Gemeinschaft: Strukturen internetbasierter Kommunikationsforen. 1. Auflage. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2001.

Strecker, David/Schaal, Gary S.: Die politische Theorie der Deliberation: Jürgen Habermas. In: Brodacz, André/Schaal, Gary S. (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart: eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich, 2001.

Tapscott, Don: Die digitale Revolution: Verheißungen einer vernetzten Welt – die Folgen für Wirtschaft, Management und Gesellschaft. Wiesbaden: Gabler, 1996.

Tapscott, Don: Growing Up Digital. The Rise of the Net Generation. New York: McGraw-Hill, 1998.

Trankovits, Laszlo: Die Obama-Methode: Strategien für die Mediengesellschaft; was Wirtschaft und Politik von Barack Obama lernen können. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch, 2009.

Vandamme, Ralf: Basisdemokratie als zivile Intervention: der Partizipationsanspruch der neuen sozialen Bewegungen. Opladen: Leske + Budrich, 2000.

Verba, Sidney/Nie, Norman/Kim Jae-On: Participation and political equality. A seven-nation comparison. London/New York/Melbourne: Cambridge University Press, 1978.

Von Alemann, Ulrich/Strünck, Christoph: Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie. In: Kamps, Klaus (Hg.): Elektronische

Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999.

Von Korff, Fritz: Kommunale Demokratie und Internet. In: Kamps, Klaus (Hg.): Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999.

Walton, Douglas: Is modern information technology enabling the evolution of a more direct democracy? In: world futures. The journal of general evolution. Jg.: 63, Nr.: 5-6, S. 365-386, 2007

Weber, Sandra/Dixon, Shanly: Growing Up Online. Young People and Digital Technologies. New York: Palgrave Macmillan, 2010.

Westholm, Hilmar: Elektronisch unterstützte Bürgerbeteiligung. In: Wind, Martin/Kröger, Detlef (Hg.): Handbuch IT in der Verwaltung. Berlin: Springer, 2006.

Wirth, Werner/Schweiger, Wolfgang: Selektion neu betrachtet: Auswahlentscheidungen im Internet. In: Wirth, Werner/Schweiger, Wolfgang (Hg.): Selektion im Internet. Empirische Analysen zu einem Schlüsselkonzept. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999.

Woodly, Deva: New competencies in democratic communication? blogs, agenda setting and political participation. In: Public choice. Jg.: 134, Nr.: 1-2, S. 109-123, 2008

Zittel, Thomas: Vernetzte politische Kommunikation: Elektronische Demokratie als amerikanischer Sonderweg? In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.....	31
aus: Zittel, Thomas: Vernetzte politische Kommunikation: Elektronische Demokratie als amerikanischer Sonderweg? In: Esser, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.): Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2003, S. 264	
Abbildung 2.....	53
aus: Wirth, Werner/Schweiger, Wolfgang: Selektion neu betrachtet: Auswahlentscheidungen im Internet. In: Wirth, Werner/Schweiger, Wolfgang (Hg.): Selektion im Internet. Empirische Analysen zu einem Schlüsselkonzept. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1999, S. 62	
Abbildung 3.....	56
aus: Bentele, Günter: Objektivität und Glaubwürdigkeit: Medienrealität rekonstruiert. In: Wehmeier, Stefan/Nothhaft, Howard/Seidenglanz, René (Hg.): Objektivität und Glaubwürdigkeit: Medienrealität rekonstruiert. 1. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, S. 73	

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.....	6
aus: Leggewie, Claus: Netizens oder: Der gut informierte Bürger heute. In: Leggewie, Claus (Hg.): Medien und Demokratie. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik, 1997, S. 9	
Tabelle 2.....	7
aus: Westholm, Hilmar: Elektronisch unterstützte Bürgerbeteiligung. In: Wind, Martin/Kröger, Detlef (Hg.): Handbuch IT in der Verwaltung. Berlin: Springer, 2006, S. 714	
Tabelle 3.....	14
aus: Schiller, Theo: Prinzipien und Qualifikierungskriterien von Demokratie. In: Berg-Schlosser, Dirk/Giegel, Hans-Joachim (Hg.): Perspektiven der Demokratie: Probleme und Chancen im Zeitalter der Demokratisierung. Frankfurt/Main: Campus-Verlag, 1999, S. 33	
Tabelle 4.....	40
aus: Harth, Thilo: Das Internet als Herausforderung politischer Bildung. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2000, S. 115	
Tabelle 5.....	43
aus: Harth, Thilo: Das Internet als Herausforderung politischer Bildung. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2000, S. 118	
Tabelle 6.....	47
aus: Harth, Thilo: Das Internet als Herausforderung politischer Bildung. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, 2000, S. 124	

Anhang

Anhang 1: Erhebungsinstrument Fragebogen

Sehr geehrte/r Teilnehmer/in,

im Rahmen meiner Diplomarbeit für das Studium Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien führe ich eine Studie zum Thema Internetnutzung und politische Beteiligung bei Jugendlichen zwischen 18 und 34 Jahren durch.

Bitte lesen Sie sich die folgenden Fragen genau durch und antworten Sie so präzise als möglich. Ihre Daten werden vertraulich und anonym behandelt.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

1. Wie häufig nutzen Sie durchschnittlich das Internet?

- ☐ Täglich
- ☐ Mehrmals die Woche (bitte weiter zu Frage 3)
- ☐ Mehrmals im Monat (bitte weiter zu Frage 3)
- ☐ Seltener (bitte weiter zu Frage 3)

2. Wie viele Stunden pro Tag nutzen Sie durchschnittlich das Internet?

- ☐ ____ Stunden

3. Stimmen Sie der Aussage zu?

Ich interessiere mich generell für Politik.

- ☐ Trifft gar nicht zu.
- ☐ Trifft teilweise nicht zu.
- ☐ Unentschieden.
- ☐ Trifft teilweise zu.
- ☐ Trifft voll zu.
- ☐ Kann ich nicht beurteilen.

4. Informieren Sie sich über politische Ereignisse im Internet?

- ☐ Ja
- ☐ Nein (bitte weiter zu Frage 6)

5. Über welche Websites/Anwendungen beziehen Sie ihre Informationen über politische Ereignisse?

- ☐ Onlinemedien (z.B. www.standard.at oder <http://orf.at>)
- ☐ Homepages von politischen Parteien
- ☐ Regierungshomepages (z.B. www.parlament.gv.at)
- ☐ Weblogs/Watchblogs
- ☐ Online-Foren
- ☐ Chat
- ☐ Videoportale (z.B. www.youtube.com)
- ☐ Video-on-Demand/Audio-on-Demand (z.B. ORF TVthek oder 7 Tage Ö1)
- ☐ E-Mail-Newsletter
- ☐ Soziale Netzwerke (z.B. www.facebook.com)
- ☐ Sonstiges: _____

6. Welcher Aussage würden Sie eher zustimmen?

Es lohnt sich kaum an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da Politiker sowieso machen was sie wollen.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐	Es lohnt sich an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, da das Volk bestimmt, was geschieht.
Die Themen von Abstimmungen/Wahlen sind so kompliziert, dass es unmöglich ist, zu wissen, um was es eigentlich geht und eine vernünftige Entscheidung zu fällen.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐	Wenn man sich bemüht, kann man bei jeder Abstimmung/Wahl feststellen, um welche Themen es geht und dann eine vernünftige Entscheidung fällen.
Es hätte wahrscheinlich keinen Sinn ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen zu wollen.	☐ ☐ ☐ ☐ ☐	Wenn ich ein politisches Anliegen in meiner Gemeinde durchsetzen möchte, dann hätte ich gute Chancen dieses Anliegen zu verwirklichen.

7. Sind Sie aktuell Mitglied einer Gewerkschaft?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Weiß ich nicht

8. Sind Sie aktuell Mitglied einer Berufs- oder Interessensvertretung?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ Weiß ich nicht

9. Sind Sie aktuell Mitglied einer politischen Partei?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

10. Sind Sie aktuell Inhaber eines politischen Amtes?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

11. Haben Sie schon einmal an politischen Wahlen/Abstimmungen/Umfragen im Internet teilgenommen?

	Nein	Ja
Politische Wahl		
Politische Abstimmung		
Politische Meinungsumfrage		

12. Haben Sie schon einmal an einer politischen Veranstaltung teilgenommen, die über das Internet organisiert wurde, zum Zweck ein politisches Zeichen zu setzen? (z.B. Demonstration, Flashmob oder ähnliches)

- ☐ Ja
- ☐ Nein

13. Haben Sie schon einmal im Internet Ihre Meinung zu einem politischen Thema veröffentlicht?

- ☐ Ja
- ☐ Nein (bitte weiter zu Frage 15)

14. In welcher Form haben Sie im Internet Ihre Meinung zu einem politischen Thema schon einmal veröffentlicht?

Bitte zutreffendes ankreuzen, Mehrfachnennungen sind möglich

- ☐ Leserbrief
- ☐ Blog
- ☐ Sozialem Netzwerk
- ☐ Kommentar zu einem Artikel
- ☐ Forum
- ☐ Chat
- ☐ Sonstiges: _____

15. Haben Sie schon einmal an einer Bürgerinitiative/Petition im Internet mitgemacht?

- ☐ Ja
- ☐ Nein

16. Haben Sie schon einmal ein politisches Zeichen im Internet gesetzt?

Bitte zutreffendes ankreuzen, Mehrfachnennungen sind möglich

- ☐ Politische Orientierung veröffentlicht
- ☐ Video mit politischem Hintergrund veröffentlicht
- ☐ Link mit politischem Thema verbreitet
- ☐ Eine politische Veranstaltung online organisiert
- ☐ Ein Anliegen einer politischen Gruppe unterstützt
- ☐ Sonstiges: _____
- ☐ Nein

17. Haben Sie schon einmal zu einem politischen Akteur im Internet Kontakt gesucht?

Bitte zutreffendes ankreuzen, Mehrfachnennungen sind möglich

- ☐ Bundespräsident
- ☐ Regierungsmitglieder
- ☐ Nationalratsabgeordnete
- ☐ Landtagsabgeordnete
- ☐ Gemeinderatsmitglieder
- ☐ Mitarbeiter der Verwaltung
- ☐ Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen wie z.B. Greenpeace
- ☐ Parteimitglieder
- ☐ Sonstige politische Akteure: _____
- ☐ Nein

18. Bitte bewerten Sie folgende Aussage:

Das Internet ist ein geeignetes Medium um sich selbst politisch zu beteiligen.

- ☐ Trifft gar nicht zu.
- ☐ Trifft teilweise nicht zu.
- ☐ Unentschieden.
- ☐ Trifft teilweise zu.
- ☐ Trifft voll zu.
- ☐ Kann ich nicht beurteilen.

19. Bitte bewerten Sie folgende Aussagen:

Das Internet	Trifft gar nicht zu	Trifft teilweise nicht zu	Unentschieden	Trifft teilweise zu	Trifft voll zu	Kann ich nicht beurteilen
... bietet die Möglichkeit politisch aktiv zu sein.						
... thematisiert globale Probleme.						
... bietet weltweite, leicht zugängliche Kommunikation.						
... bietet ein umfassendes Informationsangebot.						
... kontrolliert und kritisiert das politische Geschehen.						

20. Bitte bewerten Sie die folgende Aussagen:

	Trifft gar nicht zu	Trifft teilweise nicht zu	Unentschieden	Trifft teilweise zu	Trifft voll zu	Kann ich nicht beurteilen
Die BürgerInnen fühlen sich durch die Informationsmenge des Internet oft überlastet.						
Im Internet können sich leicht Falschmeldungen und schlecht recherchierte Beiträge häufen.						
Nicht alle BürgerInnen haben Zugang zum Internet.						
Nicht alle BürgerInnen können gleich gut mit dem Internet umgehen.						

21. Bitte geben Sie ihr Geschlecht an:

- ☐ männlich
- ☐ weiblich

22. Wie alt sind Sie?

___ Jahre

23. Was ist Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung?

- ☐ Pflichtschule
- ☐ Sonderschule
- ☐ Berufsschule
- ☐ Meisterprüfung
- ☐ Handelsschule (HAS)
- ☐ Polytechnische Schule
- ☐ Allgemeinbildende höhere Schule (Gymnasium, Realgymnasium)

- ☐ Berufsbildende höhere Schule (HAK, HTL, HLW, HBLA)
- ☐ Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP)
- ☐ Kolleg
- ☐ Universität/Fachhochschule
- ☐ Sonstiges: _____

Danke für Ihre Teilnahme!

CURRICULUM VITAE

Kathrin Liener

geboren am 28. April 1987 in Mistelbach

Staatsbürgerschaft: Österreich

Schullaufbahn:

- 1993 – 1997: Volksschule Ottenthal (NÖ)
- 1997 – 2005: Gymnasium Laa an der Thaya (NÖ), Abschluss: Matura (2,0)

Studium:

- Oktober 2005 – September 2008: Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien, Abschluss (2,5), Schwerpunkt: Printjournalismus (2,0), Markt- und Meinungsforschung (2,0), Kommunikationsforschung (2,5); Freie Wahlfächer in Psychologie
- Seit März 2007: Diplomstudium der Politikwissenschaft, Universität Wien
- Seit Oktober 2008: Masterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften, Universität Wien

Berufserfahrung:

- April 2008 – Jänner 2010: Geringfügige Beschäftigung bei der Austria Presse Agentur in der Service Produktion
- April 2009 – Jänner 2010: Geringfügige Beschäftigung bei www.computer.at als Online-Redakteurin
- Mai 2009 – Juni 2009: Geringfügige Beschäftigung bei www.traincircle.eu als Online-Redakteurin
- Oktober 2005 – Oktober 2009: Geringfügige Beschäftigung bei Erlebnisreich VeranstaltungsGmbH als Kinderanimateurin

Praktika:

- August 2010: Praktikum in der Austria Presse Agentur, Ressort Außenpolitik
- Februar 2010 – März 2010: Volontariat in der Presseabteilung des Österreichischen Gemeindebunds, Redakteurin für das Gemeinde-Intranet www.kommunalnet.at
- Juni 2009 – August 2009: Volontariat bei „Society“, Magazin mit Themenschwerpunkt Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Mitarbeit bei Eventveranstaltungen; www.society.at

Sprachkenntnisse:

- Deutsch (Muttersprache)
- Englisch (sehr gut in Wort und Schrift)
- Französisch (gut in Wort und Schrift)
- Latein (Schulkenntnisse)

EDV-Kenntnisse:

- MS Office (sehr gut)
- Statistikprogramm SPSS (gut)
- Recherchetätigkeiten (sehr gut)
- Bildbearbeitung (Grundkenntnisse)